

Inhalt

Heike Hofmann

- Rede der Hessischen Staatsministerin zur Verleihung des Elisabeth Selbert-Preises des Landes Hessen an „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“ 99

Ute Sacksofsky

- Laudatio für die Verleihung des Elisabeth Selbert-Preises an „STREIT“ durch die Hessische Landesregierung am 4. Juni 2025 in Wiesbaden 102

Malin Bode

- Dankesrede zur Verleihung des Elisabeth Selbert-Preises 2025 am 4. Juni 2025 in der Staatskanzlei des Landes Hessen, Wiesbaden 105

Susanne Selbert

- „Natürlich ist noch eine Menge zu tun“
Elisabeth Selbert, eine Kämpferin für die Gleichberechtigung und meine Großmutter 111

Urteil des EuGH mit Hinweis

- Unwirksamkeit der Zweiwochenfrist für die nachträgliche Klagezulassung bei Unkenntnis einer Schwangerschaft im Zeitpunkt der Kündigung 115

Beschluss des BVerfG mit Anmerkung

- Räumungsschutz für Hochschwangere 118

Beschluss des AG FamG Hamburg-Bergedorf

- Alleiniges Aufenthaltsbestimmungsrecht und Gesundheitssorge wegen Gewalt gegen die Mutter 121

Urteil des VG Regensburg

- Flüchtlingseigenschaft für kinderlose unverheiratete Frau aus Eritrea wegen drohender Einberufung in Nationaldienst 122

Narin Nosrati, Hanna Welte

- 30 Jahre nach Beijing – Zur Vergangenheit und Zukunft globaler Gleichstellungspolitik 127

Rebecca Rohm

- Zum Inkrafttreten der EU-Gewaltschutzrichtlinie 130

Julia Lehnfeld

- Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten, Bundeslagebild 2023 des BKA 132

Mathilde Bormann, Luisa Eftger

- Bericht vom 49. Feministischen Jurist*innentag vom 9. bis 11. Mai 2025 in Halle 133

49. FJT vom 9. bis 11. Mai 2025 in Halle: Resolution und Fachstellungnahmen

136

Alida Lucia Bär

- Feminismus als Ritter:in in glänzender Rüstung?
Bericht von der 5. Feministischen Sommerakademie 2025 138

Nachruf

- Rechtsanwältin Claudia Burgsmüller 1950 bis 2025
Streiterin gegen Gewalt gegen Frauen und sexuellen Missbrauch 140

Aus dem Archiv

- Claudia Burgsmüller: Vom Mythos einer feministischen Rechtsanwältin 142

Hinweise

- Gutachten zum Vierten Gleichstellungsbericht 145

- 30 Jahre FRI – Schweizerisches Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law 144

In eigener Sache

- STREIT hat einen neuen Auftritt 144

Editorial

Am 4. Juni 2025 erhielt der Verein „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“ für seine Arbeit, vor allem mit Herausgabe dieser Zeitschrift, von der Hessischen Landesregierung den Elisabeth Selbert-Preis 2025 verliehen. – Wir freuen uns sehr! – Wir dokumentieren die Preisrede der Ministerin Heike Hofmann, die Laudatio von Prof. Dr. Ute Sacksofsky und die Dankesrede für die Redaktion von Malin Bode – ergänzt durch die Lebensgeschichte von Elisabeth Selbert, aufgeschrieben von ihrer Enkelin, der Juristin Susanne Selbert.

Über die mühsam erkämpften Fortschritte auf internationaler Ebene berichten Narin Nosrati und Hanna Welte in ihrem Beitrag „30 Jahre nach Beijing – Zur Vergangenheit und Zukunft globaler Gleichstellungspolitik“. Trotzdem gibt es weltweit eine Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt – von Femiziden bis hin zu digitaler Gewalt. Dagegen richtet sich jetzt die EU-Gewaltschutzrichtlinie, die Rebecca Rohm vorstellt. Viele Frauen suchen in Deutschland Schutz vor Gewalt, in diesem Heft geht es um den Schutz einer Frau aus Eritrea vor der Zwangsrekrutierung in den dortigen Nationaldienst.

Zwei Entscheidungen erleichtern die Rechtsverfolgung von Schwangeren: Der EuGH verbessert die Möglichkeit, Kündigungen im Arbeitsverhältnis bei zunächst unerkannter Schwangerschaft anzugreifen, das BVerfG räumt einer Schwangeren Räumungsschutz im Mietrecht ein.

Das Heft schließt mit den Berichten vom 49. FJT und von der feministischen Sommerakademie sowie mit Hinweisen u. a. auf unseren neuen Webseiten-Auftritt.

Wir trauern um Rechtsanwältin Claudia Burgsmüller, eine Gründungsredakteurin der STREIT, die am 22. Juni 2025 verstorben ist. Sabine Heinke erinnert an ihre wegweisenden Aktivitäten, insbesondere bei der Aufklärung von institutionellem Kindesmissbrauch.

Die Redaktion

STREIT – Feministische Rechtszeitschrift.

Herausgegeben vom Verein „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“ vertreten durch den Vorstand Anita Roggen, Övern Barg 4 d, 22337 Hamburg. Der Verein ist gemeinnützig.

Steuerabzugsfähige Spenden erbeten auf das Konto der GLS Bank IBAN: DE10 4306 0967 6037 8574 00, BIC GENODEM1GLS
Internetadresse: <http://www.streit-fem.de>; dort finden Sie auch das **Anwältinnenverzeichnis** der STREIT.

Redakteurinnen:

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Susanne Baer, Ri des BVerfG a. D., Humboldt Uni., Unter den Linden 6, 10099 Berlin
RAin Malin Bode, Alleestr. 24, 44793 Bochum, Tel.: 0234 / 15 007, Fax: 0234 / 14 284
RAin Alina Crome, Kanzlei 16, Eimsbütteler Str. 16, 22769 Hamburg, Tel.: 040 / 43 13 03 40
Prof. Dr. Sarah Elsuni, Frankfurt University of Applied Sciences, Nibelungenallee 1, 60318 Frankfurt, Tel.: 069 / 15 33 26 33
Prof. i. R. Dr. Sibylla Flügge, Vogelsbergstr. 28, 60316 Frankfurt am Main, Tel.: 069 / 59 79 65 17, V.i.S.d.P.
RAin Susanne Giesler, Zeil 29-31, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 / 91 30 830
Katharina Gruber, E-Mail: k.gruber@posteo.de
Sabine Heinke, w. a. Richterin am Amtsgericht a. D., E-Mail: sabineheinke@outlook.de
Dr. Anna Hochreuter, Habsburgerstr. 4, 10781 Berlin, Tel.: 030 / 21 96 94 10
RAin Susette Jörk, August-Bebel-Str. 14, 04275 Leipzig, Tel.: 0341 / 22 53 663, Fax: 0341 / 22 53 763
RAin i. R. Susanne Pötz-Neuburger, Auf der Höhe 15, 21109 Hamburg, Tel.: 040 / 750 88 90
Anita Roggen, Övern Barg 4 d, 22337 Hamburg, Tel.: 040 / 536 23 17
RAin Anke Stelkens, München, E-Mail: kontakt@kanzlei-stelkens.com, Tel.: 089 / 23 71 66 09
Ute Stöcklein, E-Mail: ute.stoecklein@gmx.net
RAin Zümrit Turan-Schnieders, Kurt-Blaum-Platz 1, 63450 Hanau, Tel.: 06181 / 25 32 41

Autorinnen/EinsenderInnen/Mitwirkende:

Alida Lucia Bär, LL. M. (UCT), Regierungsrätin; Mathilde Bormann, Leipzig; Luisa Eftger, Leipzig; Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, Hessische Landesregierung, Wiesbaden; RAin Julia Lehnfeld, Frankfurt am Main; Narin Nosrati, wissenschaftliche Mitarbeiterin, LMU München; Rebecca Rohm, Doktorandin Universität Jena; Prof. Dr. Dr. h. c. Ute Sacksofsky, MPA (Harvard), Goethe Universität Frankfurt am Main; Susanne Selbert, Landesdirektorin des LWV-Hessen a. D., Kassel; Hanna Welte, wissenschaftliche Mitarbeiterin, LMU München.

Bildnachweis:

Seiten 100, 109, 114: Addf Kassel; Seiten 101, 103, 107 Paul Müller, © Hessische Staatskanzlei

Künstlerin:

Die Bilder ab Seite 119 stellte Maria Dorn, Hanau, zur Verfügung, www.mariadorn.de.

Satz & Herstellung: Sarah Kalck, Schulz-Kirchner Verlag GmbH, Idstein; Druck: TZ-Verlag & Print GmbH, Bruchwiesenweg 19, 64380 Roßdorf

Heike Hofmann

Rede der Hessischen Staatsministerin zur Verleihung des Elisabeth Selbert-Preises des Landes Hessen an „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“¹

Mit dem Elisabeth Selbert-Preis werden Frauen und Männer ausgezeichnet, die „in hervorragender Weise mit ihren Leistungen und ihrer gestalterischen Kraft für die Gesellschaft zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern beigetragen haben“.

Das sind anspruchsvolle Kriterien. Und es gab auch in diesem Jahr viele qualitativ hochwertige, spannende und kreative Bewerbungen. Dank gilt meinen Jury-Kolleginnen und Kollegen, also Staatsminister Timon Gremmels, Dr. Annabelle Hornung, Professor Dr. Ute Sacksofsky, Frau Susanne Selbert und Frau Dr. Kerstin Wolff. Danke für Ihre Sorgfalt, Wertschätzung und Klugheit.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – Ein unmissverständlicher Satz, der in Artikel 3 Absatz 2 unseres Grundgesetzes steht. Er ist zugleich auch ein Leitsatz für unser tägliches Handeln! Ein Satz, der für uns selbstverständlich scheint und an dessen Sinnhaftigkeit niemand ernsthaft zweifelt. Aber erfüllen wir ihn zu 100 %? Wie war es zu Zeiten der Namensgeberin des heutigen Preises, der Rechtsanwältin Dr. Elisabeth Selbert? Antwort: Damals, im Jahr 1948, kam es im Parlamentarischen Rat zu einem heftigen Konflikt zwischen ihr und den 61 männlichen Abgeordneten, aber auch mit ihren drei Kolleginnen Frieda Nadig (SPD), Helene Weber (CDU) und Helene Wessel (Zentrum).

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – diese von Elisabeth Selbert vorgeschlagene Formulierung zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern im neuen Grundgesetz würde – so der allgemeine Einwand – ein fundamentales Rechtschaos zu Lasten der Frauen verursachen, weil faktisch Ungleiches gleichbehandelt würde. Auf diese Weise könne der „besondere“ Schutz für die Frau, den sie aufgrund ihrer biologischen Beschaffenheit benötige, zukünftig nicht mehr gewährleistet werden. Zwar entsprach das zahlenmäßige Geschlechterverhältnis im Parlamentarischen Rat so gar nicht der Realität in einem Land mit einem kriegsbedingt deutlich geringeren Anteil an Männern, trotzdem hatte Elisabeth Selbert mit einem derartigen Einspruch nicht gerechnet.

Für sie war es selbstverständlich, dass nun nach Diktatur und Krieg nicht nur die politische Gleichberechtigung wie in der Weimarer Verfassung, sondern auch die juristische Gleichstellung von Frauen und Männern als Grundrecht festgeschrieben werden würde. Sie musste also kämpfen – und sie kämpfte!

Es wurde ein langer, energievoller Kampf – ein zähes Ringen um juristische Formulierungen mit verbissenen Redefechten und zahllosen Disputen in parlamentarischen Gremien, in Hinterzimmern, in vielen öffentlichen Veranstaltungen, in der Publizistik. Elisabeth Selbert ließ sich aber nicht beirren. Sie blieb eine hartnäckige treibende Kraft inmitten von Gegenwind und Widerständen aus allen Parteien, teilweise auch ihrer eigenen, der SPD. Heute wissen wir: Dieser Kampf hat sich gelohnt!

Aber wie hat sie das durchgehalten? Woher nahm sie ihre Kraft? Elisabeth Selbert, geboren 1896 als eine von vier Töchtern eines Justizbeamten im Strafvollzug und seiner Ehefrau in Kassel, machte bereits frühzeitig die Erfahrung, dass Mädchen weniger galten als Jungen. Sie war eine begabte Schülerin, der das Schulgeld aufgrund ihrer guten Leistungen erlassen worden war. Trotzdem musste sie 1912 als Sechzehnjährige die Realschule ohne Zeugnis und ohne Mittlere Reife verlassen, denn Abitur und Studium waren nicht für Mädchen vorgesehen. Diese Diskriminierungserfahrungen hat sie niemals vergessen!

Elisabeth Selbert hatte nun verstanden, dass sie aufgrund ihrer Herkunft nur mit einer auf Berufstätigkeit fußenden finanziellen Absicherung ihre eigenen Lebensvorstellungen, Interessen und Wünsche verwirklichen konnte. So besuchte sie zunächst die Höhere Handelsschule und arbeitete ab 1916 im mittleren Dienst bei der Post. Das Ende des 1. Weltkrieges im Jahr 1918 stellte dann die zweite entscheidende Weiche in Elisabeth Selberts Leben. Sie engagierte sich für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und erlebte die von dieser Partei durchgesetzte Einführung des Frauenwahlrechts. Und dann war da noch ihr Ehemann, der Buchdrucker und sozialdemokratische Kommunalpolitiker Adam Selbert. Er stand an ihrer Seite und unterstützte sie nach Kräften. So konnte sie 1926 – im Alter von 30 Jahren und als Mutter von zwei kleinen Söhnen – als erste Frau in Kassel ihr Abitur nachholen.

Die Eheleute führten eine gleichberechtigte Partnerschaft – zur damaligen Zeit völlig ungewöhnlich. Elisabeth studierte Rechts- und Staatswissenschaft und legte im Oktober 1929 nach nur sechs Semestern das Erste Juristische Examen ab. Schon ein Jahr später (!) folgte dann die Promotion mit dem Titel „Ehezerrüttung als Scheidungsgrund“. Was für ein Tempo! Und was für ein ungewöhnliches Thema für ihre Doktorarbeit! In ihrer Dissertation verwarf Elisa-

¹ Rede gehalten am 4. Juni 2025 in der Hessischen Staatskanzlei, Wiesbaden.



*Elisabeth Selbert in ihrer Kanzlei, 1935, Fotograf*in unbekannt, AddF Kassel, Sign.: A-F-NLP11-0064*

beth Selbert das mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) 1896 im Familienrecht festgeschriebene Verschuldensprinzip bei der Ehescheidung und sprach sich stattdessen für Ausgleichsregelungen bei Trennungen aus. Zerrüttungsprinzip statt Schuldprinzip – diese Idee sollte sich erst ein halbes Jahrhundert später in der Gesetzgebung durchsetzen. Elisabeth Selbert war ihrer Zeit weit voraus!

Für all ihre Leistungen und ihren Erfolg zahlte sie aber einen hohen Preis und musste krankheitsbedingt eine längere Ruhepause einlegen. Auch kam der Nationalsozialismus an die Macht. Er wollte die Rolle der Frau allein auf die Mutterschaft reduzieren. Die neue gesellschaftliche Realität bestand dementsprechend aus dem massiven Herausdrängen von Frauen aus qualifizierten Berufen und setzte sich in dem Entzug des passiven Wahlrechts fort. Auch der Zugang zur Anwaltschaft wurde für Frauen gesperrt. Es ist allein glücklichen Umständen zu verdanken, dass Elisabeth Selbert als letzte Frau in Deutschland (!) die Zulassung als Rechtsanwältin für Familienrecht erhielt. Mit der eigenen Kanzlei ernährte sie nun 12 Jahre lang bis zum Kriegsende ihre Familie allein; da Adam Selbert als Sozialdemokrat verfolgt und mit Berufsverbot belegt wurde, konnte er nichts zum Familienunterhalt beitragen.

Elisabeths Thema in ihrer Arbeit war und blieb die Rechtsstellung der Frauen. Beruflich wurde sie nahezu täglich mit den Nöten von Frauen konfrontiert, deren Ehen scheiterten und denen nach der Scheidung nichts mehr blieb. Ihre berufliche Praxis verstärkte ihre Gewissheit nur noch, dass das bestehende Familienrecht Frauen gravierend benachteilige und sie als Menschen 2. Klasse behandle.

Das Kriegsende im Mai 1945 stellte nach den langen Jahren von Unterdrückung, Willkürherrschaft,

Entbehrungen und Bombenkrieg endlich die Freiheit in Aussicht und Elisabeth Selbert zögerte buchstäblich keinen Augenblick, sich mit Elan und aller Kraft aktiv an dem Aufbau eines neuen, freiheitlichen und demokratischen Staatswesens zu beteiligen. Die SPD, in der sie sich nun eifrig engagierte, entsandte sie schon im Jahr 1946 in die Verfassungsgebende Landesversammlung in Hessen. Wenig später wurde sie auch im Parlamentarischen Rat tätig, der für die sich abzeichnende Bundesrepublik Deutschland ein Grundgesetz entwerfen sollte.

Ihr Anliegen dort war es, die rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung der Frauen auf den Weg zu bringen. Ein Hindernis stellte dabei das seit der Kaiserzeit geltende Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) dar. Ihm zufolge war die Ehe für Frauen in rechtlicher Hinsicht ein persönliches Herrschaftsverhältnis. Ehefrauen waren zum Beispiel verpflichtet, im Hauswesen des Ehemannes Dienste zu leisten – die sogenannte Hausarbeit. Aufgrund der Stellung des Ehemannes als Familienoberhaupt unterlagen sie seinem Weisungsrecht und seiner Unterhaltspflicht. Der Ehemann besaß auch das Alleinentscheidungsrecht in allen ehelichen Angelegenheiten, sei es die Wahl von Wohnort und Wohnung, sei es eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau oder die Führung des Haushaltes. Auch im Blick auf die Kindererziehung konnte letztlich der Vater bestimmen, wie diese zu geschehen hatte.

Als besonders gravierend erwies sich für Elisabeth Selberts Klientinnen die auf dem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis der verheirateten Frauen im Bürgerlichen Gesetzbuch begründete wirtschaftliche Abhängigkeit einer Ehefrau. Mit der Heirat ging ihr Vermögen in die Verwaltung des Mannes über, der daraus fortan seinen Nutzen ziehen konnte. Dies betraf auch jede Form von Vermögen, das eine Ehefrau während der Ehe erworben hatte. Außerdem war sie verpflichtet, in seinem Geschäft mitzuarbeiten, wenn er dies wollte. Selbst wenn ein Ehepaar gewillt gewesen wäre, diese vom Bürgerlichen Gesetzbuch vorgegebene Rechtsordnung in einem eigenen Vertrag nach eigenen, für die Ehefrau günstigeren Bedingungen abzuändern, wäre dies nicht möglich gewesen. Elisabeth Selbert hatte sich schon in ihrer Dissertation für eine Ausgleichsregelung bei Trennungen ausgesprochen. Diese sollte ein gerechtes Güterrecht für beide Eheleute bewirken. Denn nach wie vor behielt ein Ehemann selbst bei eingereicherter Scheidung das volle Verfügungsrecht auch über das von der Ehefrau in die Ehe eingebrachte Vermögen. Der Ehefrau war es bis zur vollzogenen Scheidung verboten, ein eigenes Konto zu eröffnen.

Nun, im November 1948, enthielt ein erster dem Parlamentarischen Rat vorgelegter Grundgesetzentwurf die alte Formulierung der Weimarer Verfassung:

„Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Dies besagte nahezu lediglich, dass Frauen wählen und gewählt werden konnten. Es hätten sich also überhaupt keine Auswirkungen auf die Reformierung der bestehenden Rechtsgebiete, insbesondere im Ehe- und Familienrecht, ergeben.

Also schlug Elisabeth Selbert statt der Weimarer Fassung den uns so wohlbekannten universalen Satz vor: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Diese sehr schlichte Formulierung hatte weitreichende Auswirkungen. Denn in diesem Satz wurde die Gleichberechtigung als unabdingbar postuliert und somit zum Auftrag erhoben. Daraus folgte, dass das BGB umfassend reformiert werden musste, denn dessen Regelungen wären mit einem Schlag verfassungswidrig gewesen.

Neben Selbert unterstützte nach anfänglichem Zögern auch Friederike Nadig, die zweite SPD-Frau im Parlamentarischen Rat, diesen Vorschlag und auch männliche Sozialdemokraten plädierten, wenn teilweise auch verzögert, für diesen Entwurf. Das reichte aber noch nicht aus. Deshalb initiierte Elisabeth Selbert eine Kampagne, in deren Verlauf Frauenverbände und Einzelpersonen Eingaben an den Parlamentarischen Rat richteten.

Unabhängig von der Frage, ob es ganze „Waschkörbe voller Eingaben“ waren, und es sogar im Gegenteil Eingaben gab, die sich offensichtlich gegen die Gleichberechtigung aussprachen, gelang es Selbert dann doch, so viel politischen Druck aufzubauen, dass die Formulierung schließlich durchging. In der entscheidenden Sitzung am 18. Januar 1949 wurde der Gleichheitsgrundsatz als unveräußerliches Grundrecht angenommen. Die Aufnahme des Satzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ bedeutete die Verpflichtung des Gesetzgebers, alle dem Prinzip der Gleichberechtigung entgegenstehenden Gesetze anzupassen. Also musste das BGB entsprechend gründlich überarbeitet werden.

Für Elisabeth Selbert war dieses Votum nach eigener Aussage die „Sternstunde ihres Lebens“. Diese Sternstunde war jedoch nur der Anfang der darauffolgenden jahrzehntelangen Bemühungen um die Reform des patriarchalisch geprägten Familienrechts gemäß dem Gleichberechtigungsanspruch der Verfassung. Erst am 3. Mai 1957, also acht Jahre später, verabschiedete der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts“, das sogenannte Gleichberechtigungsgesetz.

Nach wie vor hatte der Vater aber noch in Erziehungsfragen das letzte Wort und auch die Vertretung des minderjährigen Kindes stand ihm allein zu. Diese



Staatsministerin Heike Hofmann, Malin Bode und Sabine Heinke (v. l.) bei der Übergabe des Elisabeth Selbert-Preises in der Hessischen Staatskanzlei am 04.06.2025, Fotograf: Paul Müller, © Hessische Staatskanzlei

beiden Regelungen wurden erst 1959 durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Die Karlsruher Richter, unter ihnen die erste weibliche Verfassungsrichterin Erna Scheffler, entschieden die Gleichordnung beider Elternteile bei der Kindererziehung. Der Familienpatriarch alter Couleur war damit entthront.

30 Jahre zuvor hatte die junge Juristin Elisabeth Selbert in ihrer Doktorarbeit für partnerschaftliche Eheverhältnisse und ein reformiertes Scheidungsrecht mit würdigen Formen der Trennung argumentiert. Sie musste allerdings 80 Jahre alt werden, um im Jahr 1977 zu erleben, dass im reformierten Scheidungsrecht das Schuldprinzip zugunsten des Zerrüttungsprinzips verworfen wurde.

Elisabeth Selbert hat mit ihrem Einsatz für ein zentrales Grundrecht tiefe Spuren hinterlassen, die weit über unser Land hinausreichen. Sie hat dies mit Weitblick und Beharrlichkeit getan und genau diese Eigenschaften verbinden die Preisträgerinnen des heutigen Tages mit ihr. Das Jahr 1983 ist nicht nur das Gründungsjahr des Elisabeth Selbert-Preises; es ist auch das Gründungsjahr des Vereins „Frauen streiten für ihr Recht“ und das Erscheinungsjahr der ersten Ausgabe der Zeitschrift „STREIT“.

Damit ist es Ihnen, liebe Preisträgerinnen, zu verdanken, dass sich Elisabeth Selberts Gleichberechtigungsartikel auch in den vielfältigen Facetten der Rechtspraxis wirksam niederschlagen konnte. Sie haben ein Stück Gleichstellungsgeschichte in Deutschland mitgeschrieben. Damit sind Sie für uns ein Vorbild und machen uns Mut für die immer noch anstehenden Herausforderungen. Genau das verbindet Sie auf eine einzigartige Weise mit der Namensgeberin unseres Preises, Elisabeth Selbert.

Ute Sacksofsky

Laudatio für die Verleihung des Elisabeth Selbert-Preises an „STREIT“ durch die Hessische Landesregierung am 4. Juni 2025 in Wiesbaden

Ich freue mich sehr, heute die Laudatio auf den Verein „Frauen streiten für ihr Recht“, der die feministische Rechtszeitschrift „STREIT“ herausgibt, halten zu dürfen.

Um zu verstehen, weshalb die STREIT den Elisabeth Selbert-Preis verdient, lohnt es, sich in die Zeit ihrer Gründung, ins Jahr 1983, zurückzusetzen. Das fällt mir persönlich besonders leicht, weil es die Zeit meines Studiums war. Zwar machten Frauen damals etwa 30% der Jurastudierenden aus, doch Professorinnen gab es kaum. In vielen Universitäten, wie beispielsweise Freiburg, wo ich studierte, gab es keine einzige. Auch in höchsten Gerichten waren Frauen kaum vertreten: im Bundesverfassungsgericht beispielsweise gab es genau eine Richterin (von 16). Und der – eigentlich als liberal geltende – damalige OLG-Präsident Wassermann forderte im Jahr 1985 in einem Interview im Spiegel, dass für die Einstellung von Richter*innen nicht länger die Examensnoten ausschlaggebend sein sollten. Grund seiner Forderung war nicht etwa Frauenförderung, wie die gleichzeitig stattfindende Quoten-Diskussion nahegelegt hätte, sondern das krasse Gegenteil, nämlich seine Sorge um eine zu starke Verweiblichung der Justiz: Bestenauslese im Patriarchat.

Dass es sich bei der Rechtswissenschaft um ein besonders schwieriges Umfeld für feministische Positionen handelte (und ich komme nicht umhin hinzuzufügen: handelt), hat viele Gründe. Drei möchte ich hervorheben.

1.

Die traditionelle Geschlechterordnung erkannte nur Männern Abstraktionsvermögen und die Fähigkeit zu logischem Denken zu. Frauen wurden demgegenüber als gefühlsgesteuert und damit als ungeeignet für juristisches Denken kategorisiert. Ich zitiere aus den Erörterungen des Deutschen Richtertags 1921, auf dem die Eignung von Frauen für die Zulassung zum Richteramt und damit auch für die anderen juristischen Berufe mit großer Mehrheit abgelehnt wurde (glücklicherweise folgte der Reichstag dem nicht, so dass Frauen in der Weimarer Republik als Juristinnen arbeiten konnten):

Ein „psychischer Umstand lässt die Frau als ungeeignet erscheinen: Dies ist ihre seelische Eigenart, nach welcher sie in weitestgehendem Maße Gefühlseinflüssen unterworfen ist, welche ihre sachliche Auffassung beeinträchtigen. [...] Die Gefühleinflüsse sind teils derart, daß die Frau sich ihrer

gar nicht bewußt wird, teils aber sind sie derart, daß die Frau sich ihrer zwar bewußt wird, sich aber von ihnen nicht frei machen kann oder will. (...) [Diese] Gefahren erhalten noch eine erhebliche Steigerung in der Zeit der Monatsperiode, der Schwangerschaft und der Wechseljahre. In dieser Zeit befindet sich nämlich die Frau – und zwar die Mehrzahl der Frauen – in einem Zustand der Reizbarkeit.“¹

Das Zitat stammt aus Weimarer Zeiten, doch in den 1980er Jahren war dies keineswegs überwunden. Mein Vertrauensdozent der Studienstiftung, ein renommierter Juraprofessor, erklärte mir, weshalb Frauen für das Jurastudium ungeeignet seien, beispielsweise folgendermaßen: „Wenn ich meiner Frau einen Fall schildere, etwa: der A habe einen Vertrag geschlossen, fragt sie mich, wie A aussieht und ob er Kinder hat.“ Untrüglicher Beweis dafür, dass Frauen nicht juristisch denken können.

2.

Auch der zweite Begründungsstrang, mit dem Frauen ein Platz in der juristischen Welt abgesprochen wurde, beruht auf der traditionellen Geschlechterordnung: der Trennung von öffentlicher und privater Sphäre. Ich erinnere nur an Schillers Gedicht „Lied von der Glocke“:

„Der Mann muß hinaus
Ins feindliche Leben,
Muss wirken und streben
Und pflanzen und schaffen,
(...)
Und drinnen waltet
Die züchtige Hausfrau (...)“

Dass Recht und zumal der Streit ums Recht der öffentlichen Sphäre zugeordnet ist und daher schon von vornherein Frauen verschlossen sein muss, ist aus der Perspektive der traditionellen Geschlechterordnung offensichtlich. Es wird noch gesteigert dadurch, dass juristische Berufe häufig mit der Ausübung von Macht verbunden sind: 1921 klang das so:

„Die Unterstellung des Mannes unter den Willen und den Urteilsspruch einer Frau widerspricht der Stellung, welche die Natur dem Manne gegenüber der Frau angewiesen hat und wie sie durch die Verschiedenheit des Geschlechts begründet ist.“²

1 Stadelmann, Der vierte Richtertag: Die Zulassung der Frau zum Richteramt, DRiZ 18, 1921, S. 195 (200).

2 Stadelmann, Der vierte Richtertag: Die Zulassung der Frau zum Richteramt, DRiZ 18, 1921, S. 195 (201).



Übergabe des Elisabeth Selbert-Preises an die Redakteurinnen der STREIT, Fotograf: Paul Müller, © Hessische Staatskanzlei

Und wieder: das war in den 1980er Jahren noch lange nicht vorbei. Es gab beispielsweise eine Verfassungsbeschwerde in den 1990er Jahren, die eine Kammerbesetzung mit drei Frauen als Richterinnen als Verfassungsverstoß ansah. Oder in den Worten meines Großvaters, selbst Jurist: „Von einer Frau würde ich mich nie verurteilen lassen“. Sie können sich vorstellen, wie das Gespräch weiterging.

3.

Und schließlich geht es um den Vorwurf der Parteilichkeit. Recht wird als „objektiv und neutral“ imaginiert. Die Geschlechterfrage stellen, katapultiert frau daher von vornherein aus dem legitimen juristischen Diskurs hinaus, während die Geschlechterfrage zu ignorieren, der Objektivität und Neutralität keinen Abbruch tut. Auch dies wirkt noch lange fort. Als ich im Jahr 2000 meine Antrittsvorlesung zum Thema „Was ist feministische Rechtswissenschaft?“ hielt, wurden die Plakate beschmiert und heruntergerissen. Und noch vor wenigen Wochen erklärte mir ein Kollege, feministische Rechtswissenschaft sei „ideologisch“.

In diese Rahmenbedingungen also fällt die Gründung der feministischen Rechtszeitschrift „STREIT“. Die Gründerinnen wussten ganz genau, weshalb sie eine solche Zeitschrift brauchten. Ich zitiere aus dem Editorial des ersten Heftes:

„Die mageren Zeiten sind vorbei; endlich haben wir uns unser eigenes Forum geschaffen: STREIT! Feministische Rechtszeitschrift! Keine zermürbenden Auseinandersetzungen mehr bei dem Versuch, frauenorientierte Ansätze in kritischen und unkritischen juristischen Zeitschriften unterzubringen. Keine männliche Zensur unserer unjuristischen, unwissenschaftlichen und für die Allgemeinheit uninteressanten Minderheitenpositionen mehr. Jetzt kann die kontroverse Diskussion um Frauenpositionen aufblühen.“

Es geht also um mehrere Aspekte, weshalb die Gründung der Zeitschrift in der damaligen Zeit so wichtig war.

1.) Es war für feministische Positionen ausgesprochen schwierig, in den traditionellen juristischen Zeitschriften veröffentlicht zu werden. Auch dies kann ich aus eigener Erfahrung nur bestätigen.

2.) In Zeiten vor dem Internet war der Zugang zu Gerichtsentscheidungen fast ausschließlich über deren Veröffentlichung in juristischen Zeitschriften möglich. Die STREIT machte es sich zur Aufgabe, frauenpolitisch erfolgreiche Entscheidungen zu dokumentieren. So konnten alle frauenrechtlich Interessierten diese Entscheidungen zur Kenntnis nehmen und in ihrer weiteren juristischen Praxis nutzen.

3.) Vielleicht am wichtigsten war aber der Aspekt, dass es mit der STREIT ein Forum gab, in dem auch unterschiedliche feministische Positionen ausgetauscht werden konnten. Wenn es darum geht, neue Ideen in der Rechtspolitik – oder auch an anderen Stellen in der Praxis – zu entwickeln, bedarf es des Austauschs mit anderen, die das Grundanliegen der Herstellung tatsächlicher Gleichberechtigung teilen. Hierfür Gelegenheit zu finden, war für Feministinnen nicht einfach. Denn zumeist waren Feministinnen nur vereinzelt oder allenfalls in kleiner Zahl an einem Standort vertreten. Ein Forum des Austauschs, wie es die STREIT darstellte, war unerlässlich.

Nachdem ich geschildert habe, wie wichtig, aber auch wie mutig und innovativ es war, die feministische Zeitschrift STREIT im Jahr 1983 zu gründen, ist es Zeit, sich dem zuzuwenden, was der Verein „Frauen streiten für ihr Recht“ seither geleistet hat. Denn natürlich vergeben wir den Preis nicht allein für eine gute Idee in der lang zurückliegenden Vergangenheit. Sechs Aspekte möchte ich hervorheben.

1.) *Kontinuität*: Der Verein und die Zeitschrift ist ein autonomes feministisches Projekt. Viele solcher Projekte erledigen sich mit der Zeit oder finden keine Personen mehr, die es fortsetzen wollen. Bei der STREIT ist das anders. Die Zeitschrift erscheint seit vielen Jahrzehnten. Das bedeutet auch, dass es nicht einmal eine Phase gab, in der das Projekt vor sich hindümpelte und später wiederbelebt wurde, sondern es lief kontinuierlich. In jedem Jahr wurden vier Hefte produziert. Verlässlich!

2.) *Ehrenamt*: Die Mitglieder des Vereins sind ganz überwiegend an der Redaktionsarbeit beteiligt. Dies machen sie ehrenamtlich. Sie bringen Zeit und Energie ein, erhalten keine Vergütung, keine Aufwandsentschädigung, sondern bekommen nicht einmal die Reisekosten erstattet. Ehrenamt ernst genommen!

3.) *Gestaltung*: Die Zeitschrift STREIT ist liebevoll gestaltet. Sie ist werbefrei. Die in ihr enthaltenen Bilder stammen von Künstlerinnen. Das Logo und das äußere Erscheinungsbild – silberne Schrift auf blauem Grund – sind ansprechend. Es macht Spaß, die Zeitschrift aufzuschlagen.

4.) *Verbindung von Theorie und Praxis*: Die Richterin des Bundesverfassungsgerichts a. D. Susanne Baer formulierte zum vierzigjährigen Jubiläum, was die STREIT für sie bedeutet: „Recht ist Bewegung. Keine ändert die Welt allein. Praxis braucht Theorie und Theorie braucht Praxis.“³ Das ist kein kleines Verdienst. Denn häufig verliert Theorie ihre Fundierung in der Praxis und in der Praxis kann der Blick

auf die großen Fragen verloren gehen. Gut, dass es in der STREIT zusammengeht.

5.) *Vernetzung*: Der Verein „Frauen streiten für ihr Recht“ ist seit vierzig Jahren auch Träger des Feministischen Jurist*innentags. In diesen jährlich, jeweils am Muttertagswochenende stattfindenden Treffen versammeln sich feministische Jurist*innen aller Altersgruppen, unterschiedlicher Berufe, aus verschiedenen Orten und diskutieren intensiv über eine weite Bandbreite von Themen. Der FJT zeigt auch, dass der STREIT der Generationenwechsel gelungen ist. Der FJT ist – gerade auch unter Jüngeren – so beliebt, dass er regelmäßig überbucht ist. Den Bruch zwischen den feministischen Generationen zu überwinden, war nicht leicht, warf erhebliche Konflikte auf, die aber – und das ist wahrhaft eine große Leistung – bearbeitet werden konnten.

6.) Schließlich sind in der STREIT und dem FJT zentrale rechtspolitische Reformen angestoßen, entwickelt und begleitet worden. Die gesamte Bandbreite feministischer Themen wurden hier bearbeitet; ich verzichte darauf, diese im Einzelnen Revue passieren zu lassen, denn dann säßen wir noch lange hier.

Nur einen Aspekt möchte ich noch hervorheben. Die STREIT hat sich nie auf eine der drei Säulen der Jurisprudenz – Zivilrecht, Strafrecht und Öffentliches Recht – reduzieren lassen. Sie hat diese juristisch-internen Trennungen nie für ausschlaggebend gehalten. Geht es um die Verbesserung der Situation von Frauen, müssen Lebensbereiche ganzheitlich in den Blick genommen werden. Die STREIT hat dies immer getan.

Ich komme zum Schluss. Der Elisabeth Selbert-Preis wird vergeben „in Anerkennung hervorragender Leistungen für die Verankerung und Weiterentwicklung von Chancengleichheit von Frauen und Männern“. Das Recht ist für die Schaffung von Chancengleichheit ein zentraler Faktor. Der Verein „Frauen streiten für ihr Recht“ und die feministische Rechtszeitschrift STREIT haben auf vielen verschiedenen Ebenen und in verschiedener Weise zur Verbesserung der Rechts-situation im Sinne der Gleichberechtigung zentral beigetragen. Sie haben den Elisabeth Selbert-Preis wahrlich verdient.

³ Susanne Baer: Warum streiten wir? in: Wofür STREITen wir? Stimmen aus der Redaktion, STREIT Heft 1/2023, Seite 5.

Malin Bode

Dankesrede zur Verleihung des Elisabeth Selbert-Preises 2025 am 4. Juni 2025 in der Staatskanzlei des Landes Hessen, Wiesbaden

Im Namen der STREIT bedanke ich mich sehr herzlich für die Verleihung des Elisabeth Selbert-Preises. Es ist uns eine große Ehre, diesen Preis zu erhalten, und es ist uns auch eine große Freude! Vielen Dank!

Mir persönlich ist es eine besondere Freude, da ich mit der Erwähnung des Namens von Elisabeth Selbert aufgewachsen bin. Meine Mutter war in der Nachkriegszeit im kleinen, an Hessen angrenzenden Wittgenstein für die SPD Kreistagsabgeordnete.¹ Bei Parteiveranstaltungen der SPD ist sie Elisabeth Selbert persönlich begegnet. Sie war von Elisabeth Selberts Kampf für die Gleichberechtigung und auch von ihr als Person außerordentlich beeindruckt. Sie schätzte sie sehr. Daher wurde der große Erfolg Elisabeth Selberts von ihr immer wieder erwähnt, meist nicht ohne kritisch bedauernd hinzuzufügen, dass es die SPD leider versäumt hätte, Elisabeth Selbert mit verantwortungsvolleren Aufgaben, wie der Position einer Landesministerin oder der einer Bundesverfassungsrichterin zu betrauen. Meine Mutter ergänzte dann regelmäßig, dass es Frauen in der Politik eben nicht leicht hätten – auch nicht in den eigenen Reihen.

Dieser Befund hat sich sicher seit damals etwas gebessert, doch wenn ich heute z. B. auf Bilder vom Koalitionsausschuss der aktuellen Bundesregierung blicke – mit einer Frau und zehn Männern,² fühle ich mich doch an die Worte meiner Mutter erinnert.

Es gab und gibt also allen Grund, dass Frauen für ihr Recht streiten!

Dies gilt umso mehr, als es in der Welt – nicht zuletzt gerade in den USA – zu Rückschlägen kommt und auch schon deutsche Firmen wie SAP und die Telekom ihre vermeintlichen Überzeugungen, die sich in Diversitätsprogrammen ausdrückten, zu Gunsten guter Geschäfte über Bord werfen.³

¹ Lina Bode geb. Pickhan, Kreistagsabgeordnete von 1948–1952.

² TAZ vom 28.5.2025 „Gruppenbild mit Dame“.

³ Deutschlandfunk, Handelsblatt – SAP beendet Programme für Geschlechtervielfalt, 10.5.2025, [www. Deutschlandfunk.de](http://www.Deutschlandfunk.de) (letzter Zugriff 2.7.2025).

A.

Wer sind wir, der Verein Frauen streiten für ihr Recht und die Zeitschrift STREIT, und was machen wir?

Bei der Gründung 1983 waren wir fast ausnahmslos Rechtsanwältinnen. Das hat sich im Laufe der Jahre geändert, auch der Beruf der Professorin, Richterin oder Verwaltungsjuristin taucht jetzt selbstverständlich in der Redaktion auf.

Wir treffen uns vier Mal im Jahr zu Redaktions-sitzungen in den unterschiedlichen Orten und besprechen das anstehende Heft, aber auch die Fragen der feministischen Rechtsbewegung und Fragen, die mit der Organisation der jährlichen Treffen der feministischen Juristinnen zu tun haben.⁴ Wir freuen uns jedes Mal darauf, uns zu sehen.

Einige von uns sind Autorinnen in der STREIT, andere halten die Fäden in der Hand und alles zusammen oder noch andere haben den Blick auf die allgemeine Rechtslandschaft, auf die dort ständig erscheinenden Urteile, um sie für uns zu sichten, wieder andere beleben mit ihren Ideen die Diskussion oder sorgen sich um die finanzielle Existenz oder die öffentliche Sichtbarkeit.

Wie fing es an?

1983, als sowohl der Elisabeth Selbert-Preis erstmalig ausgelobt wurde und wir die Zeitschrift STREIT gegründet haben, gab es offenbar allgemein ein klares Bewusstsein davon, dass für die Verbesserung der allgemeinen und auch rechtlichen Lage der Frauen ein kräftiger Schub nötig war.

Die STREIT – mit dem Zusatz: feministische Rechtszeitschrift – entwickelte sich aus der feministischen Rechtsbewegung, die in der Hochphase der 2. Frauenbewegung 1978 ihren Anfang genommen hatte.

Als Anwältinnen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten – und nach wie vor zur Aufgabe machen – die Interessen von Frauen zu vertreten, fehlte uns eine regelmäßige Austauschmöglichkeit zwischen den jährlichen Treffen, mit der wir die Gelegenheit hatten und haben, in praktischer wie theoretischer Hinsicht, unsere Arbeit zu verbessern, aber auch zu hinterfra-

⁴ Siehe Jubiläumsheft 40 Jahre STREIT, STREIT 1/2023, dort „Die Redaktion zum Jubiläum mit vielen Stimmen – wofür streiten wir?“, S. 3 ff.

gen. Unsere Redakteurin Susanne Pötz-Neuburger hat in den ersten beiden Heften 1983 die damals junge Geschichte der feministischen Rechtsbewegung festgehalten.⁵ (Wer also Interesse hat, hat die Möglichkeit das nachzulesen.)

Unsere Zeitschrift enthält über die gesamte juristische Spartenbreite Aufsätze, positive Gerichtsentscheidungen für Frauen, gelegentlich mit Anmerkungen, Buchbesprechungen und Hinweise, Berichte, Dokumentationen von interessanten internationalen oder europäischen Vorschriften oder Meinungsbilder aus der Redaktion zu komplexen Fragen.⁶ Aber auch Interviews mit Redakteurinnen, die es immer lohnt zu lesen, finden sich in unseren Heften, z. B. mit den Gründerinnen der STREIT, der früheren Redakteurin Jutta Bahr-Jendges,⁷ Sibylla Flügge⁸ und Susanne Pötz-Neuburger⁹ oder, nach den Anschlägen von Hanau, mit unserer Hanauer Redakteurin Zümrüt Turan-Schnieders.¹⁰

Die STREIT ist seit vielen Jahren im Internet zu finden. Es gibt die Möglichkeit, die STREIT online zu lesen und auch in alten Ausgaben nach interessanten Beiträgen zu suchen.¹¹ Wir sind gerade dabei, diese Möglichkeit mit einer modernisierten Website weiter zu verbessern.

Was machen wir?

Ich stelle Ihnen hier nur beispielhaft und ganz schlaglichtartig, an manchen Stellen nur gestreift, einige der Themen vor, mit denen wir uns beschäftigen.¹² Viele,

hier nicht erwähnte sehr wichtige Fragen erschließen sich Ihnen, wenn Sie einen Blick in die blauen Hefte werfen:

Mit welchen Themen befassen wir uns also?

- die Gewalt gegen Frauen, die ist leider immer aktuell,¹³
- nach wie vor das Thema der Abtreibung,
- die faktische Benachteiligung von Frauen im Familienrecht,
- im Arbeitsrecht u.a. das Gebot der Entgeltgleichheit und Fragen der Arbeitszeit,¹⁴
- die rechtliche Lage der Frauen im Asyl- und Ausländerrecht,¹⁵
- Anti-Diskriminierungsfragen.¹⁶

In den fast 50 Jahren der feministische Rechtsbewegung und den über 40 Jahren der STREIT konnte bei der Rechtsumsetzung und der Rechtsdurchsetzung erfreulicherweise Einiges erreicht werden. Daran waren wir oft in irgendeiner Form, persönlich mit Engagement oder Beiträgen in unserer Zeitschrift, mit der Veröffentlichung von wegweisenden Urteilen oder wichtigen Artikeln in den Heften beteiligt.

Menschenrechtliche Maßstäbe für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, STREIT 2/2014, S. 51 ff.; Irene Schmitt, Lesben im Recht – Lesben ohne Rechte?, STREIT 2/1999, S. 51 ff.; Kirsten Ketscher, Rechtliche Regelung der Fortpflanzungstechnologie – Betrachtungen aus frauenrechtlicher Sicht, STREIT 1/1988, S. 15 ff.

¹³ Auch die Gewalt gegen Kinder wird von uns immer wieder thematisiert: siehe z.B. Buchbesprechung Charlotte Spieler von Claudia Burgsmüller/Brigitte Tillmann, Institutionelles Versagen beim Umgang mit sexueller Gewalt im schulischen Kontext, STREIT 4/2021, S. 156.

¹⁴ Die gesamte soziale Lage der Frauen ist beständiges Thema der STREIT, auch und gerade das Sozialrecht. Z.B. Susette Jörk, Dankesrede zur Verleihung des Maria-Otto-Preises des DAV am 6.11.2024 an das Anwältinnenbüro Leipzig, STREIT 1/2025, S. 6 ff.; dies., Die temporäre Bedarfsgemeinschaft – Anmerkungen aus anwaltlicher Sicht, STREIT 1/2018, S. 16 ff.; dies. Praxishinweis zum Anspruch auf Opferentschädigung nach Vorschädigung in der DDR – Zum Urteil des BSG vom 18.11.2015, STREIT 3/2016, S. 129 ff.; Ute Klammer, Alte und neue Herausforderungen der Frauentalersicherung, STREIT 1/2017, S. 15 ff.; Mahtab Khedri, Tendenzielle Diskriminierung wirtschaftlich unterprivilegierter Frauen in der Rechtsprechung am Beispiel der Berechtigung für Grundsicherungsleistungen von sorgeberechtigten Unionsbürger*innen, STREIT 4/2024, S. 172 ff.

¹⁵ EuGH Urt. v. 11.6.2024 (Grundsatzentscheidung) „Frauen mit sog. westlichen Werten bilden eine soziale Gruppe“ C – 646/21, STREIT 3/2024, S. 133; Anne Büllesbach, UNHCR, Berücksichtigung von frauenspezifischen Asylgründen in westlichen Asylländern, STREIT 4/1998, S. 155 ff.; Margarethe v. Galen, Frauen als politisch Verfolgte, STREIT 4/1992, S. 148 ff.; und schon Margit Gottstein, Frauenspezifische Verfolgung als Asylgrund, STREIT 2/1987, S. 75 ff.

¹⁶ Siehe Susanne Baer, Sexuelle Identität als Grundrecht – Diskussion um die Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG, STREIT 3/2010, S. 102 ff.; Lucy Chebout, „Es steht ein Pferd auf dem Flur“ – Warum der Referentenentwurf zum Selbstbestimmungsgesetz das Abstammungsrecht für queere Familien schlimmer macht, STREIT 3/2023, S. 105 ff., zuletzt: Theresia Degener/Vanessa Blicke, Für ein diskriminierungsfreies neues Abtreibungsrecht – keine Aufnahme einer embryopathischen Indikation, STREIT 2/2025, S. 66 ff.

⁵ Petra Ewe/Susanne Pötz-Neuburger, STREIT 1/1983, S. 36 ff. und Susanne Pötz-Neuburger STREIT 2/1983, S. 42 ff.

⁶ Stimmen aus der STREIT-Redaktion zum Urteil des BVerfG zum Versorgungsausgleich vom 26.5.2020. STREIT 3/2020, S. 117 ff.

⁷ Jutta Bahr-Jendges im Gespräch mit Anna Hochreuter aus Anlass des 65. Geburtstages von Jutta Bahr-Jendges – Das Private ist politisch, STREIT 3/2009, S. 133 ff.

⁸ Gespräch zwischen Sarah Elsuni und Sibylla Flügge – Ein Leben mit der Frauenbewegung, STREIT 4/2020, S. 147 ff.

⁹ Katharina Gruber interviewt Susanne Pötz-Neuburger – Ein Leben als feministische Rechtsanwältin, STREIT 2/2023, S. 62 ff.

¹⁰ Gespräch zwischen Malin Bode und Zümrüt Turan-Schnieders – Nach Hanau, STREIT 1/2020, S. 3 ff.

¹¹ www.streit-fem.de.

¹² Siehe auch Birgit Schweikert, 40 Jahre STREIT – eine Säule der feministischen Rechtsbewegung – eine Festrede, STREIT 3/2023, S. 99 ff.; Sibylla Flügge, 25 Jahre Feministische Rechtspolitik – eine Erfolgsgeschichte?, STREIT 2/2003, S. 51 ff. Aus der Fülle der rechtspolitischen, rechtssoziologischen, rechtsphilosophischen und rechtstheoretischen Beiträge seien nur ganz wenige zu dieser Gelegenheit erwähnt: Cara Röhner, Paritätsgesetze und ihre verfassungsgemäße Begründung, STREIT 2/2020, S. 57 ff.; Heide Hering/Susanne v. Pascensky/Renate Sadrozinsky, Frauen in bester Verfassung, STREIT 4/1990, S. 158 ff.; Anja Titze, Emanzipation per Gesetz – Frauen in der DDR, STREIT 4/2011, S. 153 ff.; Ute Gerhard, Für Frauenrecht (nicht nur) als Disziplin – Zu Tove Stang Dahl, „Frauenrecht“, STREIT 3/1993, S. 123 ff.; Renate Jaeger, Frauen verändern die Justiz, verändern Frauen die Justiz, STREIT 1/1998, S. 3 ff.; Christine Fuchsloch, Die Entschädigung der Opfer des 2. Weltkriegs und des Nationalsozialismus – warum erst jetzt?, STREIT 3/1998, S. 107 ff.; Laura Adamietz, Geschlecht als Erwartung, STREIT 4/2013, S. 156 ff.; Beate Rudolf,

Wesentlich dabei ist eben, – wofür Elisabeth Selbert zweifelsohne steht – nur wenn *wir* uns bewegen, *können* wir etwas bewegen.

B.

I. Welche Themen bewegen wir und haben wir bereits mit der STREIT bewegt?

Bei dieser Gelegenheit muss ich Ihnen sagen, dass die Vorbereitung der Dankesrede für mich gefährlich war. Immer dann, wenn ich etwas in unseren blauen Heften nachgesehen habe, um mich zu vergewissern, dass ich mich richtig erinnere, wurde ich von den Beiträgen festgehalten, die Texte fesselten mich und das Losreißen war wirklich schwierig.

Ja, was bewegt uns?

Wir geben mit unseren Veröffentlichungen, mit Beiträgen wie auch Gerichtsentscheidungen **Anregungen** für Veränderungen im feministischen Sinne, zur Verbesserung der Lage der Frauen, aber auch zur Begegnung von Benachteiligungen allgemein. Es geht uns neben der Information vor allem um die Ermutigung für alle, die die STREIT lesen, in ihren feministischen Bemühungen trotz zu erwartender Widerstände nicht nachzulassen.

Wenn wir Glück haben, werfen wir Steine ins Wasser und später – leider manchmal sehr viel später – können wir von positiven Ergebnissen oder jedenfalls positiven Entwicklungen berichten, die regelmäßig Resultate langer engagierter Bemühungen sind, gegen den Strom zu schwimmen – zum Beispiel:

1. Im Jahr 1983 war es noch üblich und rechtlich akzeptiert, dass Frauen bei der Einstellung nach dem Vorliegen einer Schwangerschaft gefragt wurden. Im Heft 1/1983 hielt ich das naheliegenderweise für eine Frauenbenachteiligung und daher ohne Einschränkung für rechtswidrig.¹⁷ Das Bundesarbeitsgericht brauchte noch 20 Jahre, um zum Ergebnis zu kommen, dass die Frage nach der Schwangerschaft einschränkungslos unzulässig ist.¹⁸

2. Auch schon im Jahr 1983 druckten wir im Heft 2 eine mutige Entscheidung des Arbeitsgerichts Bochum ab, in welcher auch bei einer Fehlgeburt der mutterschutzrechtliche Kündigungsschutz angenommen wurde.¹⁹ Es dauerte allerdings dann 35 Jahre bis 2018²⁰ der Kündigungsschutz bei Fehlgeburten auch gesetzlich geregelt wurde. Gerne erwähne ich an dieser Stelle noch, dass seit diesem Monat im Mutter-

¹⁷ Malin Bode, Anmerkung zu ArbG Frankfurt, Urt. v. 5.8.1982, STREIT 1/1983, S. 33 ff.

¹⁸ BAG, Urt. v. 6.2.2003 – 2 AZR 621/01 – zuvor schon eingeschränkt: BAG, Urt. v. 15.10.1992 – 2 AZR 227/92.

¹⁹ ArbG Bochum, Urt. v. 23.3.1983, STREIT 2/1983, S. 27.

²⁰ Gesetzlicher Kündigungsschutz bei Fehlgeburt seit dem 1.7.2018 mit Ziffer 2 des § 17 Abs. 1 MuSchG.



Malin Bode hält die Dankesrede in der Hessischen Staatskanzlei, Fotograf: Paul Müller, © Hessische Staatskanzlei

schutzgesetz jetzt auch die bezahlte Arbeitsfreistellung nach einer Fehlgeburt angeordnet wird – gestaffelt ab der 13. Schwangerschaftswoche.²¹

3. Im Bereich des Gewaltschutzes veröffentlichten wir in den Jahren 1993 und 1994 die ersten positiven Entscheidungen der Zivilgerichte unter dem Titel „Go-Order“ oder „Wegweisung bei Gewaltausübung“.²² Immerhin schon 9 Jahre danach, im Jahre 2002 kam dann das Gewaltschutzgesetz.²³

Die Ergebnisse aller dieser Erfolge fielen nicht vom Himmel, sondern sehr viele haben an diesen Erfolgen an den unterschiedlichsten Stellen gearbeitet.

II. Was bewegt uns in der STREIT beständig weiter?

Wir sind beharrlich, da wo sich längst hätte etwas ändern sollen, aber sich noch nichts geändert hat – und veröffentlichen Analysen, Anregungen und Ideen zum jeweiligen Thema, damit es sich weiterbewegt.

1. Beim Kampf gegen das Verbot der Abtreibung geht es nicht so recht vorwärts. Seit 100 Jahren wird

²¹ Hinweis: Mutterschutzfristen nach Fehlgeburt ab 1.6.2025, STREIT 2/2025, S. 95 f.

²² LG Koblenz, Beschluss v. 29.7.1993 – 10 T 83/93; Beschlüsse des AG Westerbürg, 23.3.1993 und AG Osnabrück v. 15.5.1983, STREIT 3/1993, S. 111, 112; OLG Zweibrücken, Beschl. v. 5.11.1993, STREIT 2/1994, S. 74 ff.

²³ In-Kraft getreten am 1.1.2002 – siehe dazu u.a. in der STREIT: Schweikert, Wer schlägt, der geht – das geplante Gewaltschutzgesetz – Hintergrund, Chancen und offene Fragen, mit BT Drs. 14/5428 v. 5.3.2001 und Forderungskatalog aus einem europäischen rechtsvergleichenden Projekt im Bereich Gewalt gegen Frauen, STREIT 2001, S. 51 ff., s. auch Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Häusliche Gewalt“ – Rahmenbedingungen polizeiliche/gerichtliche Schutzmaßnahmen bei häuslicher Gewalt, STREIT 3/2002, S. 111.

die Streichung des § 218 StGB gefordert. Wir haben schon im allerersten Heft und vielen weiteren Stellung bezogen.²⁴ Auch wenn die Lage heute anderes aussieht als damals, die Strafbarkeit der Abtreibung im Gesetzbuch ist geblieben.²⁵ Deshalb haben wir dadurch etwas Druck gemacht, dass wir auf die Lage und Lösung dieses Problems im Ausland – konkret in Frankreich – hingewiesen haben. Dort ist schon seit 1975 die Abtreibung dem Gesundheitsrecht zugewiesen und entkriminalisiert worden, darüber haben wir 2019 berichtet. Der Blick über die Grenze nach Westen lohnt sich auch weiterhin unbedingt: 2024 konnten wir einen Beitrag mit dem Titel „Frankreich schafft in seiner Verfassung eine ‚garantierte Freiheit‘, einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen“ von Sylvia Cleff Le Divellec dazu veröffentlichen.²⁶ Am 4. März 2024 schrieb Frankreich Geschichte, als es die Freiheit der Frauen, einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, in die Verfassung aufnahm. Um bei uns dahin zu kommen, gibt's für uns noch Einiges zu tun!²⁷

2. Was bewegen wir bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen?

Sie ist ein ständiges Thema der STREIT. Im Jahr 2023 wurden in Deutschland 938 versuchte und vollendete Tötungsdelikte an Frauen verzeichnet. Davon wurden 360 Frauen Opfer einer vollendeten Tat. Die Zahl der Frauen, die von ihren (Ex-)Partnern getötet wurden, lag im Jahr 2023 bei 155.²⁸ Das ist unerträglich, wir benutzen inzwischen auch in Deutschland

dafür das Wort Femizide. Auch daran wird deutlich, wie nötig es ist, für die Rechte von Frauen zu streiten. Für ihre, für unsere Meinungsfreiheit, für die Bewegungsfreiheit, für die Entscheidungsfreiheit, für die ökonomische Unabhängigkeit, für die gesamte reproduktive Freiheit.²⁹ Gewalt gegen Frauen ist eben ein Dauerthema.

Doch seit Bestehen der STREIT berichten wir auch über Fortschritte im Bereich des Sexualstrafrechts:

- z. B. ist seit 1998 die Vergewaltigung in der Ehe nicht länger nur als Nötigung, sondern als Vergewaltigung strafbar,³⁰
- bei der Bestimmung, wann eine Vergewaltigung vorliegt, haben wir seit einiger Zeit das Prinzip „Nein heißt Nein“,³¹
- sexuelle Belästigungen und Stalking sind strafbar geworden,³²
- bei der Nebenklage hat sich einiges Positives getan.³³

Aber

Gibt es deswegen weniger Gewalt gegen Frauen? Leider eher nicht.³⁴

Auch hier können uns internationale Entwicklungen, z. B. aus dem europäischen Ausland, kon-

²⁴ Dagmar Oberlies, Die „Abtreibungsreform“ durch Deutsche Gerichte geht weiter, STREIT 1/1983, S. 3 ff.

²⁵ Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.1975 sanken wir nach einer kurzzeitigen Fristenregelung auf eine Indikationslösung mit Beratungszwang zurück. Die Frauen aus den östlichen Bundesländern, die eine klare Fristenregelung gewohnt waren, stürzten nach der Wende rechtlich in der Abtreibungsfrage dramatisch ab. Auch die dann geplante Neuregelung wurde durch das Folge-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28.5.1993 weiter verschärft und sieht seitdem einen zeitlich starr geregelten Beratungszwang vor. S. dazu auch Dagmar Oberlies, „Die Selbstbestimmung der Frau kann nicht so weit gehen, dass sie allein entscheidet“ (Rita Süßmuth) – Die Mitwirkungsbefugnisse und Beweislastverteilung beim Schwangerschaftsabbruch, STREIT 3/1987, S. 125 ff.; DJB, Stellungnahme zur Änderung des § 219a StGB und zu den Mindestanforderungen an die medizinische Versorgung mit Schwangerschaftsabbrüchen, STREIT 1/2019, S. 37 ff.; Ulrike Lembke, Informationen über Schwangerschaftsabbrüche als kriminelle Handlung? Reflektionen nach einer Prozessbeobachtung, STREIT 4/2017, S. 147 ff. – Am 24.06.2022 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Aufhebung des § 219a StGB beschlossen, es trat am 19.07.2022 in Kraft.

²⁶ Sylvia Cleff Le Divellec, Gesundheitsrechtlicher Zugang zum Schwangerschaftsabbruch am Beispiel Frankreichs, STREIT 3/2019, S. 99 ff.

²⁷ Sylvia Cleff Le Divellec, Der Blick über die Grenzen lohnt: Frankreich schafft in seiner Verfassung eine „garantierte Freiheit“ einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, STREIT 2/2024, S. 63 ff.

²⁸ Statista 2025, Anzahl der polizeilich erfassten Opfer von Femiziden in Deutschland von 2019 bis 2023, <https://de.statista.com> (letzter Zugriff 2.7.2025).

²⁹ Der gesamte Bereich der Reproduktionstechnologie/Leihmutter-schaft darf bei der Gewalt gegen Frauen nicht vergessen werden: Anna Dorothea Brockmann, Nach eugenischem Maß geschnitten – Zur sozialen Kontrolle in der Reproduktionsmedizin STREIT 3/1988, S. 102 ff.; Malin Bode, Entkernte Eizellen, STREIT 4/2001, S. 159 ff.; Angelika Cortese, Annegret Feldmann, Leihmutter-schaft – die neue Heimarbeit? STREIT 3/1985, S. 123 ff.; Ute Sacksofsky, Legalisierung der Eizellspende – ein feministisches Statement (dagegen), STREIT 3/2024, S. 99 ff.

³⁰ Elke H. Mildenerberger, Änderungen im 13. Abschnitt des StGB durch das 6. Gesetz zur Reform des Strafrechts: durchdachte Novellierung oder unsystematischer Reformeifer?, STREIT 1/1999, S. 3 ff.

³¹ bff, Frauen gegen Gewalt e.V., Stellungnahme zum Referentenentwurf des BMJV zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung (§§ 177, 179 StGB), STREIT 1/2016, S. 8 ff. Seit dem 16.10.2016 ist diese Sexualstrafrechtsreform in Kraft.

³² Vgl. zu Stalking u.a. AG Grevesmühlen, Urt. v. 18.9.2006, Freiheitsstrafe und Schmerzensgeld für Stalking, STREIT 1/2007, S. 36 ff.; zur sexuellen Belästigung: Tatjana Hörnle, Besserer Schutz vor sexuellen Übergriffen, STREIT 1/2016, S. 3 ff.

³³ Vgl. Bestandsaufnahme von Petra Ladenburger/Martina Lörsch, Nebenklagevertretung bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, STREIT 2/2021, S. 51 ff.; Zur Geschichte der Kämpfe um die Nebenklage bei Sexualdelikten: Claudia Burgsmüller, Der subjektive Faktor – ein Beitrag zur drohenden Abschaffung der Nebenklage, STREIT 1/1983, S. 8 ff.

³⁴ An dieser Stelle der Hinweis auf die internationale Lage: z. B.: Alema Alema, Rechtslage afghanischer Frauen und Mädchen nach der Machtübernahme der Taliban, STREIT 1/2025, S. 21 ff.; Reingard Zimmer, Genderaspekte in der Regulierung von Lieferketten, STREIT 1/2025, S. 9 ff.; Mariam Claren, Frauen, Leben Freiheit – Feministische Revolution im Iran, STREIT 1/2024, S. 3 ff.; Marie-Aimée Helie-Lucas, Das vorrangige Symbol islamischer Identität: Frauen im muslimischen Recht der Person, STREIT 1/1992, S. 3 ff.; Christina Moeller, Das „Celebi-Urteil des „ad-hoc“-Kriegsverbrecher-Tribunals der VN für das ehemalige Jugoslawien – eine Urteilsanmerkung, STREIT 2/2000, S. 51 ff.; Silke Studzinsky, Ermittlungen von sexueller Gewalt vor dem ECCC und ICC, STREIT 3/2012, S. 103 ff.

kret im Sexualstrafrecht Spaniens, von denen unsere Redakteurin Katharina Gruber 2023 berichtet hat, ermutigen, – denn dort wird das Prinzip „Ja heißt Ja“ zugrunde gelegt.³⁵ Wir können hoffen, dass ein *solches* Gesetz – in Spanien und wenn wir es hätten – nicht nur die Gewalttaten gegen Frauen *regelt*, sondern auf Dauer auch im Rahmen seiner Symbolwirkung wenigstens einen kleinen Beitrag dazu leisten könnte, für veränderte Normvorstellungen in der Gesellschaft unter den Menschen zu sorgen, so dass idealerweise bereits die Entstehung von Gewalt gegen Frauen verhindert wird.

Eine wichtige Fortentwicklung im rechtlichen Bereich der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen finden wir so auch in der Istanbul Konvention, einem europäischen Übereinkommen.³⁶

Die Istanbul Konvention gewinnt zunehmend auch im Bereich des Familienrechts, insbesondere im Sorge- und Umgangsrecht an Bedeutung. Unsere Redakteurin Sabine Heinke setzt sich nimmermüde u.a. dafür ein, dass bei Entscheidungen zum Sorge- und Umgangsrecht etwaige Gewalt vom Vater gegen die Mutter umfassend aufzuklären und zu beachten ist.³⁷

An dieser Stelle knüpfe ich gerne an eine Äußerung von Elisabeth Selbert aus dem Jahr 1980 an, welche unsere frühere Kollegin Rechtsanwältin Alexandra Goy in ihrem Beitrag zum 101. Geburtstag von Elisabeth Selbert in der STREIT 1997 von ihr zitiert hat. Dort heißt es von Elisabeth Selbert:

„Damals [zu der Zeit des parlamentarischen Rates] bin ich natürlich zunächst von der Notwendigkeit der Änderung des Familienrechts ausgegangen, das seit 1900 in Kraft und schon überholt war, als es verkündet wurde. Ich habe die Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau an der Notwendigkeit aufgehängt, im Familienrecht das



Elisabeth Selbert in ihrer Kanzlei, 1946, Fotograf*in unbekannt. AddF Kassel, Sign.: A-F-NLP11-0066

Patriarchat zu beseitigen, von dem es beherrscht war.“³⁸

Und wir können im Jahre 2025 hinzufügen: leider ist das Patriarchat – nicht nur im Familienrecht – immer noch vorhanden und verlangt nach Beseitigung.

3. Wir halten natürlich auch unsere sozusagen „hauseigenen“ Erfolge fest, z. B. die richtungsweisende Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Lohngleichheit vom Februar 2023, die unsere Redakteurin Rechtsanwältin Susette Jörk entgegen vieler Widerstände, u.a. gegen zwei negative Urteile der Vorinstanzen erstritten hat.³⁹ Eine Frau hat Anspruch auf gleiches Entgelt für gleiche oder gleichwertige Arbeit, wenn der Arbeitgeber männlichen Kollegen aufgrund des Geschlechts ein höheres Entgelt zahlt. Daran ändert sich nichts, wenn der männliche Kollege ein höheres Entgelt fordert und der Arbeitgeber dieser Forderung nachgibt.⁴⁰ Die Lohngleichheit ist damit noch nicht da, aber sie sollte dadurch leichter erreichbar werden. Es gilt, weiter dran zu bleiben und weiter gemeinsam für die Rechtsdurchsetzung zu kämpfen.

35 Katharina Gruber, Spaniens Regierung stärkt die Rechte von Frauen, STREIT 2/2023, S. 80 ff.; Jetzt auch in Norwegen, DER STANDARD, 24.6.2025, Reform des Sexualstrafrechts, warum Norwegen ein „Ja“ will.

36 Zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, das seit 2018 als gesetzliche Regelung auch im nationalen Recht Deutschlands zu beachten ist und unter dem Namen der „Istanbul-Konvention“ bekannt ist, Heike Rabe, Die Istanbul-Konvention – innerstaatliche Anwendung, STREIT 3/2018, S. 147 ff.

37 Katrin Bülthoff/Sabine Heinke, Zu häuslicher Gewalt im familiengerichtlichen Verfahren – Wohlverhaltenspflicht und Kindeswohl STREIT 2/2024, S. 51 ff.; Sabine Heinke/Barbara Steiner, Probleme bei der Durchsetzung von Gewaltschutzanordnungen – Vorschläge für eine Anpassung des Vollstreckungsverfahrens im Sinne der Istanbul-Konvention, STREIT 2/2023, S. 51 ff.; Sabine Heinke, Umgangsrecht und Partnerschaftsgewalt, STREIT 1/2008, S. 3 ff. Inzwischen hat die Erkenntnis auch die Bundesregierung erreicht, Bundesjustizministerium 22.6.2025: „Wer seine Partnerin schlägt, muss damit rechnen, dass er sein Kind nicht mehr sehen darf, oder nur im Beisein einer Begleitperson“, www.bmjv.de (letzter Zugriff: 1.7.2025).

38 Alexandra Goy, Zum 101. Geburtstag von Elisabeth Selbert – einer Mutter des Grundgesetzes, STREIT 3/1997, S. 139 ff.

39 BAG Urt. vom 16.2.2023 – 8 AZR 450/21, STREIT 4/2023, S. 154.

40 Kerstin Feldhoff, Anmerkung zu BAG vom 16.02.23, STREIT, 4/2023, S. 148 ff.

Dabei warten – nicht zuletzt durch die Pläne der Bundesregierung im Bereich der Arbeitszeit – schon weitere Auseinandersetzungen auf uns, nämlich um die der Arbeitszeit, u.a. wenn es darum geht, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen.⁴¹

III. Wohin will die STREIT sich weiter bewegen?

Sie blickt intensiv in die Zukunft. Wie nehmen neue Fragen in den Blick:

Mit großer Initiative unserer Redakteurin Rechtsanwältin Anke Stelkens ist in der STREIT die Gewalt gegen Frauen in der digitalen Welt ein Thema. Schon in ihrem Beitrag 2016 „Digitale Gewalt und Persönlichkeitsrechtsverletzungen“ untersuchte sie, wie digitale Technologien zur Ausübung von Gewalt genutzt werden können. Sie beschreibt, wie insbesondere Frauen durch digitale Mittel wie E-Mails, soziale Netzwerke oder Apps belästigt, bedroht oder bloßgestellt werden. Dabei betont sie die Notwendigkeit, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die solchen Formen der Gewalt begegnen können wie Cyberstalking, die (angedrohte) Veröffentlichung intimer Fotos oder deren Fälschung. Zentral sind auch die Verletzungen durch Hatespeech, die Hassrede, die Frauen besonders intensiv und häufig trifft.⁴² Zunehmend wird uns die sogenannte „Smarte Gewalt“ bei der **Digitalisierung** im Internet der Dinge beschäftigen müssen. Es geht darum, wie vernetzte Geräte im privaten Raum missbraucht werden können, um Kontrolle und Macht über Frauen auszuüben.⁴³ Mit großer Aufmerksamkeit werden wir uns vor diesem Hintergrund auch mit den anstehenden Fragen der Auswirkungen künstlicher Intelligenz auf das Geschlechterverhältnis weiter befassen.

Um diese und andere anstehende Fragen der Zukunft⁴⁴ hoffentlich gut beantworten zu können, hilft durchaus auch ein gelegentlicher Blick in die Frauengeschichte. Mit den rechtshistorischen Arbeiten unserer Redakteurin Sibylla Flügge – zuletzt 2024 zu den historischen Wurzeln des Antifeminismus – intersektionell betrachtet,⁴⁵ sind wir in der Redaktion ganz gut aufgestellt.

Vor allem hilft uns die tiefe Diskussion in der Redaktion selbst, eine Diskussion, die immer wieder auch kontrovers sein kann, aber auf jeden Fall stets erkenntnisreich ist. Diskussionen, die uns bestärken, dass wir weiter für unser Recht streiten.

IV. Wo wollen wir also hin?

Wir wollen vor allem eine Gesellschaft ohne Gewalt gegen Frauen auf allen privaten und öffentlichen Ebenen erreichen. Damit wäre schon sehr viel gewonnen.

Und wir wollen – ganz in der Tradition Elisabeth Selberts⁴⁶ – tatsächlich zu gleichen Teilen die Gesellschaft gestalten.

C.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Engagement unseres Vereins⁴⁷ hinweisen, der nicht nur die STREIT herausgibt, sondern der auch die Organisation der Feministischen Juristinnentage (FJT) unterstützt, das sind die jährlichen Treffen der feministischen Rechtsbewegung.⁴⁸

Ohne den belebenden und weiterführenden Austausch auf diesen Treffen wäre unsere Arbeit kaum möglich.⁴⁹

Den dort seit vielen Jahren aktiven feministischen Juristinnen gilt *hier* daher auch unser beständiger Dank – für die Diskussionen und Begegnungen in der Vergangenheit, aber auch mit Blick in die Zukunft, um unsere Arbeit auch in der Zukunft verwirklichen zu können.

Unser ganz großer Dank gilt vor allem all unseren Lieben, unseren Familien, Freundinnen und Freunden, die uns beharrlich unterstützen und zudem auf uns so oft verzichten müssen, damit die STREIT weiter erscheint.

Der Elisabeth Selbert-Preis wird uns auf diesem weiteren Weg Verpflichtung und Ermutigung zugleich sein. Herzlichen Dank!

⁴¹ Vgl. hierzu Anke Stelkens, Buchbesprechung von Alice Bertram: Zeit als Ressource im Recht, STREIT 1/2025, S. 42 ff.

⁴² Anke Stelkens, Digitale Gewalt und Persönlichkeitsverletzung, STREIT 4/2016, S. 147 ff.; Berit Völzmann, Beschimpft und verstummt – Hassrede als Gleichheitsproblem, STREIT 4/2022, S. 158 ff.; s. auch Ute Stöcklein, Buchbesprechung Christina Clemm „Gegen Frauenhass“, STREIT 4/2024, S. 188.

⁴³ Anke Stelkens, Smarte Gewalt – Zur Digitalisierung häuslicher Gewalt im Internet of Things STREIT 1/2019, S. 3 ff.

⁴⁴ Z.B. auch Klimafragen, s. Julia Jungfleisch, Zur Entscheidung des EGMR v. 9.4.2024, „Verein KlimaSeniorinnen Schweiz u.a. gegen die Schweiz“, Klarstellungen zur Beschwerdebefugnis nach Art. 34 EMRK, STREIT 2/2024, S. 67 ff.

⁴⁵ Sibylla Flügge, Historische Wurzeln des Antifeminismus – intersektionell. Eine Spurensuche, STREIT 2/2024, S. 116 ff.; s. auch z.B. Sibylla Flügge, Gleiche Rechte für Frauen und Männer

greifbar nah – unendlich fern. Traditionslinien vom Mittelalter bis zur Aufklärung, STREIT 2/2001, S. 72 ff.

⁴⁶ Susanne Selbert, „Natürlich ist noch eine Menge zu tun“. Elisabeth Selbert, eine Kämpferin für die Gleichberechtigung und meine Großmutter, in diesem Heft S. 111 ff.

⁴⁷ Frauen streiten für ihr Recht e.V. mit den beiden Vorsitzenden Anita Roggen und Sabine Heinke, Hamburg.

⁴⁸ Gegründet 1978, damals noch als „Jurafrauentreffen“, siehe Fn. 5; seit der FJT 2016 erstmals in Wien stattfand, schreibt er sich Feministischer Juristinnen*tag, 2024 in Berlin wurde der Stern versetzt zu Feministischer Jurist*innentag, www.feministischer-juristinnentag.de.

⁴⁹ Wir veröffentlichen die Programme, Berichte und Beschlüsse der FJT regelmäßig, aktuell vom 49. FJT Halle in diesem Heft S. 133 ff.

Susanne Selbert

„Natürlich ist noch eine Menge zu tun“

Elisabeth Selbert, eine Kämpferin für die Gleichberechtigung und meine Großmutter

„Natürlich ist noch eine Menge zu tun“, schrieb Dr. Elisabeth Selbert im Jahre 1960 zum 11. Geburtstag des Grundgesetzes. Diesen Satz würde sie auch noch heute, mehr als 76 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, unverändert stehen lassen. Denn zu Frieden über das Erreichte in Sachen Gleichstellung war sie nie. Doch der Reihe nach ...

Im Parlamentarischen Rat

Dem Mut und der Hartnäckigkeit von Elisabeth Selbert haben wir es zu verdanken, dass in Art.3 Abs. 2 GG die klare und unmissverständliche Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ aufgenommen wurde. Das war nicht so geplant. Im Oktober des Vorjahres, in 1948, hatte der Parlamentarische Rat noch vor, die Gleichberechtigung angelehnt an die Formulierung der Weimarer Reichsverfassung in das Grundgesetz aufzunehmen. Danach sollten Männer und Frauen nur die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten haben. Elisabeth Selbert intervenierte. Alle Rechtsgebiete müssen umfasst sein. Gerade das Zivilrecht mit dem Familien- und Erbrecht sowie das Arbeitsrecht. Am 30. November 1948 wird „ihre“ Formulierung in den Grundsatzausschuss eingebracht. Gleichzeitig wird aber auch ein Vorschlag der CDU vorgelegt, wonach das Gesetz Gleiches gleich und Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln muss. Dieser wenig eindeutigen Formulierung tritt sie entschieden entgegen und fordert die klare Formulierung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Sie unterliegt bei der Abstimmung deutlich. Und sie unterliegt erneut im Hauptausschuss am 3. Dezember 1948 mit elf zu neun Stimmen. Man befürchtet ein Rechtschaos.

Nun sucht Elisabeth Selbert Verbündete. Sie schaltet die Öffentlichkeit ein, reist landauf und landab, hält Vorträge in Hamburg, München, Frankfurt und mobilisiert überparteiliche Frauenverbände, Gewerkschafterinnen und Politikerinnen aller Parteien. Sie wendet sich sogar an die Ehefrauen der CDU-Mitglieder des Parlamentarischen Rats. Die Medien helfen, auf die Diskussion aufmerksam zu machen. Mit ihrer ungewöhnlichen Strategie bewegt sie sich auf einem schmalen Grat. Üblicherweise werden inhaltliche Differenzen mit dem Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld der Ausschussberatungen im kleinen Kreis geklärt. In der Regel wenden sich weder

Fraktionen geschweige denn einzelne Abgeordnete an die Öffentlichkeit. Aber ihre Kampagne hat Erfolg – am 18.01.1949 nimmt der Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates ihre Formulierung ohne Gegenstimmen an. Der Liberale und spätere Bundespräsident Theodor Heuss musste zuvor jedoch herablassend dementieren, „dass jetzt dieses Quasistürmlein uns irgendwie beeindruckt und uns zu einer Sinnwandlung veranlasst hat. Denn unser Sinn war von Anfang an so, wie sich die aufgeregten Leute draußen das gewünscht haben.“ Der CDU-Abgeordnete Walter Strauß, dessen Ehefrau unter den Zuhörerinnen saß, verstieg sich sogar zu der Äußerung, „ich glaube, dass ich für die überwiegende Anzahl aller deutschen Männer und insbesondere aller deutschen Ehemänner spreche, wenn ich sage, dass der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau uns zumindest seit 1918 bereits so in Fleisch und Blut übergegangen ist, dass uns die Debatte etwas überrascht hat.“

Ich werde als Enkelin oft gefragt, wie kam es, dass Elisabeth Selbert ihrer Zeit so weit voraus war und so hartnäckig und mutig agierte? Die nachfolgend skizzierten Erfahrungen und Lebensumstände waren sicherlich prägend für ihre klare Haltung.

Familie und Schulzeit

Elisabeth kommt am 22.09.1896 zur Welt. Sie stammt aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Ihr Vater, Georg Rohde, ist Justizwachmeister, ihre Mutter Hausfrau. Sie ist die zweitälteste von vier Mädchen. Sowohl ihre Mutter als auch ihre Großmutter mütterlicherseits waren starke Persönlichkeiten. Es war ihnen anscheinend gelungen, die seinerzeit übliche patriarchalische Ehestruktur zu durchbrechen. Elisabeth beobachtet bereits als Kind genau die Beziehungen ihrer Eltern und Großeltern und bezeichnete sie rückblickend stets als partnerschaftlich. Die Eltern wünschen sich für ihre Töchter eine solide Ausbildung. Nach dem Besuch der Volksschule wechselt sie auf die Mittelschule. Da das Gehalt des Vaters nur ausreicht, das vom Staat erhobene Schulgeld für die ältere Schwester Maria zu entrichten, legt Elisabeth eine Prüfung ab, die den Vater von der Schulgeldzahlung befreit. Elisabeth besteht den Test ohne Schwierigkeiten. Das Lehrangebot orientiert sich je-

doch an den Bedürfnissen und Fähigkeiten, die den Mädchen seinerzeit zugeschrieben wurden. Dies ist neben den Fremdsprachen vor allem Stenografie, Maschineschreiben und Handarbeiten. Ihr fehlen – so würden wir es heute sagen – die MINT-Fächer. Daher muss sie im Gegensatz zu den Jungen im Jahre 1912 die Mittelschule ohne ein Zeugnis über die Mittlere Reife verlassen. Sie erlebt damit erstmals das ganze Ausmaß diskriminierender Behandlung aufgrund ihres Geschlechts. Diese frühe Kränkung weckt ihr Interesse an Frauenfragen. Sie setzt sich intensiv mit Louise Otto-Peters und Helene Lange auseinander, den Kämpferinnen für höhere Mädchenbildung. Sie wird anschließend für ein Jahr die Kasseler Gewerbe- und Handelsschule des Frauenbildungsvereins besuchen. Elisabeth möchte in dieser Zeit am liebsten Lehrerin werden, aber die Familie Rohde hat nicht die finanziellen Mittel, den Besuch des Oberlyzeums zu bezahlen. Notgedrungen nimmt sie aufgrund ihrer guten Fremdsprachenkenntnisse eine Tätigkeit als Auslandskorrespondentin bei der Im- und Exportfirma Salzmann in Kassel an. In ihrer Freizeit liest sie viel. Erst vertieft sie sich in die Naturwissenschaften, dann interessiert sie die Philosophie. Sie beschäftigt sich u. a. mit Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant. Und sie liebt das Theater.

Ihr Ehemann

Und dann lernt sie mit 22 Jahren Adam Selbert kennen, einen jungen Mann aus der Nachbarschaft. Der 1. Weltkrieg ist beendet, Kaiser Wilhelm II. hat abgedankt. Adam Selbert ist vom politischen Umbruch begeistert. Er wird Mitglied und später Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Niederrhoden. Damals ist Niederrhoden noch eine selbständige Vorortgemeinde von Kassel. Neben dem Engagement für die Politik beschäftigt auch er sich mit Philosophie und besitzt eine umfangreiche Bibliothek. Beide haben ein Theater-Abo für das Kasseler Staatstheater, wo sie sich kennenlernen. Später lädt Adam sie zu politischen Versammlungen der Sozialdemokraten ein. Sein erstes Geschenk für Elisabeth ist das Buch „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel. Elisabeth ist fasziniert von seinem Bildungsstand. Und schon im Jahr 1920 redet nicht nur Adam Selbert auf einer öffentlichen Versammlung, sondern auch Elisabeth als Kandidatin zur Gemeindewahl vor 300 Frauen über das Thema Gleichberechtigung. Das junge Paar eint vor allem die Achtung voreinander und nicht stürmische Leidenschaft. „Ich brauchte einen Partner, der meine geistigen Interessen teilte“, erzählt sie später. Sie heiraten im Jahr 1920. Und sie schmieden Pläne, sich weiterzubilden. Adam, eigentlich gelernter Schriftsetzer, ist mittlerweile

bereits Kommunalbeamter. Und er ermuntert seine Frau, das Abitur nachzuholen und zu studieren, da er aufgrund ihrer soliden Schulbildung die besseren Chancen des persönlichen Fortkommens sieht. Und das macht sie. Sie lernt über Jahre hinweg abends zuhause bis spät in die Nacht und legt das Abitur im Jahr 1926 als erste sog. Externe in Kassel ab. Zu diesem Zeitpunkt haben die Eheleute schon zwei kleine Söhne im Alter von 4 und 5 Jahren. Elisabeth ist jetzt 30 Jahre alt.

Die Studienjahre

Im Jahr 1926 beginnt sie auch gleich mit dem Studium der Rechtswissenschaft in Marburg. Ihrer Erinnerung nach gibt es dort zwei weitere weibliche Studierende. Später wechselt sie nach Göttingen. Dort trifft sie auf vier weitere Kommilitoninnen, die das Studium jedoch nicht beenden. Beide Eheleute sind der Überzeugung, „wer etwas leisten will, muss fundiertes Wissen bieten“. In ihren öffentlichen Funktionen merkt Elisabeth nämlich sehr schnell, dass sie ohne grundlegende Kenntnisse nicht gut zurechtkommt. Auch während dieser Zeit bewährt sich die Partnerschaft. Er ermuntert sie weiterhin zum Studium, bleibt Alleinernährer in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, übernimmt die nicht unerheblichen Studiengebühren und verzichtet auf ein eigenes schnelles berufliches Fortkommen. Bei der Kinderbetreuung springen die Großeltern und eine unverheiratete Schwester von Elisabeth ein. Nach nur 6 Semestern, im Jahre 1929, legt sie das erste juristische Staatsexamen ab.

Anschließend, im Jahre 1930, promoviert sie. Ihre Dissertation trägt den Titel „Ehezerrüttung als Scheidungsgrund“. Auch hier ist sie ihrer Zeit schon weit voraus. Erst knapp 50 Jahre später, im Jahr 1977, wird „ihr“ Zerrüttungsprinzip in das Ehe- und Familienrecht eingeführt und das alte Verschuldensprinzip abgeschafft. Elisabeth nimmt dies noch mit Freude und Erleichterung zur Kenntnis, da ist sie schon über 80 Jahre alt.

Bei all dem zeigt sich, wie bedeutend der Einfluss ihres Elternhauses aber insbesondere die Unterstützung des Partners für den Lebensweg von Elisabeth Selbert war.

Manchmal braucht es auch weitere beherzte Unterstützer

Im Oktober 1934 meldet sich Elisabeth Selbert zum Assessorexamen an. Sie muss nach Berlin fahren, zum Reichsjustizprüfungsamt, denn mittlerweile sind nicht mehr die Landesjustizprüfungsämter zuständig.

Die Prüfungskommission in Berlin ist nun auch nach dem „Führerprinzip“ umstrukturiert worden. Der Vorsitzende allein entscheidet über die Prüfungsleistung. Den übrigen Mitgliedern bleibt nur eine beratende Funktion, sie sind nicht mehr abstimmungsbefugt. Das Geld für die Bahnfahrt muss sich Elisabeth leihen. Nach dem Termin sendet sie ein Telegramm an ihren Mann Adam: „Befriedigend bestanden – Ankomme 3.26 Nachts – Elisabeth“.

Mittlerweile wird bekannt, dass die Nationalsozialisten den Zugang für Frauen in die Justiz verhindern wollen. Alle jahrelangen Mühen wären dann umsonst gewesen. Daher beantragt Elisabeth Selbert unmittelbar nach ihrer Prüfung die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. Sie hat großes Glück. Der nationalsozialistische Oberlandesgerichtspräsident ist auf Dienstreise. Zwei ältere Senatsrichter des Oberlandesgerichts vertreten ihn und händigen ihr die Zulassung am 15.12.1934 aus – entgegen dem Votum der Rechtsanwaltskammer, des NS-Juristenbundes, des Gauleiters und entgegen dem Willen des Präsidenten. Beide Richter kannten Elisabeth Selbert und schätzten ihre Fähigkeiten. Für diesen mutigen Akt und die Beherrschung der beiden Männer war sie zeitlebens dankbar. Denn nun konnte ihre Zulassung nur noch im Wege eines Ehrengerichtsverfahrens aberkannt werden, aber dazu gab es keinen Anlass. Tatsächlich wird ab dem 1.1.1935, zwei Wochen später, keine Frau mehr zur Rechtsanwaltschaft oder als Richterin bzw. Staatsanwältin zugelassen. Schwer erkämpfte Errungenschaften aus der Weimarer Zeit wurden zunichte gemacht.

Ging ihr denn nie die Kraft aus?

Man könnte meinen, ihre Kraft sei unerschöpflich gewesen. Neben der Familie mit zwei kleinen Kindern sich auf das Abitur vorzubereiten, zu studieren, jeden Tag mit der Bahn nach Marburg oder Göttingen zu fahren, das Referendariat zu absolvieren. Aber die Kraft war nicht unerschöpflich. Insbesondere nicht zu der Zeit, als Adam Selbert, der mittlerweile stellvertretender Bürgermeister von Niederzwehren geworden war, von den Nazis als politischer Mandatsträger in das Konzentrationslager Breitenau vor den Toren Kassels verschleppt wurde. Das war am 29. Juni 1933. Er muss in der „Schutzhaft“ Zwangsarbeit leisten. Nach vier Wochen kommt er zwar schwer traumatisiert frei, wird aber aufgrund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933 vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Adam steht die nächsten 12 Jahre unter Aufsicht der Gestapo, er muss sich regelmäßig melden. Mit einer monatlichen Nettopension von 88,- bis 102,- Reichsmark ist keine Familie zu ernähren.

Elisabeth ist zu dieser Zeit im Referendariat. Die Großeltern müssen finanziell immer wieder unter die Arme greifen. Und die Kraft von Elisabeth ist aufgezehrt, sie braucht während des Referendariats eine 6-monatige Pause. Sie selbst redet – wie es seinerzeit üblich war – von einem Nervenzusammenbruch. Heute würden wir es als Burn-Out bezeichnen. Als Anwältin und Notarin ernährt sie die Familie ab Ende 1934 allein. Und das Arbeiten unter den Nationalsozialisten ist eine stetige Gratwanderung. Es gibt konspirative Treffen, getarnt als sonntägliche Wanderungen durch den Reinhardswald oder zum Schloss Wilhelmshöhe. Man informiert sich untereinander, bespricht Hilfsmöglichkeiten für die Familien verhafteter Genossen, manchmal wird gleich an Ort und Stelle Geld gesammelt und man tauscht „regimefeindliches Material“ aus. Mit gleichgesinnten Richtern und Staatsanwälten wirkt man zusammen, um die Verhaftung des Mandanten vor dem Gerichtssaal durch die Gestapo zu verhindern.

Auch später, nach dem Krieg, arbeitet sie bis zur Erschöpfung. Sie hat ihre Rechtsanwaltskanzlei zu führen, ist bereits ein Bindeglied zur amerikanischen Militärregierung, wird Stadtverordnete in Kassel und ab Sommer 1946 Mitglied der Verfassungsberatenden Landesversammlung Hessens. Sie wirkt in drei Ausschüssen maßgeblich an der Hessischen Verfassung mit – als einzige Frau – und ist häufiger in Wiesbaden als zuhause anzutreffen. Besonders intensiv arbeitet sie zu so unterschiedlichen Themen wie der Reichseinheit, dem Versammlungsrecht, der sozialistischen Wirtschaftsordnung, dem Staatsnotstand, der Freiheit der Person und dem Sinn von Strafe. Ferner wird sie Landtagsabgeordnete von 1946 bis 1958 und ab 1946 Mitglied im Bundesvorstand ihrer Partei für 10 Jahre. Schließlich wird sie im Jahre 1948 als Abgeordnete in den Parlamentarischen Rat berufen – als eine von vier Frauen. Jetzt ist sie überwiegend in Bonn. An Urlaub ist in dieser Zeit natürlich nicht zu denken. Es wird überall am Aufbau des Staates mitgewirkt. In ihren Kanzleiräumen wird die Arbeiterwohlfahrt wieder gegründet. Diese Vielzahl von Aufgaben führt erneut zur Erschöpfung. Sie braucht eine weitere Auszeit von ein paar Wochen.

Im Alter

Bis zu ihrem 85. Lebensjahr arbeitet Elisabeth Selbert noch in ihrer Kanzlei. Und sie genießt Urlaube und Reisen, die ihr in jüngeren Jahren nicht möglich waren. Begleitet wird sie von Großnichte Anneliese, die seit 1962 im Haushalt der Selberts lebt und bis zum Tode von Elisabeth bei ihr bleiben wird. Sie hat nicht nur die Organisation im Hause Selbert übernommen,



Elisabeth Selbert mit ihrer Enkelin Susanne Selbert, Privataufnahme der Familie ca. 1984 AddF Kassel, Sign.: A-F-NLP11-0062

sie wird eine gute Freundin. Mit ihr fährt Elisabeth nach Terschingen ans Meer, in die Berge nach Bad Mitterndorf in die Wohnung ihres „3. Sohnes“ und in ein kleines Ferienhaus am Lago Maggiore. Dort besucht sie die inzwischen im Tessin lebende ehemalige hessische CDU-Landtagsabgeordnete Gabriele Strecker, mit der sie erst im Alter freundschaftlich verbunden ist.

Und ihre Liebe zu Blumen und blühenden Sträuchern bringt Anneliese manchmal an den Rand der Verzweiflung. So liegt im Auto hinter dem Fahrersitz, auch im Urlaub, immer eine Schippe und ein Beutel – stets bereit zur Aufnahme besonders hübscher Exemplare. Nicht selten muss Anneliese die Juristin ermahnen, sie würde nochmal angezeigt werden, hier sei doch wohl eher Privatgrund. Elisabeth hat das rechtlich immer anders eingeschätzt. Leider haben die heimischen Temperaturen die eine oder andere prächtige Kamelie doch nicht so gedeihen lassen wie im Tessin, was meine Großmutter nur mit der Bemerkung kommentierte, „ein Versuch war’s wert“.

Sie stirbt am 9. Juni 1986 in ihrer Heimatstadt Kassel mit fast 90 Jahren. Da ist ihr Mann schon 21 Jahre tot. Adam war die letzten Jahre stellvertretender Landeshauptmann und Personaldezernent des Bezirkskommunalverbandes Hessen, dem Vorläufer des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Auch er bekleidete viele Ehrenämter. An ihn habe ich keine Erinnerung mehr.

Aber an Elisabeth. Ich war 26 Jahre alt, als sie starb, und ich hatte bereits mein Jura-Studium abgeschlossen. Die Todesnachricht ereilte mich während meines Referendariats, als ich im Rahmen einer Wahlstation in Jerusalem bei einem Anwalt tätig war. Wir standen bis zu ihrem Tod im engen Kontakt. Wenn ich gefragt werde, „wie war denn deine Großmutter so?“, dann sind es viele Facetten, die mir einfallen. Neben

ihre Klugheit, ihrer Scharfsinnigkeit, ihrer Sachlichkeit in politischen Diskussionen, ihrer Präzision in beruflichen Belangen, ihrer Toleranz, ist es vor allem aber ihre Hilfsbereitschaft und Großherzigkeit, die mir in Erinnerung bleibt. Wenn es nötig war, stellte sie sogar ihr Zuhause mit völliger Selbstverständlichkeit zur Verfügung. Als ein guter Freund und Schulkamerad meines Vaters aus dem Krieg nach Hause kam, fand er sein Elternhaus völlig zerstört vor. Die Eltern waren beide in der großen Bombennacht vom 22. Oktober 1943 in Kassel ums Leben gekommen. Nähere Angehörige gab es nicht mehr. Meine Großmutter entschied ohne Zögern, „der Herbert bleibt bei uns“. Er wurde de facto der 3. Sohn im Hause Selbert. Auch Enkelkinder fanden später bei ihr ein Zuhause auf Zeit. Und allen sechs Enkelkindern finanzierte sie deren Ausbildung oder ein Studium. Insbesondere die fünf Enkelkinder sollten nie auf das Gehalt eines Ehemannes oder Partners angewiesen sein. Diese Hilfsbereitschaft und Großherzigkeit hatte sie selbst als junge Frau in ihrer Familie erfahren dürfen.

Und natürlich hat sie mir und allen in unserer Familie „etwas mitgegeben“. Wie ich finde, etwas sehr Bedeutsames, nämlich für unsere demokratischen Grundwerte einzustehen, sich für soziale Gerechtigkeit zu engagieren und mutig zu sein. Und ich bin ihr dankbar, dass sie die grundgesetzlich verankerte Basis geschaffen hat für alle Forderungen nach Gleichberechtigung.

Aber sie haderte bis zuletzt mit dem Umstand, dass die Gleichberechtigung vorankommt „wie eine Schnecke auf Glatteis“ und gab uns Frauen noch im hohen Alter mit auf den Weg, „sich stärker politisch zu organisieren und zu engagieren, um die Gleichberechtigung in steigendem und in erforderlichem Maße durchzusetzen. Wir können dies nicht von den Männern erwarten – das ist Frauensache“. Die mangelnde Beteiligung von Frauen an der politischen Willensbildung in den Parlamenten bezeichnete sie als „Verfassungsbruch in Permanenz“. Die 32,4 Prozent Frauenanteil im jetzigen Bundestag hätte sie erschüttert, genauso wie die steigende Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen. Aber auch die fortwährende Lohnlücke, insbesondere unter Berücksichtigung des Lebensarbeitseinkommens, die nach wie vor nichtpartnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit und alle Versuche der Retraditionalisierung von Geschlechterrollen hätte sie bekämpft.

„Natürlich ist noch eine Menge zu tun“, würde sie also auch noch heute schreiben, 76 Jahre nach Verabschiedung des Artikels 3 Absatz 2 des Grundgesetzes. Es ist immer noch ein langer Weg. Bleiben wir also weiterhin hartnäckig und mutig. Wir sind es uns, unseren Kindern und unseren Vorkämpferinnen schuldig.

*Urteil mit Hinweis***EuGH, RiLi 92/85/EWG, §§ 4, 5 KSchG
Unwirksamkeit der Zweiwochenfrist für
die nachträgliche Klagezulassung bei
Unkenntnis einer Schwangerschaft im
Zeitpunkt der Kündigung****Tenor**

Art. 10 und 12 der Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz (zehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) sind dahin auszulegen, dass sie einer nationalen Regelung entgegenstehen, nach der eine schwangere Arbeitnehmerin, die von ihrer Schwangerschaft erst nach Ablauf der für die Erhebung einer Klage gegen ihre Kündigung vorgesehenen Frist Kenntnis erlangt hat, eine solche Klage nur dann erheben kann, wenn sie binnen zweier Wochen einen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage stellt, sofern die Verfahrensmodalitäten im Zusammenhang mit diesem Zulassungsantrag insoweit nicht den Anforderungen des Effektivitätsgrundsatzes genügen, als sie Nachteile mit sich bringen, die geeignet sind, die Umsetzung der Rechte übermäßig zu erschweren, die Art. 10 dieser Richtlinie schwangeren Arbeitnehmerinnen vermittelt.

Urteil des EuGH vom 27.06.2024, RS C-284/23 (Vorabentscheidung zur Vorlage des Arbeitsgerichts Mainz vom 24.04.2023, 4 Ca 1424/22)

Aus den Gründen:**Ausgangsverfahren und Vorlagefrage**

[10-15] TC war aufgrund eines auf ein Jahr befristeten Arbeitsvertrags ab dem 1. August 2022 bei H. als Pflegehelferin beschäftigt. Mit Schreiben vom 6. Oktober 2022 kündigte H. der TC mit Wirkung zum 21. Oktober 2022. Am 9. November 2022 wurde bei TC eine Schwangerschaft in der siebten Woche ärztlich festgestellt. Hiervon unterrichtete sie H. am 10. November 2022.

Mit Schreiben vom 13. Dezember 2022 reichte TC beim Arbeitsgericht Mainz, dem vorlegenden Gericht, Klage gegen ihre Kündigung mit der Begründung ein, dass sie zum Zeitpunkt der Kündigung schwanger gewesen sei.

Das vorlegende Gericht weist darauf hin, dass nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts § 4 Satz 4 KSchG – der vorsieht, dass, soweit die Kündigung der Zustimmung einer Behörde bedarf, die Frist zur Anrufung des Arbeitsgerichts erst mit Bekanntgabe der Entscheidung der Behörde an den Arbeitnehmer zu laufen beginnt – im Fall nachträglich dem Arbeitgeber mitgeteilter Schwangerschaft nicht anwendbar sei, so dass das Versäumen der Drei-

wochenfrist des § 4 Satz 1 KSchG gemäß § 7 KSchG trotz des Sonderkündigungsschutzes nach § 17 MuSchG zur Wirksamkeit der Kündigung führe, sofern nicht ein Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage nach § 5 KSchG gestellt werde. Da TC einen derartigen Antrag nicht gestellt habe, sei ihre Klage mithin nach diesen Bestimmungen des KSchG abzuweisen. Das vorlegende Gericht hat jedoch Zweifel an deren Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht [...].

[18] Unter diesen Umständen hat das Arbeitsgericht Mainz beschlossen, das Verfahren auszusetzen und dem Gerichtshof folgende Frage zur Vorabentscheidung vorzulegen:

Sind die nationalen deutschen Regelungen der §§ 4 und 5 KSchG, wonach auch eine Frau, die als Schwangere besonderen Kündigungsschutz genießt, zur Erhaltung desselben zwingend innerhalb der dort normierten Fristen Klage erheben muss, mit der Richtlinie 92/85 vereinbar? [...]

Zur Zulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens

[27] Mit seiner Frage möchte das vorlegende Gericht im Wesentlichen wissen, ob die Art. 10 und 12 der Richtlinie 92/85 dahin auszulegen sind, dass sie einer nationalen Regelung entgegenstehen, nach der eine schwangere Arbeitnehmerin, die von ihrer Schwangerschaft erst nach Ablauf der für die Erhebung einer Klage gegen ihre Kündigung vorgesehenen Frist Kenntnis erlangt hat, eine solche Klage nur dann erheben kann, wenn sie binnen zweier Wochen einen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage stellt. [...]

[30] Diese Vorschriften und insbesondere Art. 12 der Richtlinie 92/85 sind im Kontext der Richtlinie spezifischer Ausdruck des Grundsatzes des effektiven gerichtlichen Schutzes der den Einzelnen durch das Unionsrecht verliehenen Rechte (Urteil Pontin, Rn. 41). [...]

[32] Was den Grundsatz des effektiven gerichtlichen Schutzes der den Einzelnen durch das Unionsrecht verliehenen Rechte betrifft, dürfen nach ständiger Rechtsprechung die Verfahrensmodalitäten für Klagen, die den Schutz der den Einzelnen aus dem Unionsrecht erwachsenden Rechte gewährleisten sollen, nicht weniger günstig ausgestaltet sein als die für entsprechende innerstaatliche Klagen (Grundsatz der Äquivalenz) und die Ausübung der durch die Unionsrechtsordnung verliehenen Rechte nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren (Grundsatz der Effektivität) (Urteil Pontin, Rn. 43 und die dort angeführte Rechtsprechung). [...]

[34] Zum Effektivitätsgrundsatz ergibt sich aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs, dass jeder Fall, in dem sich die Frage stellt, ob eine nationale Verfahrensvorschrift die Anwendung des Unionsrechts

unmöglich macht oder übermäßig erschwert, unter Berücksichtigung der Stellung dieser Vorschrift im gesamten Verfahren, des Verfahrensablaufs und der Besonderheiten des Verfahrens vor den verschiedenen nationalen Stellen zu prüfen ist. [...]

[35] In diesem Zusammenhang hat der Gerichtshof dementsprechend entschieden, dass die Festsetzung angemessener Ausschlussfristen für die Rechtsverfolgung im Interesse der Rechtssicherheit mit dem Unionsrecht vereinbar ist, da solche Fristen nicht geeignet sind, die Ausübung der durch die Unionsrechtsordnung verliehenen Rechte praktisch unmöglich zu machen oder übermäßig zu erschweren (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 12. Februar 2008, *Kempter*, C-2/06, EU:C:2008:78, Rn. 58 und die dort angeführte Rechtsprechung). Der Gerichtshof hat zu Ausschlussfristen auch entschieden, dass es Sache der Mitgliedstaaten ist, für nationale Regelungen, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen, Fristen festzulegen, die insbesondere der Bedeutung der zu treffenden Entscheidungen für die Betroffenen, der Komplexität der Verfahren und der anzuwendenden Rechtsvorschriften, der Zahl der potenziell Betroffenen und den anderen zu berücksichtigenden öffentlichen oder privaten Belangen entsprechen (vgl. in diesem Sinne Urteil *Pontin*, Rn. 48 und die dort angeführte Rechtsprechung, und Urteil vom 27. Februar 2020, *Land Sachsen-Anhalt [Besoldung der Beamten und Richter]*, C-773/18 bis C-775/18, EU:C:2020:125, Rn. 69).

[36] Somit stehen insbesondere im Hinblick auf den Grundsatz der Rechtssicherheit die Anforderungen des Effektivitätsgrundsatzes bei einer Klage auf Wiedereinstellung einer rechtswidrig gekündigten Arbeitnehmerin in das betreffende Unternehmen der Festlegung einer relativ kurzen Ausschlussfrist grundsätzlich nicht entgegen. Denn sowohl die schwangeren Arbeitnehmerinnen, denen gekündigt worden ist, als auch die Arbeitgeber können aus Gründen der Rechtssicherheit ein Interesse daran haben, dass eine solche Klagemöglichkeit zeitlich beschränkt ist, insbesondere wegen der Folgen dieser Wiedereinstellung für alle Beteiligten, wenn diese erst nach erheblicher Zeit erfolgt (vgl. in diesem Sinne Urteil *Pontin*, Rn. 60 und 61).

[37] Allerdings hat der Gerichtshof zu einer nationalen Regelung, die für eine Klage auf Nichtigerklärung einer Kündigung eine Ausschlussfrist von 15 Tagen vorsieht, zum einen entschieden, dass in Anbetracht insbesondere der Situation, in der sich eine Frau zu Beginn der Schwangerschaft befindet, eine solche Frist als besonders kurz anzusehen ist, und zum anderen, dass es für eine Arbeitnehmerin, der während ihrer Schwangerschaft gekündigt worden ist, sehr schwierig ist, sich unter Einhaltung dieser Frist sachgerecht beraten zu lassen sowie gegebenen-

falls eine Klage abzufassen und einzureichen (Urteil *Pontin*, Rn. 62 und 65).

[38] Der Gerichtshof hat ferner im Hinblick auf die nationale Regelung, die Gegenstand der Rechtssache war, in der das Urteil *Pontin* ergangen ist, darauf hingewiesen, dass eine schwangere Arbeitnehmerin, die, aus welchem Grund auch immer, diese Fünfzehntagesfrist hat verstreichen lassen, ihre aus der Kündigung resultierenden Rechte nicht mehr mit einer Klage geltend machen kann (vgl. in diesem Sinne Urteil *Pontin*, Rn. 66).

[39] Insbesondere auf der Grundlage dieser Feststellungen hat der Gerichtshof entschieden, dass Verfahrensmodalitäten wie diejenigen, die diese nationale Regelung kennzeichnen, dadurch, dass sie Verfahrensnachteile mit sich bringen, die es schwangeren Frauen übermäßig erschweren können, ihre Rechte aus Art. 10 der Richtlinie 92/85 durchzusetzen, den Erfordernissen in Bezug auf den Grundsatz der Effektivität nicht genügen, wobei die entsprechende Prüfung jedoch vom vorlegenden Gericht vorzunehmen ist (vgl. in diesem Sinne Urteil *Pontin*, Rn. 67 und 69).

[40] Im vorliegenden Fall geht aus der Vorlageentscheidung hervor, dass nach § 4 Satz 1 KSchG eine Kündigungsschutzklage innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung zu erheben ist. Eine nach Ablauf dieser Frist erhobene Klage einer schwangeren Arbeitnehmerin kann jedoch nach § 5 KSchG zulässig sein, wenn die Arbeitnehmerin, die erst nach Ablauf der genannten Dreiwochenfrist von ihrer Schwangerschaft Kenntnis erlangt hat, einen entsprechenden Antrag stellt. Dieser Antrag muss innerhalb von zwei Wochen nach Behebung des Hindernisses für die Klageerhebung gestellt werden.

[41] Das vorlegende Gericht stellt fest, dass die im Ausgangsverfahren in Rede stehende Arbeitnehmerin, die innerhalb von drei Wochen nach Zugang der schriftlichen Kündigung keine Klage gegen ihre Kündigung erhoben habe, auch keinen derartigen Antrag gestellt habe, so dass ihre Klage abzuweisen wäre, es sei denn – wozu es neige –, die im Ausgangsverfahren in Rede stehende nationale Regelung verstoße gegen den Effektivitätsgrundsatz.

[42] Die dreiwöchige Klagfrist des § 4 Satz 1 KSchG solle die Rechtssicherheit gewährleisten, und dies scheine auch für die in § 5 Abs. 3 KSchG vorgesehene Frist von zwei Wochen für die Einreichung eines Antrags auf Zulassung der verspäteten Klage zu gelten.

[43] Allerdings dürfen die Mitgliedstaaten, wie in Rn. 35 des vorliegenden Urteils ausgeführt, bei der Festsetzung der Ausschlussfristen nicht nur die Rechtssicherheit heranziehen. Andere Parameter, wie die Bedeutung der zu treffenden Entscheidungen für die Betroffenen oder auch andere öffentliche oder private Belange, sind ebenfalls zu berücksichtigen.

[44] In diesem Zusammenhang stellt der Kündigungsschutz für schwangere Arbeitnehmerinnen, wie er durch Art. 10 der Richtlinie 92/85 gewährleistet wird, einen wichtigen Parameter dar, den die Mitgliedstaaten berücksichtigen müssen.

[45] In Anbetracht der Gefahr, die eine mögliche Kündigung für die physische und psychische Verfassung einer schwangeren Arbeitnehmerin darstellt, hat der Unionsgesetzgeber in Art. 10 der Richtlinie 92/85 nämlich einen besonderen Schutz für die Frau vorgesehen, indem er dieses Kündigungsverbot verfügt hat (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 22. Februar 2018, Porras Guisado, C-103/16, EU:C:2018:99, Rn. 46 und die dort angeführte Rechtsprechung).

[46] Zwar geht aus der Vorlageentscheidung hervor, dass § 5 KSchG die Erhebung einer verspäteten Klage mittels eines Zulassungsantrags ermöglicht, wenn die ordentliche Frist von drei Wochen für die Erhebung einer Kündigungsschutzklage verstrichen ist, die Frau aber aus einem von ihr nicht zu vertretenden Grund noch keine Kenntnis von ihrer Schwangerschaft erlangt hatte.

[47] Erstens ist jedoch darauf hinzuweisen, dass dieser Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage innerhalb von zwei Wochen nach Behebung des Hindernisses für die Klageerhebung zu stellen ist, was nach Auffassung des Gerichtshofs in Anbetracht insbesondere der Situation, in der sich eine Frau zu Beginn der Schwangerschaft befindet, eine besonders kurze Frist darstellt (Urteil Pontin, Rn. 62).

[48] Zweitens ist diese zweiwöchige Frist kürzer als die in § 4 Satz 1 KSchG vorgesehene ordentliche Frist von drei Wochen für die Erhebung einer Kündigungsschutzklage.

[49] Somit verfügt eine schwangere Arbeitnehmerin, die zum Zeitpunkt ihrer Kündigung Kenntnis von ihrer Schwangerschaft hat, über eine Frist von drei Wochen, um eine solche Klage zu erheben. Dagegen verfügt eine Arbeitnehmerin, die aus einem von ihr nicht zu vertretenden Grund vor Ablauf dieser Frist keine Kenntnis von ihrer Schwangerschaft hat, nur über zwei Wochen, um die Zulassung einer solchen Klage zu beantragen, was eine erhebliche Verkürzung der Frist bedeutet, um sich sachgerecht beraten zu lassen und gegebenenfalls nicht nur diesen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage, sondern auch die eigentliche Klage abzufassen und einzureichen. [...]

[51] [...] Das bedeutet, dass ihr eine kürzere Frist zu Gebote steht als diejenige, die ihr zur Verfügung gestanden hätte, wenn sie zum Zeitpunkt ihrer Kündigung von ihrer Schwangerschaft Kenntnis gehabt hätte. Somit kann diese Frist von zwei Wochen dazu führen, dass es für diese Arbeitnehmerin sehr schwierig wird, sich sachgerecht beraten zu lassen und gegebenenfalls den Zulassungsantrag und die eigentliche Klage abzufassen und einzureichen.

[52] Drittens scheint, wie auch die Kommission in ihren schriftlichen Erklärungen ausführt, der Beginn der in § 5 Abs. 3 KSchG vorgesehenen Frist von zwei Wochen, d. h. der Zeitpunkt der „Behebung des Hindernisses“ für die Klageerhebung, nicht völlig eindeutig zu sein, was dazu beitragen kann, die Wahrnehmung der durch die Richtlinie 92/85 gewährleisteten Rechte zu erschweren.

[53] Viertens schließlich geht aus der Vorlageentscheidung hervor, dass die gekündigte Arbeitnehmerin nach § 17 Abs. 1 Satz 2 MuSchG verpflichtet ist, ihrem Arbeitgeber unverzüglich ihre Schwangerschaft mitzuteilen. In Anbetracht dieser Verpflichtung fragt sich das vorlegende Gericht, ob das zusätzliche Erfordernis, wonach diese Arbeitnehmerin bei einem Gericht einen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage stellen muss, als mit den Anforderungen des Prinzips effektiven Rechtsschutzes unvereinbar anzusehen ist.

[54] Hierzu ist festzustellen, dass zwar der Umstand, dass die Arbeitnehmerin nicht nur verpflichtet ist, ihrem Arbeitgeber unverzüglich ihre Schwangerschaft mitzuteilen, sondern dass es ihr auch obliegt, innerhalb von zwei Wochen einen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage bei einem Gericht zu stellen sowie grundsätzlich die eigentliche Klage einzureichen, dazu beiträgt, aufzuzeigen, wie komplex das durch die im Ausgangsverfahren in Rede stehende nationale Regelung geschaffene System ist: Dieses sieht mehrere konkurrierende Pflichten vor, die unter Einhaltung unterschiedlicher, sich überschneidender Fristen teils gegenüber dem Arbeitgeber, teils gegenüber einem Gericht zu erfüllen sind.

[55] Es kann indessen grundsätzlich nicht davon ausgegangen werden, dass eine schlichte Mitteilung an den Arbeitgeber der Einreichung eines Schriftsatzes bei Gericht gleichwertig wäre, der nach den nationalen Verfahrensvorschriften erforderlich ist, um eine Kündigung anzufechten oder zumindest die Ausschlussfrist für die Anfechtung dieser Kündigung auszusetzen.

[56] Daraus folgt, dass das Erfordernis, einen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage bei einem Gericht stellen zu müssen, als solches nicht als mit den Anforderungen des Grundsatzes des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes unvereinbar angesehen werden kann, und zwar auch dann nicht, wenn die nationale Regelung außerdem die betroffene Arbeitnehmerin dazu verpflichtet, ihrem Arbeitgeber unverzüglich ihre Schwangerschaft mitzuteilen. [...]

[58] Im vorliegenden Fall ist festzustellen, dass die in § 5 KSchG vorgesehene Frist von zwei Wochen vorbehaltlich der vom vorlegenden Gericht vorzunehmenden Prüfungen zu Verfahrensnachteilen zu führen scheint, die gegen den Grundsatz der Effek-

tivität und damit gegen den Grundsatz des effektiven gerichtlichen Schutzes der den Einzelnen durch die Richtlinie 92/85 verliehenen Rechte verstoßen können. Diese Frist, die deutlich kürzer ist als die in § 4 KSchG vorgesehene ordentliche Frist, scheint nämlich in Anbetracht der Situation, in der sich eine Frau zu Beginn ihrer Schwangerschaft befindet, besonders kurz zu sein und es der schwangeren Arbeitnehmerin sehr schwierig zu machen, sich sachgerecht beraten zu lassen und gegebenenfalls einen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage sowie die eigentliche Klage abzufassen und einzureichen, zumal Unsicherheiten hinsichtlich des Beginns dieser Zweiwochenfrist und der Kumulierung von Pflichten nicht auszuschließen sind, für die jeweils unterschiedliche Fristen gelten und die teils gegenüber dem Arbeitgeber, teils gegenüber einem Gericht zu erfüllen sind.

[59] Nach alledem ist auf die Vorlagefrage zu antworten, dass die Art. 10 und 12 der Richtlinie 92/85 dahin auszulegen sind, dass sie einer nationalen Regelung entgegenstehen, nach der eine schwangere Arbeitnehmerin, die von ihrer Schwangerschaft erst nach Ablauf der für die Erhebung einer Klage gegen ihre Kündigung vorgesehenen Frist Kenntnis erlangt hat, eine solche Klage nur dann erheben kann, wenn sie binnen zweier Wochen einen Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage stellt, sofern die Verfahrensmodalitäten im Zusammenhang mit diesem Zulassungsantrag insoweit nicht den Anforderungen des Effektivitätsgrundsatzes genügen, als sie Nachteile mit sich bringen, die geeignet sind, die Umsetzung der Rechte übermäßig zu erschweren, die Art. 10 dieser Richtlinie schwangeren Arbeitnehmerinnen vermittelt.

Hinweis

Der Arbeitgeber kündigte das Arbeitsverhältnis während der Probezeit mit Schreiben vom 06.10.2022. 6 Wochen später, nämlich am 09.11.2022 wurde bei der Arbeitnehmerin eine Schwangerschaft in der siebten Woche ärztlich festgestellt. Am Folgetag, 10.11.2022, informierte sie den Arbeitgeber und erhob erst ca. einen Monat später, nämlich am 13.12.2022 Kündigungsschutzklage und berief sich auf das Kündigungsverbot während Schwangerschaft gemäß § 17 Abs. 1 MuSchG.

Das Problem: Gemäß § 7 KSchG gilt die Kündigung als von Anfang an rechtswirksam, wenn ihre Rechtsunwirksamkeit nicht rechtzeitig geltend gemacht wird, d.h. insbesondere, wenn nicht innerhalb der Fristen gemäß § 4 Satz 1, § 5 KSchG Klage erhoben wird.

Im Streitfall war im Zeitpunkt der Klageerhebung die 3-wöchige Klagefrist des § 4 KSchG abgelaufen. Einen Antrag auf nachträgliche Klagezulassung gemäß § 5 KSchG hat die Klägerin nicht gestellt und

ein solcher Antrag wäre am 13.12.2022 auch verfristet gewesen, weil nach den Regelungen der §§ 4, 5 KSchG in der Auslegung, die diese Vorschriften in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts erfahren haben, der Antrag auf nachträgliche Klagezulassung (verbunden mit der Klage) binnen zweier Wochen nach Kenntnis von der Schwangerschaft hätte gerichtlich geltend gemacht werden müssen.

Das Arbeitsgericht Mainz hatte dem Europäischen Gerichtshof die Frage vorgelegt, ob dieses strenge Fristenregime mit der Richtlinie 92/85/EWG des Rates vom 19. Oktober 1992 (sog. Mutterschutzrichtlinie) vereinbar ist. Der EuGH hat wie vorliegend abgedruckt entschieden, dass das in Fallgestaltungen wie der vorliegenden, also wenn die gekündigte Arbeitnehmerin erst nach Ablauf der 3-wöchigen Klagefrist Kenntnis davon hat, dass sie im Zeitpunkt des Ausspruchs der Kündigung schwanger war, nicht der Fall ist.

In der Folge hatte die Klägerin keine Klagefrist einzuhalten, weshalb ihrer Klage trotz der späten Erhebung stattzugeben war. (siehe Pressemitteilung des Arbeitsgerichts Mainz zum Verfahren 4 Ca 1424/22 vom 10.09.2024; <https://arbgmz.justiz.rlp.de/presse-aktuelles/detail/pressemitteilung-zum-verfahren-4-ca-1424-22-eugh-c-284-23>).

RAin Susette Jörk, Leipzig

Beschluss mit Anmerkung

BVerfG Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG, §§ 765a ZPO, § 32 Abs. 1 BVerfGG

Räumungsschutz für Hochschwangere

Die Vollstreckungsgerichte haben in ihrer Verfahrensgestaltung die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit Verfassungsverletzungen durch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ausgeschlossen werden und dadurch der sich aus dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ergebenden Schutzpflicht staatlicher Organe Genüge getan wird. (Rnr. 6)

(Leitsatz der Redaktion)

Beschluss des BVerfG, 2. Senat, 3. Kammer vom 18.05.2025 – 2 BvQ 32/25

Tenor

Das BVerfG hat beschlossen: „Die Zwangsvollstreckung aus dem Vergleich des Amtsgerichts ... vom 18. Januar 2024 wird einstweilen bis zur Entscheidung über die noch einzulegende Verfassungsbeschwerde, längstens für die Dauer von sechs Monaten, ausgesetzt“.

Aus den Gründen:

(3) 2. Nach diesen Maßstäben hat der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung Erfolg.



Maria Dorn, Emmas Mutter, Fotografie, 2024

(4) a) Eine noch einzulegende Verfassungsbeschwerde wäre weder von vornherein unzulässig noch offensichtlich unbegründet.

(5) Die Sachaufklärung und Begründung der angegriffenen Entscheidungen des Amtsgerichts begegnen im Hinblick auf das von den Antragstellern geltend gemachte Grundrecht des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG (körperliche Unversehrtheit) verfassungsrechtlichen Bedenken.

(6) aa) Die Vollstreckungsgerichte haben in ihrer Verfahrensgestaltung die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit Verfassungsverletzungen durch Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ausgeschlossen werden und dadurch der sich aus dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ergebenden Schutzpflicht staatlicher Organe Genüge getan wird (vgl. BVerfGE 52, 214 <219 f.>). Es ist Aufgabe der staatlichen Organe, Grundrechtsverletzungen nach Möglichkeit auszuschließen (vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des 2. Senats v. 29.06.2022 – 2 BvR 447/22, Rn. 39 m. w. N.). Macht der Vollstreckungsschuldner für den Fall einer Zwangsräumung substantiiert ihm drohende schwerwiegende Gesundheitsgefahren geltend, haben sich die Tatsacheninstanzen – beim Fehlen eigener Sachkunde – zur Achtung verfassungsrechtlich verbürgter Rechtspositionen wie in Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG regelmäßig mittels sachverständiger Hilfe ein genaues und nicht nur an der Oberfläche haftendes Bild davon zu verschaffen,

welche gesundheitlichen Folgen im Einzelnen mit einem Umzug verbunden sind, insbesondere welchen Schweregrad zu erwartende Gesundheitsbeeinträchtigungen voraussichtlich erreichen werden und mit welcher Wahrscheinlichkeit dies eintreten kann (vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des 2. Senats v. 29.06.2022 – 2 BvR 447/22, Rn. 40 m. w. N.). [...]

(7) bb) Eine Gefährdung des unter dem Schutz des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG stehenden Rechts des Schuldners auf Leben und körperliche Unversehrtheit kann im Vollstreckungsschutzverfahren nicht nur bei der konkreten Gefahr eines Suizids gegeben sein. Die Vollstreckung kann auch aus anderen Gründen eine konkrete Gefahr für das Leben des Schuldners begründen oder wegen schwerwiegender gesundheitlicher Risiken eine mit den guten Sitten unvereinbare Härte im Sinne von § 765a ZPO darstellen (vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des 2. Senats v. 29.06.2022 – 2 BvR 447/22, Rn. 42 m. w. N.). Einzubeziehen sind dabei nicht nur die Gefahren für Leben und Gesundheit des Schuldners während des Räumungsvorgangs, sondern auch die Lebens- und Gesundheitsgefahren im Anschluss an die Zwangsräumung (vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des 2. Senats v. 29.06.2022 – 2 BvR 447/22, Rn. 43 m. w. N.). [...]

(8) cc) Das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG verpflichtet die Vollstreckungsgerichte, bei der

Prüfung der Voraussetzungen des § 765a ZPO auch die Wertentscheidungen des Grundgesetzes und die dem Schuldner in der Zwangsvollstreckung gewährleisteten Grundrechte zu berücksichtigen. Eine unter Beachtung dieser Grundsätze vorgenommene Würdigung aller Umstände kann in besonders gelagerten Einzelfällen dazu führen, dass die Vollstreckung für einen längeren Zeitraum und – in absoluten Ausnahmefällen – auf unbestimmte Zeit einzustellen ist (vgl. BVerfG, Beschlüsse der 3. Kammer des 2. Senats v. 29.06.2022 – 2 BvR 447/22, Rn. 38; v. 10.01.2024 – 2 BvR 26/24, Rn. 7 m.w.N.). [...]

(9) dd) Es spricht derzeit einiges dafür, dass das Amtsgericht diesen Anforderungen im Hinblick auf die besondere Situation der schwangeren Antragstellerin zu 2. und ihrer Familie nicht gerecht geworden ist. Die Antragsteller haben unter Vorlage eines Krankenhausberichts auf die geplante primäre Sectio der Antragstellerin zu 2. am 23. Mai 2025 hingewiesen. Es ist zweifelhaft, ob die gesundheitliche Situation der Antragstellerin zu 2. im Hinblick auf das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG), die sich unmittelbar vor einer Entbindung durch einen Kaiserschnitt befindet, vom Amtsgericht hinreichend gewürdigt worden ist. Gleiches gilt zur Versorgung des noch ungeborenen Kindes in einer Notunterkunft. Die Antragsteller haben wiederholt vorgetragen, dass eine Unterbringung in Containern der Gemeinde das Mindestmaß an medizinischer und hygienischer Grundversorgung angesichts der konkreten Situation der Antragsteller vermissen lasse.

(10) (1) In seinem den beantragten Räumungsschutz ablehnenden Beschluss hat das Amtsgericht bereits die gebotene Abwägung der beiderseitigen Interessen von Gläubiger und Schuldnerin unter Hinweis darauf unterlassen, dass das Vorbringen der Antragsteller bereits keine mit den guten Sitten nicht vereinbare Härte im Sinne des § 765a Abs. 1 ZPO darstelle. [...] die Begründung des Amtsgerichts, mit der es eine weitere Aufklärung letztlich für verzichtbar hielt, ist nicht tragfähig. Das Amtsgericht meint im angegriffenen Beschluss vom 13. Mai 2025, die Antragsteller könnten sich im vorliegenden Fall nicht auf staatliche Schutzpflichten berufen, weil die erneute Schwangerschaft im Hinblick auf ihre finanzielle Situation „geradezu fahrlässig“ erscheine. Im Beschluss wird dann ergänzend die in der Antragsschrift nicht (näher dargelegte) Erkrankung des Antragstellers zu 1. und des minderjährigen Kindes zu Lasten der Antragsteller gewertet, ohne dass insoweit das Erfordernis einer Abwägung erörtert wurde. [...]

(11) (2) In seinem Nichtabhilfebeschluss bezüglich der eingelegten sofortigen Beschwerde nimmt das Amtsgericht zwar vordergründig eine Abwägung

vor, räumt aber dem „durch Art. 19 Abs. 4 und 14 GG geschützten Räumungsanspruch des Gläubigers“ Vorrang ein. Dies lässt besorgen, dass es an einer hinreichenden Berücksichtigung der grundrechtlich geschützten Positionen der Antragstellerin zu 2. und ihrem ungeborenen Kind im Rahmen der Abwägung fehlt. [...]

(12) Auch der Verweis im Nichtabhilfebeschluss des Amtsgerichts auf die Zuständigkeit der Ordnungsbehörde für den Schutz der Antragsteller begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken. Ist mit der Fortsetzung der Zwangsvollstreckung eine Lebens- oder Gesundheitsgefahr verbunden, bedeutet dies zwar noch nicht, dass ohne Weiteres Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO gewährt werden muss. Vielmehr ist eine Einstellung der Zwangsvollstreckung nicht notwendig, wenn der Gefahr durch geeignete Maßnahmen begegnet werden kann. Dies setzt aber voraus, dass die Fachgerichte die Geeignetheit der Maßnahmen sorgfältig geprüft und insbesondere deren Vornahme sichergestellt haben (vgl. BVerfG, Beschluss der 3. Kammer des 2. Senats vom 8.08.2019 – 2 BvR 305/19, Rn. 33 m.w.N.).

(13) Es ist Aufgabe der zuständigen staatlichen Stellen, eine menschenwürdige Unterbringung im Sinne von Art. 1 Abs. 1 GG sicherzustellen. Verfassungsrechtlich nicht unbedenklich erscheint es, wenn das Amtsgericht im Nichtabhilfebeschluss meint, dass es nicht seine Aufgabe sei, eine Zwangsvollstreckung trotz drohender menschenunwürdiger Bedingungen im Fall der Unterbringung vorläufig einzustellen. Insofern wäre es bei der Ablehnung des Antrags auf Vollstreckungsschutz Aufgabe des Vollstreckungsgerichts gewesen, zunächst zu prüfen und notfalls sicherzustellen, dass die konkrete Unterkunft für die Bedürfnisse der Antragstellerin zu 2. nach der Entbindung und des ungeborenen Kindes dem Mindestmaß an menschenwürdiger Unterbringung entspricht. [...]

Anmerkung:

Die vorliegende Eilentscheidung der 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts verdient nicht nur im Hinblick auf Räumungsvollstreckungen Beachtung. Das Gericht weist deutlich darauf hin, dass der Schutz von Leib und Leben durch staatliche Organe, also auch durch Gerichte, eine umfassende Sachaufklärung und eine ernstnehmende Abwägung mit den grundrechtlich geschützten Interessen anderer Verfahrensbeteiligter erfordert. Sie ist daher auch für die Anwendung etwa des Gewaltschutzübereinkommens (sog. Istanbul-Konvention) durch die (Familien)gerichte von Bedeutung, vgl. z. B. OLG Saarbrücken, Beschl. vom 22.04.2024 – 6 UF 22/24, STREIT 2/2025, Seite 72 ff.

Sabine Heinke, Hamburg

Beschluss

AG FamG Hamburg-Bergedorf,
 § 1671 Abs. 1 BGB, § 49 ff. FamFG
**Alleiniges Aufenthaltsbestimmungsrecht
 und Gesundheitsorge wegen Gewalt
 gegen die Mutter**

Die Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts kann im Kindesinteresse schon deshalb erforderlich sein, um den Aufenthalt der Kindesmutter an einem geschützten Ort geheim halten zu können.

(Leitsatz der Redaktion)

Beschluss des AG FamG Hamburg-Bergedorf vom 02.06.2025
 – 415c F 56/25

Zum Sachverhalt:

Ihre Ehe wird von beiden Beteiligten als konfliktreich beschrieben. Die Antragstellerin ist während der Schwangerschaft bereits vom Antragsgegner tätlich angegriffen worden, sie legte im Verfahren Handy-Aufnahmen von Hämatomen vor. Ferner hat ihr Ehemann sie mindestens ein weiteres Mal nach der Geburt des Kindes angegriffen und verletzt. Er soll ihr zuvor das Kind aus dem Arm gerissen und auf ein Sofa geworfen haben. Der Antragstellerin gelang es, aus der Wohnung zu fliehen und mit Hilfe der Mitarbeiterin eines nahegelegenen Supermarktes die Polizei zu verständigen. Die Verletzungen der Antragstellerin wurden dokumentiert.

Nach einem vom Antragsgegner initiierten gemeinsamen Gespräch beim Jugendamt, in dem die Gewaltausübung umfangreich besprochen wurde, trennte sich die Antragstellerin und wurde mit dem gemeinsamen Kind, einem Säugling, Anfang April 2025 in einem Frauenhaus aufgenommen.

Der Antragsgegner bestreitet, Gewalt ausgeübt zu haben und sieht das Problem ausschließlich auf Seiten der übermäßig eifersüchtigen Antragstellerin.

Aus den Gründen:

Das Amtsgericht hat mit Beschluss vom 08.04.2025 (... im Wege einstweiliger Anordnung) der Kindesmutter das Aufenthaltsbestimmungsrecht zur alleinigen Ausübung übertragen. [...] die Eltern, die Verfahrensbeiständin und das Jugendamt wurden am [...] angehört.

Die Kindeseltern haben angegeben, weiterhin getrennt leben zu wollen, die Kindesmutter hält sich weiterhin an einem geschützten Ort auf. Der Kindesvater hat erklärt, er sei damit einverstanden, dass (das gemeinsame Kind) ihren Lebensmittelpunkt bei der Mutter hat.

Das Kind selbst benötigt laufend weitere Diagnostik und Heilbehandlung wegen einer möglichen Stoffwechselerkrankung/eines Gendefekts. Die Eltern haben sich in einem weiteren Verfahren über die Auf-

nahme begleiteter Umgänge frühestens ab Juli 2025 geeinigt.

Die Kindesmutter hat beantragt, ihr vorläufig das Aufenthaltsbestimmungsrecht und die Gesundheitsorge zur alleinigen Ausübung zu übertragen.

Der Kindesvater hat dem Antrag hinsichtlich der Gesundheitsorge zugestimmt, im Übrigen dem Antrag widersprochen, da eine Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrecht nicht erforderlich sei.

Jugendamt und Verfahrensbeiständin haben sich für die Übertragung im beantragten Umfang ausgesprochen. [...].

Dem Antrag der Mutter, ihr das Aufenthaltsbestimmungsrecht und die Gesundheitsorge für das gemeinsame Kind zu übertragen, war stattzugeben, §§ 1671 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 2 BGB, 49 ff. FamFG. [...]

Demnach ist dem Antrag eines Elternteils auf Übertragung der elterlichen Sorge oder eines Teils der elterlichen Sorge stattzugeben, wenn zu erwarten ist, dass die Aufhebung der gemeinsamen Sorge und die Übertragung auf den Antragsteller dem Wohl des Kindes am besten entspricht. Die Entscheidung ist allein am Kindeswohl auszurichten und hat die Erziehungseignung der Eltern, die Bindungen des Kindes, die Prinzipien der Förderung und der Kontinuität sowie den Kindeswillen zu berücksichtigen. Diese Kriterien stehen aber letztlich nicht wie Tatbestandsmerkmale kumulativ nebeneinander. Vielmehr kann jedes von ihnen im Einzelfall mehr oder weniger bedeutsam sein für die Beurteilung, was dem Wohl des Kindes am besten entspricht (allgem. Meinung, vgl. OLG Frankfurt a. M. Beschl. v. 04.01.2022 – 7 UF 117/21, BeckRS 2022, 1604 Rn. 27-31 m. w. N.).

Nach vorläufigem Sachstand ist weiterhin davon auszugehen, dass der Kindesvater körperliche Gewalt zumindest gegen die Mutter ausgeübt hat. Da sie sich an einem geschützten Ort aufhält, ist die Übertragung auch des Aufenthaltsbestimmungsrechts erforderlich, da anderenfalls die Gefahr bestünde, dass der Kindesvater in Ausübung seines Rechts, sei es durch Nachfragen bei Behörden oder anderen Stellen oder im Rahmen von Mitwirkungshandlungen, den Aufenthalt der Kindesmutter erfährt. Die oben dargestellten Voraussetzungen sind damit erfüllt. Hinsichtlich der Gesundheitsorge war die Übertragung bereits aufgrund der Zustimmung vorzunehmen. Gegen die Erziehungsfähigkeit der Kindesmutter haben sich im Laufe des Verfahrens keine Bedenken ergeben.

Mitgeteilt von RAin Alina Crome, Hamburg

Urteil

VG Regensburg, § 3 Abs. 1 Nr. 1, § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG, Art. 3 d, 10 Abs. 1 d, 60 Abs. 2 Istanbul Konvention

Flüchtlingseigenschaft für kinderlose unverheiratete Frau aus Eritrea wegen drohender Einberufung in Nationaldienst

1.) Frauen drohen im Fall einer Einberufung in den eritreischen Nationaldienst sexuelle Übergriffe und sie werden als Teil einer bestimmten sozialen Gruppe mit abgegrenzter Identität angesehen.

2.) Machtdemonstrationen gegenüber Rekrutinnen müssen im Zusammenhang mit der Rolle der Frau in der Gesellschaft gesehen werden. Sexuelle Übergriffe auf weibliche Rekrutinnen im Militärdienst erfolgen gerade aus dem Grund, weil sie Frauen sind bzw. solche Übergriffe betreffen unverhältnismäßig oft Frauen. (Leitsätze der Redaktion)

VG Regensburg, Urteil vom 17.12.2024 – RN 2 K 24.31013

Zum Sachverhalt:

Die im Jahr 1999 geborene eritreische Klägerin wendet sich gegen die vollständige Ablehnung ihres Asylanspruchs. Die Klägerin hat in der 10. Klasse die Schule abgebrochen und keinen Wehr- bzw. Nationaldienst geleistet. Regierungssoldaten hatten sie gesucht, um sie zur Ableistung des Dienstes zu verpflichten, so dass sie sich verstecken musste und deshalb das Land verlassen hat. Nachdem die Klägerin das Land verlassen hatte, wurde ihre Mutter wegen der illegalen Ausreise der Klägerin inhaftiert und erhält seitdem keine Witwenrente mehr.

Die Klägerin traut dem Diaspora-Status nicht und möchte auch kein Reuebekenntnis unterschreiben, weil sie der Regierung nicht vertraue. Sie ist kinderlos, nicht schwanger und mit einem außerhalb von Eritrea lebenden Mann verlobt.

Aus den Gründen:

[...] 15 Die Klage ist zulässig und begründet.

16 1. Nach § 3 Abs. 4 AsylG wird einem Ausländer, der Flüchtling nach § 3 Abs. 1 AsylG ist, die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt. [...]

20 Der Klägerin droht nach Überzeugung des zuständigen Einzelrichters bei einer Rückkehr nach Eritrea mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine geschlechtsspezifische Verfolgung durch die Einziehung in den militärischen Teil des Nationaldienstes, die sie auch nicht durch Erlangung des Diasporastatus vermeiden kann.

21 a) Gemäß der Proklamation Nr. 82/1995 über den Nationaldienst (Proclamation on National Service No. 82/1995) vom 23.10.1995 sind in Eritrea Männer und Frauen vom achtzehnten bis

zum vierzigsten Lebensjahr nationaldienstpflichtig („active national service“) und gehören bis zum fünfzigsten Lebensjahr der Reservearmee („reserve military service“) an (Bundesamt für Fremdenwesen (BFA), Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Eritrea, 2.1.2024, S. 18; Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Eritrea: Nationaldienst, Themenpapier der SFH-Länderanalyse vom 30.6.2017, S. 4). Nach abweichenden Angaben soll sich das Höchstalter für den Wehr- und Nationaldienst seit 2009 für Männer auf 57 und für Frauen auf 27 bzw. 47 Jahre belaufen (BFA, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Eritrea, 2.1.2024, S. 18; Auswärtiges Amt (AA), Bericht über die asyl- und abschieberelevante Lage in Eritrea vom 16.10.2024 (Stand: August 2024), S. 14; Amnesty International (AI) an VG Magdeburg vom 2.8.2018). In der Praxis kommt es vor, dass Eritreer bereits ab dem Alter von etwa 16 Jahren als dienstpflichtig behandelt werden, wobei teilweise auch noch jüngere Eritreer rekrutiert werden. Maßgeblich für die Rekrutierung ist nicht das tatsächliche Alter, sondern häufig eine Alterseinschätzung aufgrund des Aussehens der Person (vgl. European Asylum Support Office (EASO), Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 32 f.; EASO, Bericht über Herkunftsländer-Informationen, Länderfokus Eritrea, Mai 2015, S. 36 f.; SFH, Eritrea: Rekrutierung von Minderjährigen, Auskunft der SFH Länderanalyse, 6.12.2021, S. 1 ff.).

Alle Dienstpflichtigen absolvieren gem. Art. 8 der Proklamation Nr. 82/1995 zuerst eine sechsmonatige militärische Ausbildung und werden dann entweder dem militärischen Teil unter dem Verteidigungsministerium zugeteilt oder einer zivilen Aufgabe, die von einem anderen Ministerium verwaltet wird. Angehörige des militärischen Teils leisten Dienst im eritreischen Militär (Armee, Marine oder Luftwaffe). Teilweise leisten sie auch Arbeitseinsätze im Aufbau von Infrastruktur und in der Landwirtschaft. Sie leben auf militärischen Stützpunkten und sind in Einheiten eingeteilt. Angehörige des zivilen Teils leisten ihren Dienst in zivilen Projekten. Zu diesem Zweck teilt sie die Regierung verschiedenen Ministerien zu. Meist handelt es sich um Personen mit guter Ausbildung oder speziellen Fähigkeiten.

Typisch sind Einsätze an Schulen, Gerichten oder in der medizinischen Versorgung. Ihren zugeteilten Aufgaben gehen die Dienstleistenden wie einer normalen Arbeit nach. Sie leben mit ihren Eltern, Familien oder in privaten Wohnungen am Arbeitsort (vgl. Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Staatssekretariat für Migration (SEM), Sektion Analysen: Focus Eritrea, Update Nationaldienst und illegale Ausreise (Stand: 22.6.2016), S. 11 f.). Zuständig für die Einteilung der Wehrpflichtigen

in den militärischen bzw. zivilen Teil ist das Verteidigungsministerium (vgl. EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 25).

Ausgenommen vom Nationaldienst sind lediglich Personen, die ihre Dienstpflicht bereits vor Inkrafttreten der Proklamation Nr. 82/1995 erfüllt haben, sowie ehemalige Unabhängigkeitskämpfer (Art. 12 der Proklamation Nr. 82/1995). Gesundheitliche Beeinträchtigungen führen in der Regel nur dazu, dass die militärische Ausbildung erlassen wird (Art. 13 Abs. 1 der Proklamation Nr. 82/1995), nicht jedoch die Dienstverpflichtung als solche.

Faktisch werden verheiratete oder schwangere Frauen sowie Mütter in der Regel jedenfalls von der Dienstleistung im militärischen Teil des Nationaldienstes ausgenommen (vgl. Danish Immigration Service (DIS), Eritrea – National service, exit and entry, Januar 2020, S. 29; EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 34, vgl. auch OVG Lüneburg, U.v. 22.8.2023 – 4 LB 68/22 – beck-online). Ein Einsatz im zivilen Bereich des Nationaldienstes bleibt aber auch für verheiratete oder schwangere Frauen sowie Mütter möglich (BFA, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Eritrea, 2.1.2024, S. 19; AA, Bericht über die asyl- und abschieberelevante Lage in Eritrea, 3.1.2022, S. 15). Nach Art. 21 der Proklamation Nr. 82/1995 kann die Dienstpflicht im Falle eines Kriegs oder einer allgemeinen Mobilmachung über die Dauer von 18 Monaten hinaus verlängert werden, sofern die zuständige Behörde den Dienstpflichtigen nicht offiziell entlassen hat.

Seit dem Grenzkrieg mit Äthiopien rechtfertigt die eritreische Regierung die unbeschränkte Dauer des Nationaldienstes mit der Bedrohung durch Äthiopien. Der 1998 verhängte faktische Ausnahmezustand wurde seither nicht aufgehoben. Auf dieser Grundlage zieht der Staat Eritrea seine Staatsangehörigen regelmäßig zu einer die 18-Monats-Grenze überschreitenden, langjährigen Dienstleistung heran (Human Rights Council, Situation of human rights in Eritrea 5/2024, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Eritrea, S. 7; BFA, Länderinformationsblatt der Staatendokumentation, Eritrea, 2.1.2024, S. 19; AA, Bericht über die asyl- und abschieberelevante Lage in Eritrea, 3.1.2022, S. 14; Danish Refugee Council (DRC), Eritrea – National service, exit and entry, Januar 2020, S. 17 ff.; EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 33 f.; EASO, Bericht über Herkunftsländer-Informationen, Länderfokus Eritrea, Mai 2015, S. 32 ff.; EJPd, SEM, Focus Eritrea, Update Nationaldienst und illegale Ausreise, 22.6.2016 (ak-

tualisiert am 10.8.2016), S. 11 f.; SFH, Eritrea: Nationaldienst, Themenpapier der SFH-Länderanalyse, 30.6.2017, S. 4 f.; AI; vgl. auch OVG Lüneburg, U.v. 22.8.2023 – 4 LB 68/22 – beck-online).

22 Die zum Zeitpunkt der Entscheidung 25-jährige Klägerin ist im dienstpflichtigen Alter, nach ihren Angaben vom 2.12.2024 und in der mündlichen Verhandlung vom 17.12.2024 nicht verheiratet, nicht schwanger und kinderlos. Danach ist beachtlich wahrscheinlich, dass die Klägerin bei einer Rückkehr nach Eritrea in den militärischen Teil des Nationaldienstes eingezogen wird bzw. jedenfalls eine sechsmonatige militärische Ausbildung abzuleisten hat. Etwas anderes ergibt sich auch nicht daraus, dass die wichtigste Methode der Rekrutierung zum Nationaldienst das Schulsystem darstellt, in das die Klägerin nicht zurückkehren würde. Gleiches gilt für die Annahme der Beklagten, dass auch eine Rekrutierung außerhalb des Schulsystems für die Klägerin nicht beachtlich wahrscheinlich sei, da die eritreischen Behörden nicht mehr die Kapazitäten zu haben scheinen, alle Dienstverweigerer systematisch zu Hause aufzusuchen, um sie zu verhaften oder zu rekrutieren und es auch trotz „giffas“ zahlreichen Dienstverweigerern gelinge, sich längerfristig auch diesen Kontrollen zu entziehen.

Bei dieser Betrachtungsweise der Beklagten lässt diese völlig außer Betracht, dass die Klägerin bei einer Rückkehr nach Eritrea einreisen muss und damit eine Einreisekontrolle durchlaufen muss. Es ist nach den dem Gericht vorliegenden Erkenntnismitteln bei der Situation eines Rückkehrers davon auszugehen, dass dieser nach seinem Nationaldienststatus befragt und damit unmittelbar im Visier der Behörden ist. So berichtet EASO unter Hinweis auf überwiegend aus dem Sudan über die Landesgrenze stattgefundene Rückführungen, dass die meisten Betroffenen unmittelbar nach ihrer Ankunft in Eritrea inhaftiert, insbesondere einem unterirdischen Gefängnis bei Teseney zugeführt und dort auf den Nationaldienststatus überprüft würden. Die weitere Behandlung hänge von dem Profil des Betroffenen ab: Personen, die noch nie in den Nationaldienst aufgeboden wurden, müssten eine militärische Ausbildung absolvieren und sodann ihren Dienst bei einer Militäreinheit aufnehmen (vgl. EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 69). Auch nach Auffassung des SEM deuten alle vorliegenden Informationen darauf hin, dass im Falle zwangsweiser Rückführung ähnlich wie bei einer „giffa“ der Nationaldienststatus überprüft und anschließend wie bei Aufgriffen im Inland verfahren werde (SEM, Focus Eritrea: Update Nationaldienst und illegale Ausreise, 22.6.2016), d. h. die Personen üblicherweise erst einige Tage oder Wochen in einem Gefängnis verblieben und dann zur mili-

tärischen Ausbildung in Ausbildungslager geschickt würden (vgl. auch OVG Lüneburg U. v. 18.7.2023 – 4 LB 8/23 – beck-online).

23 Die Gefahr der Einziehung in den militärischen Teil des Nationaldienstes im Rahmen der Einreisekontrolle oder einer „giffa“ ist bei der Klägerin zudem dadurch erhöht, dass sie sich der „regulären“ Rekrutierungsmethode im Schulsystem entzogen hat, indem sie die Schule in der 10. Klasse, also noch vor der Versetzung in das Militärlager „Sawa“, abgebrochen hat. [...]

24 b) Dem steht auch nicht die Tatsache entgegen, dass die Klägerin verlobt ist. Wie ausgeführt werden verheiratete Frauen und Mütter in der Regel nicht in den militärischen Teil des Nationaldienstes berufen. Soweit in diesem Kontext teilweise in Rechtsprechung (OVG Hamburg, U. v. 21.9.2018 – 4 Bf 186/18.A – juris Rn. 47) oder (älteren) Erkenntnismitteln (EASO, Bericht über Herkunftsländer-Informationen, Länderfokus Eritrea, Mai 2015, S. 33 f.) auch verlobte Frauen genannt werden, so kann sich die Annahme der Befreiung verlobter Frauen vom militärischen Teil des Nationaldienstes jedenfalls nicht auf die aktuelle Erkenntnislage stützen (so bereits VG Hamburg U. v. 13.2.2019 – 19 A 984/18 – juris Rn. 33–42). Vielmehr findet sich in den aktuellen Erkenntnismitteln – so insbesondere auch dem letzten EASO Bericht vom September 2019, S. 33 f. – kein Hinweis mehr auf verlobte Frauen, sondern nur auf Schwangere, Mütter und verheiratete Frauen (vgl. auch AA Lagebericht vom 16.10.2024 S. 14; SEM, Sektion Analysen: Focus Eritrea, Update Nationaldienst und illegale Ausreise vom 22.6.2016 S. 49). Dabei ist zu beachten, dass bereits die eingangs genannten Befreiungen keineswegs rechtssicher garantiert werden, sondern vielmehr der Willkür der Rekrutierungsbeamten unterliegen (AI, Just deserts: Why indefinite national service in Eritrea has created a generation of refugees, Dezember 2015, S. 28; SEM, National Service and State Structures in Eritrea (agreed minutes of presentation at the Federal Office for Migration, Bern), 16.2.2012, S. 9; EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 33 f.).

Im Kontext der Verlobung trägt zu zusätzlicher Unsicherheit bei, dass Berichten zufolge vom Nationaldienst befreite Frauen im Rahmen von „giffas“ auch dann zum Dienst eingezogen wurden, wenn sie den Grund für ihre Befreiung nicht nachweisen konnten (Røsborg/Tronvoll Migrants or Refugees? The internal and external drivers of migration from Eritrea, Project Report 14.02.2017, S. 75; SEM, National Service and State Structures in Eritrea (agreed minutes of presentation at the Federal Office for

Migration, Bern), 16.2.2012, S. 9). Eine Verlobung kann nicht ohne weiteres nachgewiesen werden, insbesondere wenn diese im Ausland stattfand und sich der Verlobte nicht in Eritrea aufhält. Weiterhin ist zu beachten, dass Sinn der Dienstbefreiungen für Mütter, Schwangere und verheiratete Frauen ist, dass die vom militärischen Teil des Nationaldienstes befreiten Frauen sich als Mütter um die Erziehung ihrer Kinder kümmern (vgl. VG Augsburg, U. v. 11.4.2024 – Au 9 K 23.30697 –, Rn. 31, juris; VG Bayreuth, U.v. 15.03.2021 – B 8 K 18.31541 –, S. 8 juris) bzw. als Ehefrauen Kinder zeugen und sich sodann um diese Kinder kümmern sollen, wie sich etwa darin zeigt, dass im zivilen Teil des Nationaldienstes tätige Mütter anders als Frauen im militärischen Teil zuhause bei ihren Familien leben dürfen (vgl. Kibreab, The Open-Ended Eritrean National Service: The Driver of Forced Migration, 15./16. Oktober 2014, S. 12 f.).

Es ist fernliegend, dass der Klägerin in Anbetracht dieser Hintergründe eine Befreiung vom militärischen Teil des Nationaldienstes gewährt würde. Aus ihrem im Ausland geschlossenen Verlöbnis mit einem Mann, der sich selbst nicht in Eritrea aufhält, können nicht ohne Weiteres Kinder folgen, um die sich die Klägerin zu kümmern hätte. Es besteht also eine beachtliche Wahrscheinlichkeit, dass die Klägerin trotz der bestehenden Verlobung in den militärischen Teil des Nationaldienstes einberufen werden würde. [...]

25 c) Das Aufgebot in den Nationaldienst kann die Klägerin nicht durch Erlangung des sog. Diaspora-Status abwenden, da zum einen nicht ausreichend gesichert ist, dass sie diesen überhaupt erlangen kann, und zum anderen ihr der Diaspora-Status keinen ausreichenden Schutz vor der Einberufung in den militärischen Bereich des Nationaldienstes bieten würde, unabhängig davon, ob ihr ein Nachsuchen überhaupt zumutbar ist.

26 (1) Die Erlangung des Diaspora-Status kommt im Falle der zwangsweisen Rückführung nach Eritrea wohl von vornherein nicht in Betracht. [...]

27 Der Diaspora-Status wird von der eritreischen Regierung den im Ausland lebenden Eritreern angeboten und gewährt freiwilligen Rückkehrern das Privileg, ohne Visaverfahren nach Eritrea ein- und auszureisen. Er entbindet insbesondere auch von der Verpflichtung, den Nationaldienst zu leisten (vgl. Mekonnen/Yohannes, Voraussetzungen und rechtliche Auswirkungen des eritreischen Diaspora-Status, Mai 2022, S. 8; EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 61 ff.; SEM, Focus Eritrea, Update Nationaldienst und illegale Ausreise, 22.6.2016 (aktualisiert am 10.8.2016), S. 33). Die Möglichkeit der Erlangung des Diaspora-Status richtet sich jedoch nur an freiwillige Rückkehrer (vgl.

auch AI, Stellungnahme zum Umgang mit Rückkehrern und Kriegsdienstverweigerern in Eritrea, 28.7.2017, S. 1 f.).

Anders als freiwillige Rückkehrer haben zwangsrückgeführte Personen nicht die Möglichkeit, ihren Status gegenüber den Behörden entsprechend zu regeln und sich damit eine mildere Behandlung zu sichern (vgl. EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 68; SEM, Focus Eritrea: Update Nationaldienst und illegale Ausreise, 22.6.2016 (aktualisiert am 10.8.2016), S. 44). [...]

28 (2) Die Klägerin kann auch nicht darauf verwiesen werden, die Gefahr der Einberufung in den Nationaldienst durch freiwillige Ausreise und Rückkehr unter dem Diaspora-Status nach Eritrea abwenden zu können. [...]

30 Allerdings ist nach der Überzeugung des zuständigen Einzelrichters bereits nicht gesichert, dass die Klägerin den Diaspora-Status überhaupt erlangen kann. [...]

34 (3) Aber selbst wenn man annimmt, dass die Klägerin bei einer freiwilligen Rückkehr den Diaspora-Status jedenfalls zunächst erlangen könnte, wofür sprechen könnte, dass auf diesem Weg auch Knowhow nach Eritrea geholt werden kann, ist fraglich, ob ihr ein Nachsuchen des Diaspora-Status zumutbar ist. [...]

37 Die Klägerin war im Zeitpunkt ihrer Ausreise zwar noch nicht im dienstpflichtigen Alter. Sie war jedoch bereits in der 10. Klasse und damit kurz vor der Versetzung in das Ausbildungslager „Sawa“ zur Vorbereitung auf die Einziehung in den Nationaldienst. Indem sie die Schule abgebrochen hat, hat sie sich zugleich der wichtigsten Rekrutierungsmethode zum Nationaldienst entzogen. Sie ist mit einem Alter von nunmehr 25 Jahren inzwischen auch im nationaldienstpflichtigen Alter. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass im Falle der Klägerin die Unterzeichnung der „Reueerklärung“ verlangt wird. [...]

46 Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Klägerin nicht auf eine freiwillige Ausreise unter dem Diaspora-Status verwiesen werden kann, da sie diesen weder gesichert erlangen kann, ein Nachfragen wohl unzumutbar wäre und er sie jedenfalls nicht vor der beachtlichen Gefahr einer alsbaldigen Einberufung in den militärischen Teil des Nationaldienstes ausreichend schützen würde. [...]

47 d) Bei einer Einberufung in den militärischen Teil des Nationaldienstes droht der Klägerin aufgrund drohender sexueller Übergriffe nach Überzeugung des zur Entscheidung berufenen Einzelrichters mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine Verfolgung wegen Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AsylG. [...]

49 Die Voraussetzung des § 3b Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a AsylG wird von weiblichen Rekrutinnen bereits aufgrund der angeborenen Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht begründet. Aber auch die Voraussetzung des § 3 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe b AsylG liegen für Frauen im militärischen Bereich des Nationaldienstes vor. Zwar schließt das selbständige Erfordernis der „deutlich abgrenzbaren Identität“ eine Auslegung aus, nach der eine „soziale Gruppe“ im Sinne des § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG allein dadurch begründet wird, dass eine Mehr- oder Vielzahl von Personen in vergleichbarer Weise von etwa als Verfolgungshandlungen im Sinne des § 3a Abs. 1 oder Abs. 2 AsylG zu qualifizierenden Maßnahmen betroffen wird (EuGH, U. v. 25.1.2018 – C-473/16 – juris; BVerwG, B. v. 23.9.2019 – 1 B 54.19 – juris; OVG Münster, B. v. 21.9.2020 – 19 A 1857/19.A – juris). Hiervon geht auch die Entscheidung des EuGH vom 16.1.2024 – C 621/21 – beck-online aus, in der der Gerichtshof ausführt, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe unabhängig von den Verfolgungshandlungen im Sinne von Art. 9 der Richtlinie festgestellt werden muss, denen die Mitglieder dieser Gruppe im Herkunftsland ausgesetzt sein können. [...] Allerdings führt die Zugehörigkeit zum Geschlecht der Frauen und die in Eritrea Frauen gegenüber bestehende Einstellung und die Rahmenbedingungen im militärischen Bereich des Nationaldienstes dazu, dass Frauen im militärischen Bereich des Nationaldienstes, zu dessen Ableistung sie grundsätzlich verpflichtet sind, gegenüber den männlichen Rekruten anders angesehen und behandelt werden und damit eine „soziale Gruppe“ i.S.d. § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG vorliegt (anders OVG Berlin-Brandenburg, U. v. 29.9.2022 – 4 B 14/21; VG Berlin, U. v. 6.2.2023 – VG 28 K 505.17.A; OVG Münster, B. v. 21.9.2020 – 4 B 21.9.2020 – 19.A.; OVG Lüneburg, B. v. 9.2.2022 – 4 LA 74/20 – jeweils beck-online).

Zwar geht der zuständige Einzelrichter nicht davon aus, dass Frauen gerade zu dem Zweck rekrutiert werden, um für sexuelle Dienste von Vorgesetzten zur Verfügung zu stehen. Ihre Einberufung erfolgt vielmehr im Zuge der allgemeinen Dienstpflicht, unter die auch konsequent Frauen fallen. Auch, dass diese Frauen, die in den militärischen Bereich einberufen werden, häufig Funktionen wie Köchinnen, Putzkraft, Wäscherin, persönliche Assistentin des Kommandanten oder Büromitarbeiterin zugeteilt werden (vgl. EASO, Eritrea, Nationaldienst, Ausreise und Rückkehr, Herkunftsländer-Informationsbericht, September 2019, S. 26), führt alleine nicht automatisch zu einer geschlechtsspezifischen Verfolgung. Diese Tätigkeiten sind nicht automatisch mit einem sexuellen Bezug belegt, sondern im militärischen Bereich notwendig.

Allerdings ist nach den dem Gericht zur Verfügung stehenden Erkenntnismitteln davon auszu-

gehen, dass es gerade im militärischen Bereich und gerade in diesen Funktionen gehäuft zu sexuellen Übergriffen kommt und hiergegen nicht eingeschritten wird (vgl. AA, Bericht über die asyl- und abschieberelevante Lage in Eritrea vom 16.10.2024 (Stand: August 2024), S. 14; Human Rights Council, Situation of human rights in Eritrea 5/2024, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Eritrea S. 8; UN General Assembly, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Eritrea, 6 May 2022, A/HRC/50/20, S. 7; Danish Refugee Council, Country Report Eritrea, January 2020, S. 22; SFH Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse vom 13. Februar 2018 zu Eritrea, Sexualisierte Gewalt gegen Frauen, S. 3).

Dabei deuten die Erkenntnismittel auf eine kontinuierliche Verschlechterung der Dienstbedingungen hin (vgl. VG Bremen, U.v. 24.11.2023 – 7 K 297/22 – BeckRS 2023, 45673, Rn. 42), womit auch eine tendenzielle Verschlechterung der Lage von Frauen im Militärdienst naheliegt. Nach dem letzten Bericht der früheren VN Sonderberichterstatterin Sheila B. Keetaruht stelle die anhaltende Leugnung der Existenz sexueller Ausbeutung und Gewalt in der Armee durch die Regierung eine Verweigerung der Rechte der Frauen dar, die dringend abgestellt werden müsse (vgl. AA, Bericht über die asyl- und abschieberelevante Lage in Eritrea vom 16.10.2024 (Stand: August 2024), S. 14). Nach den zur Verfügung stehenden Erkenntnismitteln geht der zuständige Einzelrichter davon aus, dass die nach den Erkenntnismitteln weit verbreitete Annahme, dass weibliche Rekrutinnen ihren Vorgesetzten auch in sexueller Hinsicht zur Verfügung stehen, auch in der Rolle der Frau im sozialen Kontext und ihrem mangelnden gesellschaftlichen Schutz zu sehen ist (vgl. allgemein auch Gaim Kibreab, Sexual Violence in the Eritrean National Service).

Soweit bislang davon ausgegangen wurde, dass Misshandlungen, Willkür und Machtmissbrauch gegenüber Untergebenen allgemein im militärischen Bereich des Nationaldienstes verbreitet sind und die sexuellen Übergriffe gegenüber Frauen im militärischen Bereich des Nationaldienstes eine besondere Form der Misshandlung im Rahmen des Nationaldienstes neben anderen Formen von Misshandlungen gegenüber allen Dienstverpflichteten unabhängig vom Geschlecht sei, erscheint dies im Lichte der Entscheidung des EuGH vom 16.1.2024 (s. o.) nicht mehr sachgerecht. Zwar sind sowohl die Misshandlungen als auch die sexuellen Übergriffe darin bedingt, dass den Vorgesetzten fast unbegrenzte Macht gegenüber den Rekruten zukommt. Dennoch ist auch zu berücksichtigen, dass die Machtdemonstration bei Frauen geschlechtsspezifische Formen hat und auch im Zusammenhang mit der Rolle der Frau in der Gesellschaft zu sehen ist. Anders als ihre männ-

lichen Kollegen sind sie auf Grund ihres Geschlechts auch sexueller Gewalt ausgesetzt bzw. werden unter Strafandrohung unter Druck gesetzt, zu sexuellen Diensten zu sein. Daneben tragen auch sie das Risiko, bei Fehlverhalten im Dienst bestraft und dabei menschenunwürdig behandelt zu werden. Das zusätzliche Risiko, bestraft zu werden, weil sie nicht zu sexuellen Diensten sein wollen, tragen nur weibliche Rekrutinnen. Auch dies spricht dafür, dass weibliche Rekrutinnen aufgrund ihres Geschlechts im militärischen Bereich des Nationaldienstes anders angesehen und behandelt werden als männliche Rekruten.

Auch tragen nur Frauen in Eritrea das Risiko einer Stigmatisierung, wenn sie unehelich schwanger werden, selbst bei einer Vergewaltigung (vgl. AA, Bericht über die asyl- und abschieberelevante Lage in Eritrea vom 16.10.2024 (Stand: August 2024), S. 15).

Sexuelle Übergriffe auf weibliche Rekrutinnen im Militärdienst erfolgen gerade aus dem Grund, weil sie Frauen sind bzw. betreffen solche Übergriffe unverhältnismäßig oft Frauen, womit eine geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen im Sinne des Art. 3 Buchstabe d der Istanbul-Konvention vorliegt. Da nach Art. 60 Abs. 2 der Istanbul-Konvention und gemäß der EuGH-Rechtsprechung auch bei der Auslegung des Art. 10 Abs. 1 Buchstabe d der RL 2011/95/EU eine geschlechtersensible Auslegung von Verfolgungsgründen erforderlich ist, kann diese Form geschlechtsspezifischer Gewalt nach Ansicht des Einzelrichters nicht als bloßer Ausdruck eines unabhängig vom Geschlecht der Betroffenen bestehenden gewalttätigen Umfelds gesehen werden. Vielmehr ist dem gerade gegen Frauen als solche gerichteten Gewaltakt eine eigenständige Qualität beizumessen. Im Lichte einer geschlechtersensiblen Auslegung geht daher der zuständige Einzelrichter davon aus, dass Frauen, die beachtlich wahrscheinlich in den militärischen Bereich einberufen werden, eine geschlechtsspezifische Verfolgung droht.

Dem Erfordernis einer geschlechtssensiblen Auslegung des Art. 10 Abs. 1 Buchstabe d der RL 2011/95/EU und damit auch des § 3b Abs. 1 Nr. 4 AsylG wird daher nur genügt, wenn Frauen im militärischen Teil des Nationaldienstes, die im Gegensatz zu Männern im regulären Dienst Verfolgungshandlungen ausgesetzt sind, entsprechend dem oben Ausgeführten als soziale Gruppe mit abgegrenzter Identität angesehen werden. [...]

Narin Nosrati, Hanna Welte

30 Jahre nach Beijing – Zur Vergangenheit und Zukunft globaler Gleichstellungspolitik¹

1995 war ein Meilenstein internationaler Gleichstellungspolitik: In Peking verabschiedeten 189 Staaten die *Beijing Declaration* und die zugehörige *Platform for Action*.² Diese Dokumente stellten die bislang umfassendste und visionärste Agenda für Geschlechtergerechtigkeit dar. Sie waren maßgeblich dafür, dass sich die Rechte der Frau in den letzten drei Jahrzehnten weiterentwickelt haben. Doch noch immer bestehen erhebliche Lücken im Schutz von Frauen. Darüber hinaus drohen feministische Errungenschaften rückgängig gemacht zu werden: Fragile Volkswirtschaften, die Klimakrise, das Ausmaß an bewaffneten Konflikten und humanitären Krisen sowie demokratische Rückschritte führen zu einem weltweiten Backlash gegen Gleichstellung.

30 Jahre nach Beijing wurde nun bei der 69. Sitzung der *Commission on the Status of Women* (CSW)³ in New York nicht nur Bilanz gezogen, sondern auch die *Beijing+30 Action Agenda*⁴ als politischer Fahrplan für die nächsten zehn Jahre präsentiert. Die Agenda bietet einen konkreten, global anschlussfähigen Rahmen für eine Zukunftspolitik, die Geschlechtergerechtigkeit nicht als Nische, sondern als Querschnittsaufgabe begreift. Ob das gelingt, wird jedoch vor allem von der politischen Umsetzungskraft, ausreichender Finanzierung und der Offenheit von Machtzentren für feministische Perspektiven abhängen. Gleichstellung muss als globale Aufgabe und demokratisches Fundament verstanden werden und nicht als verhandelbare Zugabe in Zeiten von Frieden.

Die Beijing-Erklärung und der Aktionsplan

Im September 1995 einigten sich 189 Staaten im Rahmen der vierten Weltfrauenkonferenz auf die *Beijing Declaration* und die dazugehörige *Platform for Action*. Es ist damit das international am stärksten unterstützte Rahmenwerk für die Gleichstellung der Geschlechter. Zudem wurde die Gleichstellung ausdrücklich als eine Frage der Menschenrechte benannt und damit erstmalig in einem solchen Format anerkannt, dass strukturelle Ungleichheiten, Stereo-

type und Gewalt gegen Frauen auf tief verwurzelter Diskriminierung beruhen und weltweit bestehen. Die *Beijing Declaration* und die *Platform for Action* identifizieren zwölf sogenannte „*Critical Areas of Concern*“, die als zentrale Hindernisse für die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter gelten. Dazu zählen (1) die feminisierte Armut, strukturelle (2) Bildungs- und (3) Gesundheitsungleichheiten, (4) geschlechtsspezifische Gewalt sowie (5) die besonderen Belastungen von Frauen in bewaffneten Konflikten. Auch (6) die anhaltende Ungleichheit und Benachteiligung von Frauen in der Wirtschaftspolitik sowie (7) die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen werden als systemische Herausforderungen benannt. Darüber hinaus verweisen die Dokumente auf (8) unzureichende institutionelle Schutzmechanismen für Frauenrechte, (9) die fehlende Anerkennung von Frauenrechten als Menschenrechte, (10) die fortbestehende Stereotypisierung weiblicher Rollenbilder sowie (11) eine geschlechterdiskriminierende Umwelt- und Ressourcenpolitik. Dabei werden (12) die Rechte von Mädchen besonders beachtet. Erstmals wurde damit das intersektionale Zusammenspiel verschiedener Ungleichheiten im Bereich der Geschlechtergleichstellung so umfassend in den Blick genommen.

Ausgehend von diesen Problembereichen formuliert die Deklaration einen umfassenden politischen Rahmen für staatliches Handeln, der den allgemeinen politischen Willen und die grundsätzliche Anerkennung der Gleichstellungsziele zum Ausdruck bringt. Diesen Rahmen konkretisiert der Aktionsplan durch eine Vielzahl strategischer Maßnahmen in jedem der zwölf Bereiche. Die vorgeschlagenen Maßnahmen richten sich nicht nur an Staaten, sondern auch an internationale Organisationen und zivilgesellschaftliche Akteure. Dieser umfassende multisektorale Ansatz zielt darauf ab, eine Vielzahl an Akteuren durch politische, rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Maßnahmen zu mobilisieren, um die Vision einer echten und umfassenden Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen zu erreichen.

Wichtigste Errungenschaften seit 1995

In den drei Jahrzehnten seit der Verabschiedung der *Beijing Declaration* und der *Platform for Action* haben die unterzeichnenden Staaten sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene die Rechte

¹ Leicht veränderter Nachdruck aus dem Verfassungsblog vom 28.03.2025, <https://verfassungsblog.de>.

² www.un.org/womenwatch/daw/beijing/pdf/BDPfA%20E.pdf.

³ www.unwomen.org/en/how-we-work/commission-on-the-status-of-women/csw69-2025/preparations.

⁴ <https://news.un.org/en/story/2025/03/1161156>.



Maria Dorn, *Back and Forth*, Fotografie, 2014

von Frauen vielfach gestärkt, wie der UN-Bericht E/CN.6/2025/3 (UN-Report)⁵ anlässlich des 30. Jubiläums aufzeigt.

Auf internationaler Ebene war die Gründung von *UN Women* im Jahr 2010 zentral. Die neue UN-Organisation wurde mit dem Mandat geschaffen, die Gleichstellung der Geschlechter systematisch voranzutreiben (UN-Report, S. 17).

Daneben spielt die *Commission on the Status of Women* (CSW), ein funktionales Gremium des UN-Wirtschafts- und Sozialrats, das sich jährlich mit dem Stand der weltweiten Gleichstellung befasst, eine wichtige Rolle. In ihren Sitzungen analysiert die CSW die Fortschritte der Mitgliedstaaten, verabschiedet Abschlusserklärungen und gibt Empfehlungen zur Weiterentwicklung internationaler Gleichstellungspolitik.

Ebenfalls zentral ist das CEDAW-Komitee, das über die Einhaltung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau⁶ wacht. Das Komitee verabschiedet sogenannte Allgemeine Empfehlungen, in denen es bestimmte Aspekte der Konvention auslegt und fortentwickelt (UN-Report, S. 21 f.). Ein bedeutender Schritt im Rahmen des CEDAW-Systems war zudem die Verabschiedung des Fakultativprotokolls⁷ im Jahr 1999, das Frauen weltweit die Möglichkeit eröffnet, Individualbeschwerden gegen Verletzungen ihrer Rechte einzureichen. Seitdem nutzen Beschwerdeführer*innen aus aller Welt das Verfahren, um auf strukturelle

Diskriminierungen und Lücken im Rechtsschutz aufmerksam zu machen.

Auch in den Bereichen Frieden und Sicherheit gab es Fortschritte. So spielt das Römische Statut⁸ des Internationalen Strafgerichtshofs eine herausragende Rolle dabei, geschlechtsspezifische Gewaltverbrechen anzuerkennen und zu ahnden. Es enthält explizite Regelungen zu sexueller Gewalt, Zwangsprostitution und Zwangsschwangerschaft (vgl. ICC, *Prosecutor v. Dominic Ongwen*⁹). Zwischen 2015 und 2023 thematisierten zudem mehr als 65 % der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats geschlechterbezogene Fragestellungen (UN-Report, S. 89).

Ein weiterer bedeutender Mechanismus ist der 1996 eingerichtete *UN Trust Fund* zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen, der bisher 706 Initiativen in 140 Ländern mit insgesamt über 240 Millionen US-Dollar unterstützt hat.¹⁰ Zudem haben andere internationale Organisationen, etwa die Internationale Arbeitsorganisation, durch frauenrechtsspezifische Übereinkommen an der Weiterentwicklung der Frauenrechte mitgewirkt.¹¹

Auch auf nationaler Ebene wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Seit 1995 haben die Vertragsstaaten weltweit über 1.531 rechtliche Reformen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung angestoßen (vgl. Beijing+30 Handbook, S. 8¹²). So geht aus dem von *UN Women* und der CSW initiierten (freiwilligen) Überprüfungsverfahren, an dem sich 150 Staaten beteiligten, hervor, dass 90 % dieser Staaten Gesetze zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen eingeführt oder gestärkt haben (UN-Report, S. 55). 80 % der Staaten gaben an, Gesetze und politische Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Diskriminierung im Arbeitsleben verabschiedet zu haben (UN-Report, S. 23), und 53 % der Staaten berichteten über gendersensible Ansätze in der Klimapolitik und der Katastrophenvorsorge (UN-Report, S. 104).

Ergänzend zu den rechtlichen Reformen haben die Staaten in allen zwölf Handlungsfeldern vielfältige Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellungsziele ergriffen. 84 % der Staaten haben nach eigenen Angaben gezielte gesundheitliche Angebote für Frauen und Mädchen aufgebaut, insbesondere im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit (UN-Re-

5 <https://docs.un.org/en/E/CN.6/2025/3>.

6 <https://unwomen.de/tcl-content/uploads/2022/03/cedaw.pdf>.

7 www.ohchr.org/sites/default/files/2021-08/OP_CEDAW_en.pdf.

8 www.icc-cpi.int/sites/default/files/2024-05/Rome-Statute-eng.pdf.

9 www.icc-cpi.int/sites/default/files/CourtRecords/CR2021_11907.PDF.

10 <https://documents.un.org/doc/undoc/gen/n24/411/06/pdf/n2441106.pdf>.

11 www.ilo.org/sites/default/files/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@relconf/documents/meetingdocument/wcms_729964.pdf.

12 <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2025/03/womens-rights-in-review-30-years-after-beijing>.

port, S. 52). 79 % meldeten die Einführung oder Ausweitung nationaler Aktionspläne zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt (UN-Report, S. 63), und in 75% der Länder wurden nationale Aktionspläne zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedet (UN-Report, S. 96). 52 % der Staaten haben gesetzliche oder freiwillige Quotenregelungen eingeführt, um eine gleichberechtigte Repräsentation in Parlamenten und Führungspositionen zu fördern (UN-Report, S. 80). Außerdem wurden in 82% der Staaten nationale Menschenrechtsinstitutionen eingerichtet, die mit der Überwachung und Bekämpfung von Frauenrechtsverletzungen befasst sind (UN-Report, S. 87).

All dies zeigt, dass geschlechterspezifische Perspektiven in Gesetzgebung, Politikgestaltung und staatlichem Handeln weltweit zunehmend institutionell verankert sind.

Aktuelle Herausforderungen

Drei Jahrzehnte nach Annahme der *Beijing Declaration* bleibt Geschlechtergerechtigkeit dennoch ein unerfülltes Versprechen.¹³ Weltweit erleben Frauen und Mädchen eine Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt – von Femiziden bis zu digitaler Gewalt –, während rechtliche Schutzlücken fortbestehen (UN-Report, S. 6, 55, 94.). Ökonomisch tragen sie weiterhin die Hauptlast unbezahlter Sorgearbeit, das Lohngefälle bleibt bestehen, und die COVID-19-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten weiter verschärft (UN-Report, S. 8 f., 22 f., 28). Besonders betroffen sind mehrfach marginalisierte Gruppen: indigene Frauen,¹⁴ LGBTQ+-Personen, Frauen mit Behinderung oder in Konfliktregionen werden in vielen Politiken übersehen oder strukturell benachteiligt (UN-Report, S. 8).

Diese strukturellen Ungleichheiten werden durch aktuelle globale Rückschläge¹⁵ noch verschärft (UN-Report, S. 9 ff.): In mehreren Staaten wurden Schutzmechanismen gegen häusliche Gewalt zurückgenommen oder nicht umgesetzt, reproduktive Rechte systematisch eingeschränkt, etwa durch das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen. In Deutschland hat der letzte Bundestag versäumt, die Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruches durch eine Änderung der §§ 218 ff. StGB aufzuheben (dazu siehe Klein¹⁶ und Wapler¹⁷). Gleichzeitig sehen sich Gender Studies,

queere Bewegungen und feministische Organisationen zunehmender Stigmatisierung ausgesetzt. Nationale Gleichstellungsinstitutionen wurden in einzelnen Ländern weniger finanziert oder in ihrer Mandatsausübung eingeschränkt. In Bildungssystemen und internationalen Foren mehrten sich Versuche, Begriffe wie „Gender“ oder „Sexuelle Orientierung“ aus offiziellen Dokumenten zu streichen. Die UN-Analyse¹⁸ zeigt: Rund ein Viertel der Staaten berichtete, dass konservative bis antifeministische Akteure aktiv versuchen, bereits erzielte Fortschritte zurückzudrehen oder die Umsetzung der Beijing-Plattform zu blockieren. Der Rückzug internationaler Fördermittel, insbesondere aus den USA durch die Kürzungen von USAID und UNFPA verschärft diese Lage zusätzlich. Während feministische Bewegungen auf vielen Ebenen gegenhalten, fehlen oft die Ressourcen, um strukturell gegenzusteuern.

Die Beijing+30 Action Agenda

Angesichts dieser Entwicklungen hat UN Women zum 30-jährigen Jubiläum die Beijing+30 Action Agenda formuliert.¹⁹ Sie basiert auf nationalen Berichten aus 159 Mitgliedsstaaten sowie intensiven Konsultationen mit Partnerorganisationen und Expert*innen. Die Agenda reagiert gezielt auf heutige Herausforderungen und setzt sechs zentrale Aktionsbereiche sowie einen zusätzlichen Fokus auf die Rolle der Jugend, das sogenannte „6+1“-Modell: (1) digitale Teilhabe, (2) Freiheit von Armut, (3) Null Gewalt, (4) volle Entscheidungsgewalt, (5) Frieden und Sicherheit, (6) Klimagerechtigkeit und (+1) die Einbindung junger Menschen als transformative Kraft. Die Agenda macht deutlich: Fortschritt ist möglich, wenn er systematisch, finanziert und inklusiv gestaltet wird.

Auch die 69. Sitzung der CSW (CSW69),²⁰ die vom 10. bis 21. März 2025 in New York stattfand, widmete sich im Zeichen von *Beijing+30* den aktuellen Herausforderungen. Mit über 5.800 NGO-Vertreter*innen war sie inklusiver denn je. Mehr als 200 Side Events behandelten Themen wie digitale Gewalt, Klimagerechtigkeit, Migration oder die Stärkung intersektionaler Perspektiven. Dabei wurde nicht nur die Vielfalt feministischer Anliegen sichtbar, sondern auch die bestehenden Lücken der ursprünglichen Beijing Declaration, etwa beim Thema Care-Arbeit, das zwar in der Praxis eine zentrale Rolle spielt, aber weder damals noch heute systematisch berücksichtigt wird. Dabei gilt die Care-Arbeit heute als Schlüsselthema für Geschlechtergerechtigkeit: Sie ist eng verknüpft

¹³ <https://unstats.un.org/sdgs/gender-snapshot/2024/Gender-Snapshot2024.pdf>.

¹⁴ <https://docs.un.org/en/A/HRC/50/26>.

¹⁵ <https://www.unwomen.org/en/news-stories/press-release/2025/03/one-in-four-countries-report-backlash-on-womens-rights-in-2024>.

¹⁶ Laura Anna Klein: <https://verfassungsblog.de/schwangerschaftsabbruch-legalisierung-gesetzesentwurf/>.

¹⁷ Friederike Wapler: <https://verfassungsblog.de/eine-schwangerschaft-eine-beziehung/>.

¹⁸ Wie Fn. 12.

¹⁹ Wie Fn. 18.

²⁰ Wie Fn. 3.

mit ökonomischer Ungleichheit, demografischem Wandel sowie feministischen Forderungen nach Umverteilung von Zeit, Arbeit und Ressourcen.²¹

Zugleich wurde ein Riss im internationalen Verständnis von Geschlechtergerechtigkeit deutlich. Während einige Staaten in ihren Stellungnahmen betonten, die *Beijing Declaration* reiche nicht aus, und eine progressivere Agenda forderten (u.a. Chile und Mexiko), sprachen sich andere offen gegen Begriffe wie „*Gender Identity*“ aus und warfen der Kommission vor, progressive Inhalte ohne Konsens einzuführen (so USA, Russland, Belarus und Argentinien). Diese Polarisierung spiegelt sich in internationalen Aushandlungen ebenso wie in nationalen Debatten. Immerhin: Der Abschlussbericht der CSW 69 wurde angenommen. Ein wichtiges Zeichen für die gemeinsame Handlungsfähigkeit, trotz aller Differenzen.

Ausblick

Die Vision der Beijing Declaration bleibt aktuell: Eine Welt, in der alle Frauen und Mädchen gleichberechtigt, sicher und selbstbestimmt leben. Doch der Weg dorthin ist steinig.

Zur neuen Vorsitznation der kommenden 70. CSW in 2026 wurde Costa Rica gewählt. Dessen Vertreterin Maritza Chan Valverde kündigte bei der Abschlussitzung an, sich entschieden für die Rechte von Frauen einzusetzen, mit den Worten: „Time is running out“. Besonders betonte sie die Notwen-

digkeit, Frauen in Führungspositionen sichtbar zu machen. Es sei an der Zeit, auch das Amt der UN-Generalsekretärin mit einer Frau zu besetzen. Die Wahl von Annalena Baerbock als neue Präsidentin der UN-Generalversammlung dürfte damit ein Schritt in die richtige Richtung sein. Angesichts der globalen Krisen steht die nächste CSW vor gewaltigen Herausforderungen: von Kriegen in der Ukraine, im Nahen Osten oder im Ostkongo über den zunehmenden Rechtsruck in westlichen Demokratien bis hin zu drohenden Mittelkürzungen unter der neuen US-Administration. Die Führungsrolle Costa Ricas ist vielversprechend: Aus Lateinamerika sind in den vergangenen Jahren feministische Bewegungen hervorgegangen, die trotz schwieriger Bedingungen zu globalen Vorbildern im Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit geworden sind.

Eine große Herausforderung wird wohl die Frage der Finanzierung darstellen. Friedensnobelpreisträgerin Leymah Gbowee brachte es während der CSW 69 auf den Punkt: „*You cannot put a peanut and expect a diamond.*“ Ohne ausreichende Mittel werden viele Vorhaben der Agenda Symbolpolitik bleiben.

Entscheidend wird sein, dass die unterzeichnenden Staaten die politischen Absichtserklärungen auch tatsächlich umsetzen. Das bedeutet: mehr Ressourcen, mehr Rechenschaft, mehr feministische Solidarität, lokal wie global. Krisenbewältigung darf nicht auf dem Rücken der Frauen erfolgen – Mittel für Krieg und Aufrüstung dürfen nicht Gleichstellungspolitik verdrängen. Frauenrechte sind Menschenrechte. Ihre Verwirklichung ist keine politische Gefälligkeit, sondern völkerrechtliche Verpflichtung – trotz der aktuellen globalen Herausforderungen.

²¹ Gender Care Gap – ein Indikator für die Gleichstellung, Hintergrundinformation vom 06.06.2025, www.bmfsfj.de.

Rebecca Rohm

Zum Inkrafttreten der EU-Gewaltschutzrichtlinie¹

Am 13. Juni trat mit der Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (im folgenden Text: die RL)² der erste umfassende Rechtsakt zum Thema auf der Ebene der EU in Kraft.

Seinen realpolitischen Ausgangspunkt nahm das Vorhaben wohl auch als Reaktion auf die Blockadehaltung einiger EU-Mitgliedstaaten gegenüber der Istanbul-Konvention. Im Folgenden sollen einige ausgewählte Inhalte kurz vorgestellt werden, bevor auf den Tatbestand der Vergewaltigung eingegangen wird, der es nicht in den endgültigen Text der Richtlinie geschafft hat.

Die RL enthält den Gesetzgebungsauftrag, verschiedene Formen misogynen Gewalt unter Strafe zu stellen. Der gefundene Konsens an strafwürdigen Verhaltensweisen reicht dabei von weiblicher Genitalverstümmelung, Zwangsheirat bis hin zur

¹ Nachdruck des Gastbeitrags aus dem Gender Law Newsletter des Schweizerischen Instituts für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law, FRI 2024#3, 01.09.2024, www.genderlaw.ch.

² Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, <https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2024/1385/oj>.

Weitergabe intimer Aufnahmen und Cybermobbing und deckt damit unterschiedliche Intensitäten und Erscheinungsformen von Gewalt ab. Es ist dabei sehr zu begrüßen, dass auch Gewalt im virtuellen Raum Eingang in die RL gefunden hat. Beispielsweise sollen nach Art. 5 Abs. 1 Bst. b sog. deepfakes unter Strafe gestellt werden, also das Herstellen, Manipulieren oder Verbreiten von sexuell explizitem Material durch bspw. Einfügen des Gesichts von Menschen.

Weiterhin wird korrekt erkannt, dass Ermittlungspersonen oft nicht angemessen fachlich qualifiziert sind, um mit Fällen sexualisierter Gewalt oder häuslicher Gewalt umzugehen (Art. 36). Im Bereich der virtuellen Gewalt werden Betroffene unter Hinweis auf die Anonymität des Internets oft vertröstet oder die real erlebten Folgen nicht ernstgenommen. Erforderlich ist demnach insgesamt auch ein Umdenken innerhalb der Ermittlungsbehörden, das hoffentlich mit der Kriminalisierung virtueller geschlechtsspezifischer Gewalt angestoßen wird.

Ein wirksamer Schritt hierzu wären auch umfassende Leitlinien zum Umgang mit Fällen geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, wie sie in Art. 21 vorgeschlagen werden. So kann jedenfalls im Ansatz versucht werden, dass „Opfer traumasensibel, geschlechtersensibel, behindertengerecht und kindgerecht behandelt werden“ (Art. 21 Bst. e). Nach Art. 21 Bst. f können Leitlinien außerdem Ratschläge dazu enthalten, wie «sichergestellt werden kann, dass Opfer respektvoll behandelt werden und Verfahren so durchgeführt werden, dass eine sekundäre Viktimisierung oder Reviktimisierung verhindert wird“. Damit wird ein zentrales Problem im Umgang mit Betroffenen geschlechtsspezifischer Gewalt angesprochen. Unter sekundärer Viktimisierung werden negative Folgen für Betroffene verstanden, die nicht direkt aus der Gewalttat, sondern durch den fehlerhaften und unsensiblen Umgang durch das soziale Umfeld und Ermittlungsbehörden auftreten. Hier können als Beispiele die lückenhafte Aufklärung oder Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Tatmotiven, eine Täter-Opfer-Umkehr oder mangelhafte Kommunikation und fehlende Sensibilität genannt werden. Dabei handelt es sich auch bei geschlechtsspezifischer Gewalt um ein institutionelles Problem. Allzu oft wird Frauen beispielsweise bei erlebter häuslicher Gewalt bis hin zum Femizid eine Mitschuld an der Tat vorgeworfen durch sog. provozierendes Verhalten oder Anlass zu Eifersucht. Zu diesem Thema gibt es eine interessante Studie vom IDZ Jena.

Weitere wichtige Punkte der RL sind Mindeststandards für Schutzmaßnahmen wie Kontaktverbote sowie die Vermittlung an Unterstützungsdienste. Unterstützung und Beratung sollen dabei unabhängig davon bereitgestellt werden, ob Strafanzeige gestellt

wurde (Art. 25 Abs. 1). Bei der Auswahl der Schutzmaßnahmen soll für den Schutzbedarf immer die individuelle Situation evaluiert werden (Art. 16 ff.). Betroffene Kinder sollen beispielsweise nur durch extra geschultes Personal vernommen werden. Gemäß Art. 24 Abs. 1 ist die Möglichkeit von Entschädigung durch die Täter im nationalen Recht zu verankern. Der rechtliche und tatsächliche Zugang zu Entschädigung soll dabei möglichst niedrigschwellig sein. Hierzu gehört auch die Verpflichtung, tatsächlich ausreichend Notunterkünfte bereitzustellen (Art. 30 Abs. 2). Diese müssen ausdrücklich allen Betroffenen offenstehen, d. h. ohne Rücksicht auf den Aufenthaltsstatus. Zudem müssen besondere Bedürfnisse von Kindern und Behinderungen mitgedacht werden. Besonders zwei Narrative verdienen Aufmerksamkeit und Lob: Zum einen anerkennt die Richtlinie ausdrücklich patriarchale Machtstrukturen als Wurzel von Unterdrückung und geschlechtsspezifischer Gewalt. Konsequenterweise verpflichtet Art. 35 die Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen zur Prävention und Sensibilisierung zu ergreifen, bei denen insbesondere auch die Wichtigkeit des Konsenses in sexuellen Beziehungen betont wird. Positiv ist zudem zu erwähnen, dass die RL bei der Evaluation von besonderem Schutzbedarf auch Mehrfachdiskriminierung („intersektionelle Diskriminierung“) anerkennt. Art. 16 Abs. 4 geht insofern korrekt davon aus, dass in solchen Fällen Betroffene einem erhöhten Risiko von Gewalt ausgesetzt sind.

Gleichzeitig ist natürlich auch immer Luft nach oben und es gibt auch Anlass zu konkreter deutlicher Kritik: Der Tatbestand der Vergewaltigung wurde nicht in die RL aufgenommen. Hier bestand die Hoffnung, dass eine einheitliche, stark am aktiven Konsens (im Sinne des „nur ja heisst ja“) ausgerichtete Strafnorm die Situation von Betroffenen EU-weit verbessern könnte. Insbesondere die Bedenken der deutschen Bundesregierung führten jedoch im Ergebnis dazu, dass der Tatbestand nicht in die RL aufgenommen wurde. Hierzu hat der DJB deutliche Kritik formuliert (vgl. offenen Brief des DJB).³ Immerhin ein winziger Schritt in Richtung konsensbasierter Kultur ist Art. 35 Abs. 1, nach dem Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die wesentliche Rolle des Einverständnisses bei sexuellen Beziehungen zu betonen. Insgesamt handelt es sich um einen Meilenstein, der in Teilen auch gute Ansätze hat und hoffentlich spürbare Verbesserungen bringen wird. Gerade in Zeiten von konservativen und antifeministischen Rückschritten weltweit und auch in zahlreichen Staaten der EU ist es wichtig, dass nun ein Mindeststandard zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt besteht.

3 www.djb.de/presse/stellungnahmen/detail/st24-01.

Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten Bundeslagebild 2023 des BKA

Geschlechtsspezifische Gewalt in Deutschland bleibt ein drängendes gesellschaftliches Problem. Der am 19.11.2024 vorgestellte Lagebericht des Bundeskriminalamts 2023,¹ der in dieser Form erstmals veröffentlicht wurde, zeichnet ein verheerendes Bild über weiter zunehmende Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die Bundesrepublik Deutschland ist als Vertragsstaat des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) gem. Art. 11 zu entsprechender Datensammlung und Forschung verpflichtet.

Zahlen, Fakten, Entwicklungen

Der Bericht will einen Gesamtüberblick zu „geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete[n] Straftaten“ liefern (S. 2), räumt aber selbst ein, dass dieser wegen statistischer Schwierigkeiten sowie (insbesondere bei häuslicher Gewalt) einer erheblichen Dunkelziffer Defiziten unterliegt (S. 44 f.). Das Lagebild beruht auf einer zweidimensionalen Betrachtung. Zum einen umfasst sind Delikte der Hasskriminalität, die auf ein „frauenfeindliches Vorurteil als Tatmotivation“ zurückgehen (S. 1). Zum anderen erfasst werden spezifische Delikte, die überwiegend zum Nachteil von Frauen begangen werden oder in ihrer Ausprägung primär Frauen betreffen (S. 1). Darunter fallen körperliche, sexualisierte, psychische und digitale, aber auch ökonomische Gewalt, sowie Stalking und Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung. Insgesamt ist in jeder Fallgruppe im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der weiblichen Opfer gestiegen (S. 44). Zu befürworten ist, dass für die Einordnung als geschlechtsspezifische Gewalt der Betroffenenperspektive eine besondere Bedeutung zukommt (S. 1). Allerdings wird auch deutlich, dass die juristischen Mittel zur Verhinderung von Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen aufgrund der zwangsläufigen begrifflichen Fixierung eines weit verbreiteten und vielschichtigen Phänomens begrenzt sind. Dies zeigt sich etwa dadurch, dass die Einordnung eines Tötungsdelikts als Femizid aufgrund begrifflicher Unklarheiten weiterer Forschung sowie Abgrenzung bedürfe, wie der Bericht konstatiert (S. 37). Bis dato existiert nach wie vor keine zuverlässige sowie stichhaltige juristische Definition hierfür. Dieser Umstand sowie die vorbezeichneten Entwicklungen werfen grundlegende Fragen zur Wirksamkeit staatlicher Schutzmaßnahmen, zur Sinnhaftigkeit von Strafverfolgung und zum gesellschaftlichen Umgang mit Frauenfeindlichkeit auf.



Maria Dorn, Brightness, Fotografie, 2019

Staatliche Reaktionen, politische Versäumnisse

Reaktive Maßnahmen werden dem Ausmaß und der strukturellen Dimension geschlechtsspezifischer Gewalt nicht gerecht. Vielmehr trifft die Bundesrepublik Deutschland eine staatliche Schutzpflicht. Diese ergibt sich grundlegend aus Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 GG und den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Istanbul-Konvention und umfasst insbesondere auch Aufklärung und Prävention. Noch zu oft beschränken sich die Reaktionen überwiegend jedoch auf die Forderung nach schwereren Strafen oder „mehr Härte gegen die Täter“, so etwa die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei Veröffentlichung des Lageberichts.² Ob etwa der geforderte Einsatz elektronischer Fußfesseln zweckmäßig ist, bleibt fraglich – jedenfalls verkennt ein solcher individualisierender Aktionismus die gesellschaftlichen Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt. Immerhin aber bekommen Betroffene patriarchaler Gewalt mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung etwa durch niedrigschwelligere Zugänge zu Schutz- und Hilfsangeboten zugesprochen. Am 06.03.2025 wurde als Reaktion auf das Bundeslagebild zu geschlechtsspezifischer Gewalt sowie das Bundeslagebild 2023 zu häuslicher Gewalt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Broschüre mit einer umfassenden Gewaltschutzstrategie nach der Istanbul-Konvention 2025–2030 veröffentlicht.³

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland ihren verfassungs- wie völkerrechtlichen Verpflichtungen seit Jahren nicht hinreichend nachkommt – wie etwa bei der Zurverfügungstellung ausreichender und flächendeckender Frauenhausplätze – bleibt abzuwarten, inwieweit nun eine solche Umsetzung erfolgen wird.

Rain Julia Lehnfeld, Frankfurt am Main

¹ BKA: Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten, Bundeslagebild 2023, www.bka.de.

² Straftaten gegen Frauen und Mädchen steigen in allen Bereichen – Fast jeden Tag ein Femizid in Deutschland, Pressemitteilung des BKA vom 19.11.2024, www.bka.de.

³ BMFSFJ: Gewaltschutzstrategie nach der Istanbul-Konvention 2025–2030, Berlin Januar 2025, www.bmfsfj.de.

Mathilde Bormann, Luisa Eftger
Bericht vom 49. Feministischen Jurist*innentag vom 9. bis 11. Mai 2025 in Halle

Von Freitag, dem 9. bis Sonntag, den 11. Mai 2025 fand der 49. Feministische Jurist*innentag in Halle (Saale) statt. Nach einem FJT mit fast ca. 750 Teilnehmer*innen im letzten Jahr in Berlin, wurde er in diesem Jahr im kleineren Rahmen abgehalten. Ganz besonders war, dass der gesamte FJT in einer Jugendherberge stattfand. Das hatte den ganz wunderbaren Vorteil, dass alle 240 Teilnehmer*innen zusammen speisen, zu den AGs spazieren – und am Ende des Tages die Zimmer beziehen konnten.

Empfangen wurden wir am Freitag bei strahlendem Sonnenschein in Halle (Saale). In alter Tradition startete der FJT für Neulinge mit einem Einführungsworkshop von RAin Alina Crome und Prof. i.R. Dr. Sibylla Flüge zur Geschichte und Struktur des FJT. Währenddessen konnten jene, die schon öfter dabei waren, das Rahmenprogramm zur Stadterkundung nutzen. Die Stadtführungen boten verschiedene Einblicke in die Geschichte und Gegenwart von Halle: Vom Bauhaus-Künstler Lyonel Feininger über Frauen in der DDR bis hin zum Anschlag von Halle (2019) und einer Führung durch das Landgericht Halle. „Ich hatte hier mit lauter Frauen in Hosenanzügen gerechnet“, begrüßte uns die Vorsitzende des Zeitgeschichte e.V. überrascht, die uns auf den Spuren von Frauen in der DDR durch die Stadt führen sollte – ein Moment, der einmal mehr zeigt, dass der FJT selten in die konventionellen Bilder über Jurist*innen passt.

Zurück von den Ausflügen durch die Salzstadt vertieften am Nachmittag Neriman Orman-Demir und Prof. Dr. Nora Markard das Thema Intersektionalität im Kontext des FJT, während Selma Gather und Prof. Dr. Dana-Sophia Valentiner eine Einführung zu wiederkehrenden Kontroversen im Rahmen des FJT gaben. Bei Letzterem ging es unter anderem um die regelmäßig auftretenden Spannungen rund um Zugang, Größe und Professionalisierung – Themen, die den FJT seit Jahren begleiten. Und auch beim diesjährigen FJT war durchaus ersichtlich, dass es ganz unterschiedliche Bedürfnisse und Vorstellungen gibt, wie offen und groß das Forum sein soll – und wie familiär es bleiben darf oder muss.

Am Abend kamen wir erstmalig alle für die Eröffnungsveranstaltung zusammen, die unter dem Titel „Feministische Juristinnen in und aus Ostdeutschland ziehen nach 35 Jahren Bilanz über die Lage der Frauen in Deutschland“ stand. Den Auftakt machte die ehemalige Justiz- und Gleichstellungsministerin Sachsen-Anhalts, Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, mit Impulsen zu Juristinnen in der DDR und deren Gleich-

stellung. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, Gabriele Lubanda, Anne Kobes und Kira Lippmann unter der Moderation von Almuth Buschmann. Auch hier wurde über die Rolle von Juristinnen in der DDR, die Entwicklungen nach der Wiedervereinigung und die Frage gesprochen, ob die Betonung von Unterschieden zwischen Ost- und Westbiografien heute noch notwendig ist. Dabei betonte Kira Lippmann als Vertreterin der Nachwendegeneration, dass wir weniger über Klischees und vielmehr über dahinterliegende Strukturen nachdenken und sprechen sollten.

Ein gemütlicher Sektempfang bot den Raum, um die Impulse der Podiumsdiskussion nachklingen zu lassen, sich über erste Eindrücke auszutauschen und sich ost-west-übergreifend zu vernetzen. Damit fand der Tag schließlich einen gelungenen Ausklang.

Der Samstag begann mit einem vielfältigen und hochkarätig besetzten AG-Programm. Im ersten Zeitblock wurde von RAin Anke Stelkens und RAin Theresa Rasche die Reform des Medienrechts, Schutzaccounts und Sicherheiten für die mediale Teilhabe thematisiert. RAin und Notarin Dr. Laura Adamietz informierte über feministische Eheverträge (großes learning und kleiner Spoiler: immer wichtig!). Ri AG Ulla Wichmann berichtete über die Umsetzung der EU-Richtlinie gegen Gewalt aus familiengerichtlicher Perspektive und stellte verschiedene Forderungen zur Diskussion, die im Zwischenplenum als Fachstellungnahme weiterbearbeitet und verabschiedet wurden. RAin Ilka Quirling und RAin Nadine Arndt nahmen das aktuelle Aufenthaltsrecht vor dem Hintergrund von patriarchalen, heteronormativen und rassistischen Grundannahmen für eine mögliche, benachteiligungsfreie Anwendung unter die Lupe. Law and Emotions im Völkerrecht – unter diesem Titel thematisierten Bernadette Lumbela und Caroline Schaeffer den Einfluss von Emotionen auf das Völkerrecht, insbesondere hinsichtlich Staaten und Staatsgründung und der Bedrohung für die Demokratie. Schließlich widmete sich die AG von RAin Kristin Pietrzyk dem Rechtsextremismus und der Frauenfeindlichkeit am Beispiel des Anschlags in Halle.

Die anschließende Kaffeepause in der Sonne konnten alle ausgiebig zum Austausch nutzen – denn jeder als nächstes aufzusuchende Raum war in greifbarer Nähe. Auch daran zeigte sich, dass die Auswahl der Jugendherberge als Veranstaltungsraum ganz fantastisch war!

Weiter ging es im zweiten Zeitblock mit einer Diskussion zum Nutzen von Strafrecht und Entwicklungen im Bereich der Nebenklage. Dr. Daria Bayer, RAin Malin Bode, RAin Giulia Borsalino und RAin Theda Giencke – Anwältinnen aus verschiedenen Generationen – diskutierten unter der Moderation von RAin

Julia Lehnfeld zunächst über die historische Entwicklung der Nebenklage und anschließend über die bestehenden Defizite des Strafrechtssystems für Betroffene von sexualisierter Gewalt. Das Publikum diskutierte fleißig mit und so gab es einen fruchtbaren Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis, insbesondere zum Spannungsverhältnis der Forderung nach einer Verschärfung des Strafrechts zum Betroffenenenschutz und einer abolitionistischen Ablehnung jeglicher staatlichen Gewalt, der am Ende gar keine so große Spannung darstellte. In der AG über KI und Recht von PD Dr. Victoria Ibold wurde sich mit den technischen Grundlagen der künstlichen Intelligenz und dem vielfältigen Einsatz im Recht beschäftigt. Prof. Dr. Katja Nebe leitete die AG zu diskriminierungsfreiem Mutterschutz. In diesem Workshop wurden Beispiele erläutert, wie sich ein schonender Ausgleich zwischen Gesundheitsschutz und Teilhabeanspruch bewerkstelligen lässt, so dass die Schutzgesetze volle Wirksamkeit entfalten können, ohne zugleich Frauen faktisch zu diskriminieren. Dr. Susanna Roßbach thematisierte in ihrer AG das Selbstbestimmungsgesetz mit Schwerpunkt Namensrecht. Nachdem das Selbstbestimmungsgesetz am 01.11.2024 in Kraft getreten ist, ging es vor allem um eine erste Bilanz. Dr. Ulrike Spangenberg und Julia Jirmann stellten in der AG zum Thema Chancen einer gendergerechten Steuerrechtsreform Inhalte und Chancen einer feministischen Steuerpolitik vor, die anschließend diskutiert wurden. In der AG mit Valentina Chiofalo und Louisa Hadadi wurden die feministischen Ansätze im Völkerrecht besprochen und anschließend die feministischen Potenziale, aber auch Leerstellen der internationalen Ordnung thematisiert. Last but not least moderierte Dr. Anna Hochreuter den Austausch für feministische Jurist*innen in Politik und Verwaltung.

Nach dem zweiten AG-Block am Vormittag, der noch einmal Raum für konzentrierte Diskussionen und vertiefte Auseinandersetzung bot, war es Zeit für eine wohlverdiente Mittagspause. An ein anschließendes Mittagstief war indes nicht zu denken, also wurden Kaffee und Freund*in geschnappt und auf ging es in die nächste AG-Runde. In der AG zum antifeministischen Backlash im Familienrecht, widmeten sich Dr. Dorothee Beck, RAin Lucy Chebout, Wiebke Wildvang und Britta Schlichting mit Moderation durch Theresa Otten Dionisio den aktuellen Strategien antifeministischer Akteure und beleuchteten die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf gesellschaftliche Debatten. In der AG zum „Diskriminierungsschutz durch Strafrecht? Kritische Perspektiven auf das Konzept der Hasskriminalität“, reflektierte Antonia Vehrkamp mit den Teilnehmer*innen, welche Rolle das Strafrecht bei der Bekämpfung der Hasskriminalität spielen kann bzw. sollte. In der AG zum Medizinischen Bias und

seiner Fortsetzung im Recht zeigten Ana-Sophia Almeida-Dehasa, Astrid Stein und Ri SG Mahtab Khedri auf, wie sich geschlechterspezifische Vorurteile in der Medizin auf die Gesundheit von Frauen* auswirken und sie diskutierten über mögliche Lösungsansätze. Dies resultierte in der Formulierung zahlreicher Forderungen, die im Zwischenplenum weiter diskutiert und als Fachstellungnahme verabschiedet wurden. RAin Katharina Conrad, Prof. i.R. Dr. Dorothee Frings und Prof. Dr. Nora Markard referierten in ihrer AG ihre Forschungsergebnisse zu den gleichstellungspolitischen Auswirkungen des Aufenthaltsgesetzes. Auch aus dieser AG ging eine Fachstellungnahme mit Forderungen an den Gesetzgeber hervor, die im Zwischenplenum uneingeschränkte Zustimmung fand. Donja Hodaie gab einen Überblick über die Gender-Apartheid im iranischen Rechtssystem und den Kampf von Feminist*innen dagegen. In der anschließenden Diskussion war die Bestürzung groß, als klar wurde, dass das extrem patriarchale und diskriminierende Familien- und Erbrecht aus dem Iran wegen des deutsch-iranischen Niederlassungsabkommens aus dem Jahr 1929 Anwendung auch in Deutschland findet, wenn es um eine Rechtsstreitigkeit zwischen zwei iranischen Staatsbürger*innen geht. Die restliche Zeit der AG und die Pause wurden deshalb genutzt, um eine Fachstellungnahme zu formulieren, die die Beendigung dieser Anwendung fordert.

Im Zwischenplenum, das wie immer am späten Samstagnachmittag stattfand, wurden ganz traditionell Forderungskataloge eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Während dies für mich immer ein zeitweise anstrengender Part des FJT's war, entpuppte sich dieses Plenum als das Flotteste, das ich in den letzten Jahren erlebt hatte. In Windeseile wurden die vier Fachstellungnahmen sowie eine ohne AG von Teilnehmer*innen eingebrachte Resolution, mit der die Rückführung der nonbinären Aktivist*in Maja aus Ungarn gefordert wurde, diskutiert, z. T. verändert und mit sehr großer Mehrheit oder einstimmig angenommen. Gab es so etwas überhaupt schon einmal?

Die anregenden Diskussionen des Zwischenplenums hallten noch nach, doch wer dachte, damit sei das Tagesprogramm erschöpft, irrte gewaltig. Denn was dann folgte, war fast schon zu schön, um wahr zu sein: Erst konnte bei bestem Wetter über die Saale gepaddelt werden – anschließend ging es nahtlos weiter zur Party in der „Station Endlos“. Was sollen wir sagen ... kaum dort angekommen, wurde getanz, gelacht und vernetzt, was das Zeug hielt. Auch wenn die „Station Endlos“ über einen wirklich spektakulären Außenbereich verfügte, der bei dem schönen Wetter zum Verweilen einlud, war dieser zur Primetime wie leergefegt – die Musik spielte nun allein auf der Tanzfläche! Auch wenn



Aktion der Inhaltsgruppe zu Ehren der STREIT beim 47. FJT am 09.05.2023 in Frankfurt a. M., Foto: Maria Dorn

der Name der Tanzstätte eine andere Vermutung nahelegt, wurden die Stimmen um 2 Uhr langsam heiser und mit Shuttle und Bus ging es zurück in die Herberge, um Kräfte für die nächste Runde zu sammeln. Der Sonntagmorgen startete praxisnah: RAin Britta Lehnert, RAin Anna Vorwerg, RAin Alina Crome und RAin Malena Bayer gaben einen Einblick zur Frage, wie eine Kanzlei gegründet werden kann. Jacqueline Sittig und RAin Julia Hirsch beschäftigten sich im Workshop Digitale Gewalt gegen Frauen mit der Frage, wie wir uns in einer digitalen Welt schützen und behaupten können. Den Austausch zu Wertschätzung für Jurist*innen moderierte RAin Anke Stelkens. Zudem bot Dr. Sarah Ahrens im Workshop zu der Frage, wie barrierefreie, inklusive (nicht diskriminierende) Kommunikation u.a. mit Power Point, Word und PDF funktioniert – eine praxisbezogene Einführung zur barrierefreien Gestaltung dieser Dokumente.

Nach der obligatorischen Kaffeepause startete die zweite und letzte Runde: RAin Ina Feige und RAin i.R. Susanne Pötz-Neuburger widmeten sich im Gespräch den wirtschaftlichen Aspekten der Aufrechterhaltung der Kanzlei – inklusive Altersvorsorge und Nachfolge. Henrike Kruse moderierte in einem weiteren Austausch, was die Entwicklung künstlicher Intelligenz für uns bedeutet. RAin Zümrüt Turan-Schnieders und Prof. Dr. Berit Völzmann thematisierten in einer Diskussion, wie heute eine fruchtbare Zusammenarbeit feministischer Jurist*innen in Theorie

und Praxis erfolgen kann. Zudem stellten RAin Erika Lorenz-Löblein und RAin Andrea Mathes konkrete prozessrechtliche Probleme bei der Vertretung der Nebenklage zur Diskussion. Wichtige Anstöße zur Selbstreflexion gab Farnaz Victoria Nasiriamini, die insbesondere im Hinblick auf Rassismus die Rechtskommunikation im Kontext von Macht und Rassismus beleuchtete sowie deren Rolle bei der Reproduktion und Dekonstruktion von Machtverhältnissen.

Im Abschlussplenum wurde den unterschiedlichen Organisator*innen nochmal mit herzlichem Applaus gedankt. Sodann wurde nach dem Austragungsort des 50. FJT 2026 gefragt. Nachdem es im letzten Jahr große Schwierigkeiten gab, eine Stadt für den nächsten FJT zu finden, kam dieses Jahr der Paukenschlag: gleich zwei Städte haben sich bereit erklärt, den FJT fortzusetzen – Hamburg und Wien. Und ganz im Zeichen dieses harmonischen FJTs wurde einvernehmlich eine Reihenfolge gefunden. So lohnte sich – während die letzten T-Shirts, Notizen und Erinnerungen wieder in Rucksäcke und Koffer sortiert wurden – schon der Blick nach vorn: Der nächste Feministische Jurist*innentag findet in Hamburg statt – wir freuen uns riesig auf die Hansestadt mit Elbblick! Und als wäre das nicht schon aufregend genug, steht auch schon fest: Der FJT danach führt uns nach Wien! Was sollen wir sagen ... Wir können es kaum erwarten.

49. FJT vom 9. bis 11. Mai 2025 in Halle: Resolution und Fachstellungnahmen

Resolution des 49. FJT zur Auslieferung der nicht-binären Aktivist*in Maja nach Ungarn

Der FJT verurteilt die Auslieferung der nicht-binären Aktivist*in Maja nach Ungarn. Wir kritisieren, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht abgewartet wurde. Die Haftbedingungen in Ungarn widersprechen menschenrechtlichen Standards, der Schutz insbesondere queerer Personen ist unter diesen Umständen nicht gewährleistet. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, diplomatische Lösungen zu finden, um Maja nach Deutschland zurückzuholen und ein rechtsstaatliches Verfahren zu ermöglichen!

Fachstellungnahme des 49. FJT zur Richtlinie 2024/1385 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (AG 3)

Die Verabschiedung der EU-Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt wird seitens des 49. FJT grundsätzlich begrüßt:

- Nach den dort verankerten Mindeststandards sind die Mitgliedstaaten fortan verpflichtet, allgemeine und spezielle Hilfsdienste zur medizinischen Versorgung, rechtlichen und psychologischen Beratung, finanziellen Unterstützung und zur Bereitstellung von Unterkünften für Betroffene einzurichten.
- Der individuelle Schutzbedarf von Opfern ist unter Berücksichtigung der konkret vom Täter ausgehenden Gefahr zu ermitteln.
- Die Staaten haben für Vernetzung und Fortbildung zu sorgen.
- Die Ahndung weiblicher Genitalverstümmelung und der Zwangsehe durch die Mitgliedsstaaten ist ebenso wie online begangene Straftaten verpflichtend zu regeln, der Zugang von Opfern zu Justiz und Hilfesystemen zu verbessern.
- Das Miterleben von Gewalt als selbsterlebte Gewalt fällt unter den in der Richtlinie verwendeten Gewaltbegriff.
- Die Verpflichtung zum besseren Schutz kindlicher Zeugen (Schutzräume/Schutzprogramme) und die Verpflichtung der Berücksichtigung besonderer Bedarfe kindlicher Opfer wird festgeschrieben.
- Der Zugang zu einstweiligem Rechtsschutz soll verbessert und eine adäquate Strafbarkeit und Strafverfolgung bei Verstößen gegen Kontaktverbote sichergestellt werden.

Allerdings stellen sich für Gewaltbetroffene noch zahlreiche weitere Probleme, die bei der Umsetzung

der Gewaltschutzrichtlinie, auch vor dem Hintergrund der Istanbul-Konvention, mit berücksichtigt werden sollten.

Der FJT fordert daher konkrete gesetzliche Normierungen im FamFG und im BGB für kindschaftsrechtliche Verfahren bei Vorliegen von häuslicher Gewalt und/oder Partnerschaftsgewalt:

- Vorrang von Schutz und Sicherheit gewaltbetroffener Personen vor dem Umgangsrecht des gewaltausübenden Elternteils,
- Umgehende Prüfung der Notwendigkeit eines Umgangsausschlusses von Amts wegen nach einer Gewaltschutzanordnung,
- Häusliche Gewalt wird Regelbeispiel für Sorge-rechtsübertragungen und Umgangseinschränkungen,
- Verpflichtung aller am Familienverfahren beteiligten Fachkräfte – auch der Richter*innen – zur Fortbildung zu häuslicher Gewalt und den daraus resultierenden Gefahren für das Kindeswohl,
- Sicherheit durch Änderungen der Zuständigkeit: besonderer Gerichtsstand bei bestehender Gewaltschutzanordnung/Aufenthalt im Frauenhaus.

Fachstellungnahme des 49. FJT zu Medizinischer Bias & Fortführung im Recht (AG 17)

Beim Medical Bias handelt es sich um eine systematische Verzerrung oder Voreingenommenheit in der Wahrnehmung, Interpretation oder Beurteilung von medizinischen Informationen.

Vor allem Frauen sind hiervon betroffen. Dieser geschlechtsspezifische Bias kann zu Fehldiagnosen, unzureichender Behandlung oder einer Ungleichverteilung medizinischer Ressourcen führen. Dies setzt sich auch in der Rechtsanwendung, insbesondere in sozialrechtlichen Verfahren fort. Wir fordern daher vom Gesetzgeber und dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA):

1. Die Sicherstellung der Berücksichtigung von Stellungnahmen durch nahestehende Ärzt:innen in sozialrechtlichen Verfahren (z. B. Hausärzt:innen),
2. Gendersensible Gestaltung der GKV-Leistungen; Anerkennung geschlechtsspezifischer Beschwerden & Diagnosen als Kassenleistung und Aufnahme gendersensibler Versorgung in den Leistungskatalog der GKV (inkl. psychischer Gesundheit, Traumatherapie, Stillberatung, reproduktiver Maßnahmen),
3. Pflicht zur Geschlechterdifferenzierung bei Medikamentenzulassung, Kennzeichnungspflicht bei Medikamenten mit bekannter geschlechtsspezifischer Wirkung, Aufklärungskampagnen zu unterschiedlichen Wirkweisen und Dosierungen bei Frauen*,

4. Anerkennung von Care-Arbeit und psychischer Belastung als Sozialrisiken (Erwerbsminderungsrente, Behinderungsgrade, etc.),
5. Gleichberechtigter Zugang zu Prävention und Gesundheitsförderung für marginalisierte Gruppen (§ 20 ff. SGB V erweitern),
6. Sicherstellung des Vollzuges der vorhandenen Rechtsnormen zum Schutz vor Medical Bias durch Aufsichtsbehörden (z. B. bei der Medikamentenzulassung durch das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte),
7. Förderung von juristischer bzw. rechtssoziologischer Forschung zur Fortsetzung des Medical Bias im Recht, insb. für Sozialrecht.
8. Verpflichtende Aufnahme des Themas Medical Bias in der medizinischen und juristischen Ausbildung (z. B. Fortbildungen).

Fachstellungnahme des 49. FJT: Gleichstellung im Aufenthaltsgesetz durchsetzen (AG 19)

Das geltende Aufenthaltsrecht benachteiligt Frauen. Aus Sicht einer feministischen Rechtspolitik ist es daher zwingend geboten, diesen intersektionalen Benachteiligungen durch Änderungen im Aufenthaltsgesetz entgegenzuwirken. Wir fordern als vorrangige Maßnahmen:

- 1) Entgegen allen internationalen, europäischen und verfassungsrechtlichen Konzepten der Gleichstellung der Geschlechter werden schwangere Personen, Elternteile und Pflegende in ihrem Aufenthaltsrecht bedroht, wenn sie ihren Lebensunterhalt wegen der Geburt von Kindern oder der Übernahme von Care-Aufgaben nicht mehr (vollständig) sichern können. Dies betrifft vor allem Frauen und TIN-Personen. Deshalb bedarf es Ausnahmen von der Anforderung in § 5 AufenthG, wonach für die Einreise oder das Aufenthaltsrecht der Lebensunterhalt gesichert sein muss, wenn diese Anforderung beispielsweise wegen Schwangerschaft, Mutterschutz, Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen nicht erfüllt werden kann. Dies soll auch für die Erteilung der (unbefristeten) Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG gelten.
- 2) Aufgrund des Gender Pay Gaps können Frauen die Anforderungen für die Sicherung des Lebensunterhalts in § 2 Abs. 3 AufenthG oft nicht erfüllen. Alleinerziehende müssen zusätzlich zu den Bedarfssätzen und den Unterkunftskosten auch den Mehrbedarfzuschlag erwirtschaften. Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind besonders auf Wohngeld angewiesen, gefährden mit dessen Bezug jedoch ihren Aufenthalt. Bei der Berechnung des für die Lebensunterhaltssicherung erforderlichen Mindesteinkommens sind



Maria Dorn, High Priority, Fotografie, 2024

daher nur die Regelbedarfe nach SGB II/SGB XII zugrunde zu legen. Nicht zu berücksichtigen sind dagegen die sozialrechtlichen Mehrbedarfzuschläge für Alleinerziehende oder Freibeträge, die bei der Berechnung von Sozialleistungen vom berücksichtigten Einkommen abgezogen würden. Auch das Wohngeld muss ohne Aufenthaltsgefährdung in Anspruch genommen werden dürfen.

- 3) Nach der derzeitigen Regelung in § 31 AufenthG sind nachziehende Ehepartner:innen – zu 70% Frauen – für drei Jahre vollständig von dem Aufenthaltsrecht des:r Ehepartner:in abhängig. Um das Recht auf Selbstbestimmung zu gewährleisten, sollte dieser Zeitraum deutlich verkürzt werden und nicht von der Art des Aufenthaltstitels abhängen. Außerdem kann die Härtefallregelung in § 31 Abs. 2 AufenthG insbesondere bei häuslicher Gewalt keine effektive Wirkung entfalten, weil die Verwaltungs- und Gerichtspraxis von einem sehr engen (physischen) Gewaltbegriff ausgeht und die Beweisforderungen zu hoch sind. Das eigenständige Aufenthaltsrecht für Ehepartner:innen in § 31 AufenthG ist daher bereits nach einem Jahr Aufenthalt in Deutschland und unabhängig von der Art des Aufenthaltstitels und der Bleibeperspektive der Partnerperson zu ermöglichen. Für die Berücksichtigung eines Härtefalls bei häuslicher Gewalt ist der Gewaltbegriff der Istanbul-Konven-

- tion zu übernehmen und sind die Anforderungen an die Glaubhaftmachung praxisnah zu gestalten.
- 4) Die Istanbul-Konvention verlangt in Artikel 59 eine aufenthaltsrechtliche Regelung für Betroffene von häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt. Wir fordern eine entsprechende Regelung im AufenthG, die nicht nur die Mitwirkung der Betroffenen bei der Strafverfolgung, sondern auch die besondere Betroffenheit von Gewalt berücksichtigt.
 - 5) In einem neu einzufügenden § 25 Abs. 4c AufenthG ist entsprechend den Vorgaben des Art. 59 Istanbul-Konvention ein humanitärer Aufenthaltstitel für Betroffene von häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt zu schaffen, der nicht nur ihre Mitwirkung in einem Verfahren gegen die Täter:innen, sondern alternativ auch die besondere persönliche oder humanitäre Situation der Betroffenen erfasst.

Fachstellungnahme des 49. FJT: Anwendung iranischen frauenfeindlichen Rechts in Deutschland verhindern! (AG 20)

Nach Art. 8 Abs. 3 des deutsch-iranischen Niederlassungsabkommens vom 17.02.1929 bleiben „in Bezug auf das Personen-, Familien- und Erbrecht (...) die Angehörigen jedes der vertragsschließenden Staaten im Gebiete des anderen Staates (...) den Vorschriften ihrer heimischen Gesetze unterworfen.“ Im Schlussprotokoll wird diese Vorschrift ergänzt: „Die vertragsschließenden Staaten sind sich darüber einig, dass das Personen-, Familien- und Erbrecht, d. h. das Personalstatut die folgenden Angelegenheiten umfasst: Ehe, eheliches Güterrecht, Scheidung, Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft, Mitgift, Vaterschaft, Abstammung, Annahme an Kindes statt, Geschäftsfähigkeit, Volljährigkeit, Vormundschaft und Pflegschaft, Entmündigung, testamentarische und gesetzliche Erbfolge, Nachlassabwickelungen und Erbsauseinandersetzungen, ferner alle anderen Angelegenheiten des Familienrechts unter Einschluss aller den Personenstand betreffenden Fragen.“

Aufgrund des genannten Art. 8 Abs. 3 findet iranisches Recht in personen-, familien- und erbrechtlichen Angelegenheiten für Rechtsverhältnisse zwischen iranischen Staatsangehörigen in Deutschland zwingend Anwendung. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Anwendung iranischen frauenfeindlichen Rechts in Deutschland zu verhindern, beispielsweise durch die Hinwirkung auf ein nationales Gesetz, welches die Anwendung von Art. 8 Abs. 3 des genannten Abkommens ausschließt (sog. Treaty Override).

Alida Lucia Bär

Feminismus als Ritter:in in glänzender Rüstung?

Bericht von der 5. Feministischen Sommerakademie 2025

Bereits zum fünften Mal in Folge fand vom 13. bis 15. Juni 2025 die Sommerakademie für Feministische Rechtswissenschaft statt, in diesem Jahr in Hamburg. Unter der Schirmherrschaft von Dr. Dorothy Makaza-Goede und organisiert durch ein engagiertes Orgateam aus jungen Jurist:innen sowie der unterstützenden Struktur des Vereins „Sommerakademie Feministische Rechtswissenschaft e.V.“ widmete sich die Akademie einer kritischen Auseinandersetzung mit den Krisen unserer Zeit.

Das Motto „Reimagining Feminist Legal Futures in a Changing World“ eröffnete einen Raum, in dem bestehende Machtverhältnisse nicht nur analysiert, sondern auch neu gedacht und intersektional-feministische Zukunftsvisionen entwickelt wurden. Ausgangspunkt war eine Welt im Ausnahmezustand: Klimaerwärmung, autoritäre Verschiebungen, wachsende Repression gegenüber FLINTA*, globale Aufrüstung, militarisierte Grenzen. Zurzeit sind wir mit einer Polykrise konfrontiert: dem gleichzeitigen Auftreten und der gegenseitigen Verstärkung multipler, miteinander verflochtener Krisen, die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnungen destabilisieren. In dieser krisenhaften Verdichtung stellt sich die Frage: Was kann Recht noch leisten? Und was muss sich an seinen Grundlagen ändern, wenn es nicht nur reagieren, sondern transformativ und proaktiv agieren soll?

Eröffnet wurde die Akademie am Freitag von Dr. Dorothy Makaza-Goede mit einer Reflektion zum Thema: „Artificial Intelligence and Legal Feminist Futures; Are we too late to the party?“ In ihrem Beitrag analysierte sie, wie KI-Technologien patriarchale Machtverhältnisse verfestigen, zugleich aber auch das Potenzial bergen, diese aufzubrechen. Sie zeigte konkrete Strategien auf, mit denen „algorithmische Gerechtigkeit“ möglich wird, und ermutigte die Teilnehmenden, sich kritisch mit dem Thema auseinanderzusetzen. Sie betonte die Notwendigkeit, Fragen zu stellen, als Methode feministischer Erkenntnisgewinnung, die die Kolonialität von Wissen und Wissensproduktion radikal infrage stellt. Mit einem Augenzwinkern bezeichnete Makaza-Goede die Sommerakademie als „Ritter in glänzender Rüstung“ und wies sogleich auf die problematische Konnotation dieser Metapher hin. Dennoch zeige sie sinnbildlich, dass die Akademie eine Leerstelle füllt, die die traditionelle Rechtswissenschaft bislang offenlässt.

Auch die abendliche Lesung von Minna Salami aus ihrem Buch „Can Feminism Be African? – A

Most Paradoxical Question“ griff die Thematik der Akademie auf und vertiefte sie aus afrofeministischer Perspektive. In der Lesung des Kapitels „Superiorism“ analysiert Salami, wie eurozentristische Denkweisen, die auf Überlegenheit und Ausgrenzung basieren, zur Rechtfertigung von Machtausübung, Kontrolle und Gewalt genutzt werden. Doch dieses Überlegenheitsgefühl oder Superiorism ist nicht nur Vergangenheit. Es prägt bis heute, wie globale Machtverhältnisse funktionieren, und trägt maßgeblich zur Fortsetzung kolonialer Gewaltverhältnisse in heutigen politischen, ökologischen und sozialen Krisen bei.

Am Samstag und Sonntag vertieften die Teilnehmenden die Diskussionen in thematisch unterschiedlichen Tracks. Den Track 1: „Feministische und dekoloniale Perspektiven auf Militarismus und Sicherheit“ eröffnete Lina Abraham mit einem Vortrag zum Thema „Sexuelle Gewalt als Praxis: Mehr als nur eine strategische Waffe im Konflikt“. Sie analysierte sexuelle Gewalt nicht allein als Kriegsinstrument, sondern als Folge patriarchaler Männlichkeitskonstruktionen. Anschließend sprach Hoda Bourenane über „Männlichkeitsvorstellungen und Sicherheit“ und diskutierte mit den Teilnehmenden, wer Sicherheit eigentlich definiert, warum sie oft nur im Kontext internationaler Konflikte gedacht wird und wie feministische Außenpolitik kritisch hinterfragt werden kann. Den Abschluss bildete Annika Knauer mit ihrem Beitrag „Enforcing Women’s Rights – How International Courts and Tribunals (don’t) Respond to Crises“, in dem sie die Rolle internationaler Gerichte im Umgang mit geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen beleuchtete. Im Fokus stand die Frage, inwieweit feministische Perspektiven Eingang in internationale Rechtsprechung finden und wo sie an institutionelle Grenzen stoßen.

In Track 2 widmeten sich die Vorträge dem Thema „Strafjustiz neu denken: Feministische Antworten auf Gewalt“. Den Auftakt machte Jennifer Graf mit ihrem Vortrag „Ein feministisches Strafrecht – Reformpotenzial der Widerspruchslösung“. Sie ging der Frage nach, ob das historisch gewachsene Sexualstrafrecht geschlechtsspezifische Stereotype reproduziert und inwiefern die gesetzgeberische Reform hin zum „Nein heißt Nein“ erfolgreich war. Anschließend stellte Cristina Valega Chipoco in ihrem Beitrag „Transformative Justice – Feminist Legal Reflections on Restorative Approaches to Sexual Violence“ das Konzept der transformativen Gerechtigkeit vor. Sie diskutierte mit den Teilnehmenden, inwieweit restorative Ansätze eine alternative Möglichkeit im Umgang mit sexualisierter Gewalt bieten können und inwieweit diese besser auf die Bedürfnisse der Betroffenen eingehen. Den Abschluss bildete Clara Wellhäuser mit ihrem Vortrag „Geschlechtliche

Selbstbestimmung im Strafvollzug – Bruch mit der Geschlechterbinarität“. Sie problematisierte die gesetzlich verankerte binäre Trennung im Strafvollzug und plädierte für eine verfassungsrechtliche Überprüfung dieser Praxis aus einer Perspektive geschlechtlicher Selbstbestimmung.

Im dritten Track „Feministische Perspektiven auf Klimagerechtigkeit“ setzten sich die Referentinnen und Teilnehmenden mit unterschiedlichen Zugängen zu Klima und Umwelt aus feministischer Sicht auseinander. Verena Kahl eröffnete mit „Climate Change and the Voices Unheard“ und zeigte auf, wie binäre Narrative zur Klimakrise vulnerable Gruppen ausschließen können. Sie plädierte für ein ecofeministisches Verständnis von Klimagerechtigkeit, das auch nicht-menschliches Leben und marginalisierte Perspektiven einbezieht. In „Ecofeminism Framework on Climate Justice and Activism“ thematisierte Adenike Oladosu die Auswirkungen von Umweltveränderungen wie Wasserknappheit und mangelndem Zugang zu Landbesitz auf die Lebensrealität von Frauen in afrikanischen Kontexten und machte deutlich, wie sich ökologische und soziale Ungleichheiten gegenseitig verstärken. Den Abschluss bildete Ida Westphal mit „Feministische Rechtswissenschaft für den Umwelt- und Klimaschutz“, in dem sie theoretische Grundlagen des Ökofeminismus sowie das Konzept gesellschaftlicher Naturverhältnisse vorstellte und deren Bedeutung für eine feministische Umweltrechtsprechung diskutierte.

Auch abseits der Vorträge bot das Rahmenprogramm vielfältige Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung. Neben der Lesung von Minna Salami konnten die Teilnehmenden am Samstagmittag an Thementischen verschiedene feministische Initiativen und Vereine kennenlernen. Beim gemeinsamen Perlenbasteln und einem inhaltlichen Speeddating gab es Raum für kreative Begegnung und Gespräche. Eine dekoloniale Campusführung machte koloniale Kontinuitäten in der Geschichte der Universität Hamburg sichtbar, während die Ausstellung „Was ihr nicht seht“ dazu einlud, sich kritisch mit rassistischen Aussagen auseinanderzusetzen.

Die Sommerakademie 2025 hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Räume sind, in denen feministische, dekoloniale und kritische juristische Perspektiven gemeinsam gedacht, geteilt und weiterentwickelt werden können. Die Beiträge, Gespräche und Begegnungen haben Impulse zum Weiterdenken, zum Vernetzen und zum gemeinsamen politischen Handeln gesetzt. Wir danken allen, die die Akademie mitgestaltet haben, und freuen uns, dass die Impulse der Akademie weiterwirken, in Gedanken, kritischen Diskursen und in der juristischen Praxis.

Nachruf

Rechtsanwältin Claudia Burgsmüller 1950 bis 2025

Streiterin gegen Gewalt gegen Frauen und sexuellen Missbrauch

Wir trauern um Rechtsanwältin Claudia Burgsmüller, die am 22.06.2025 kurz vor Erreichen ihres 75. Lebensjahres gestorben ist. Lange Jahre war Claudia Burgsmüller Redakteurin unserer feministischen Rechtszeitschrift STREIT. 1983 hatte sie den Verein „Frauen streiten für ihr Recht e.V.“, der die STREIT herausgibt, mitgegründet.

Wie fast alle Gründerinnen war sie zu diesem Zeitpunkt bereits als Anwältin tätig, und zwar zunächst in Westberlin, wo sie unter anderem im 1. Frauenhaus Schutzsuchende rechtlich beraten und in familienrechtlichen und strafrechtlichen Verfahren vertreten hat. Von 1986 bis 1990 hatte sie am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Wiesbaden eine Vertretungsprofessur für Familienrecht und Strafrecht inne, was sie zum Anlass nahm, ihren Wohnsitz nach Hessen und den Kanzleisitz nach Wiesbaden zu verlegen, wo sie bis zu ihrem Tode als Rechtsanwältin zugelassen war.

Rechtsanwältin war Claudia Burgsmüller mit Leib und Seele, und zwar sowohl im unmittelbaren Sinne parteilicher Interessenvertretung ihrer Mandant*innen, wie auch mittelbar im steten Kampf für die Rechte aller von Gewalt, insbesondere sexueller Gewalt betroffenen Personen. In ihrer Arbeit ließ sie sich von einem Verständnis leiten, das sexuelle Gewalt als Ausübung von Macht in einem aufgrund dieser Machtposition geschaffenen, ermöglichten und/oder aufrechterhaltenen Abhängigkeitsverhältnis begreift. In Bezug auf Frauen und weiblich gelesene Personen wird dieses Abhängigkeitsverhältnis durch patriarchale Strukturen und die kapitalistische Wirtschaftsweise bestimmt, Burgsmüller verstand es als ein strukturelles Herrschaftsverhältnis von Männern über Frauen, welches durch emotionale Überhöhung bemäntelt wird.

Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Vertretung von Frauen, die durch männliche Täter sexuelle Gewalt erfahren hatten. Claudia Burgsmüller stand ihnen im Ermittlungs- und Strafverfahren als Beistand und/oder Nebenklagevertreterin zur Seite.¹ Auch die Geltendmachung von zivilrechtlichen und sozialrechtlichen Ansprüchen, die den Geschädigten zustanden, sah sie als ihre selbstverständliche Aufgabe an.

Über den Charakter der Justiz als sexistische Institution machte sie sich keine Illusionen. Auch war ihr klar, dass sich die Prozessrollen in einem Strafverfahren wegen des Vorwurfs etwa der Vergewaltigung sehr schnell umkehren können. Mit einem den Machtaspekt vollständig ignorierenden Verständnis männlicher Sexualität als eine Art pawlowschem Reflex, dreh(t)en sich Befragung und Beweiserhebung oft nur noch um das sexuelle sogenannte Vorleben der geschädigten Frau.² Dennoch sah Claudia Burgsmüller Strafanzeige, Anklageerhebung und Hauptverhandlung als eine Möglichkeit an, von sexueller Gewalt betroffenen Personen eine zumindest teilweise Verarbeitung des Geschehenen zu ermöglichen und sie (erneut) zu bemächtigen. Ungeachtet aller Beschränkungen eröffnet das staatlicherseits bereit gestellte Strafverfahren einen Raum, in dem der Täter sich in direktem Kontakt zur geschädigten Person seiner Verantwortung stellen muss. Mit dem Beitritt als Nebenklägerin stehen der Geschädigten im Strafverfahren gegen den Täter viele prozessuale Rechte zu.

Als Aufgabe der Nebenklagevertreterin sah Claudia Burgsmüller es, die Mandantin über ihre Rechte zu informieren, sie für sie durchzusetzen bzw. sie bei der Durchsetzung zu unterstützen. Es galt, gemeinsam mit ihr eine erneute Demütigung zu verhindern, die erfahrene Zerstörung nachvollziehbar zu artikulieren und den Täter, aber auch das Gericht damit zu konfrontieren. Allen Versuchen, den subjektiven Faktor aus dem Verfahren herauszuhalten, sei es über die immer mal wieder diskutierte flächendeckende Glaubwürdigkeitsbegutachtung erwachsener Geschädigter³ wie auch durch sogenannte Verständigung im Strafverfahren, vorgeblich mit dem Ziel, der Geschädigten die Konfrontation mit dem Täter „zu ersparen“, erteilte sie wiederholt eine deutliche Absage. Sie sah in diesen Praktiken vor allem einen Schutz für Täter, aber auch für die am Verfahren Beteiligten und betonte immer, dass nur eine vollständige persönliche Aussage der geschädigten Person in der Hauptverhandlung das ganze Ausmaß der erlittenen Verletzung und Zerstörung erkennbar mache und die prozessuale Wahrheitsfindung ohne sie nicht möglich ist.

¹ Claudia Burgsmüller: Der subjektive Faktor – Ein Beitrag zur drohenden Abschaffung der Nebenklage, STREIT 3/1983, S. 8–12.

² Siehe den eindrücklichen Bericht von Claudia Burgsmüller: Gerichtsbericht: Impressionen aus dem Berliner Gynäkologenprozess, STREIT 2/1986, S. 40–47.

³ Claudia Burgsmüller: Vom Umgang der Strafjustiz mit der Aussagepsychologie bei sexuellem Missbrauch von Kindern seit der Grundsatzentscheidung des 1. Strafsenats des BGH vom 30.07.1999, STREIT 2/2010, S. 51–57.

Claudia Burgsmüller unterstützte nicht nur Frauen, die im vermeintlich geschützten Rahmen der Familie (sexualisierte) Gewalt erlitten hatten. Die Bemäntelung eines Abhängigkeitsverhältnisses, das Machtausübung erlaubt, findet sich nicht nur im engen persönlichen Umfeld der Geschädigten, sondern auch in vielen anderen Bereichen, etwa im Arzt-PatientInnen- oder im Psychotherapeuten-KlientInnen-Verhältnis. Hier sind es die Ausnutzung des Hilfe-Kontextes und des Autoritätsgefälles für sexualisiert daherkommende Übergriffe, die zu einem immensen Schaden an Gesundheit und Seele der Missbrauchten führen können. Genauso wirkt auch die Möglichkeit der Täter, aufgrund der über die Patientin/Klientin erlangten Informationen die Wahrnehmung der Geschädigten über die Bedeutung und den missbrauchenden Charakter der an ihr begangenen Taten zu täuschen, um sie anschließend als unglaublich darzustellen zu können.

Vielen im medizinisch-therapeutischen Umfeld Geschädigten ist es ein Anliegen, andere Frauen vor ähnlichen Übergriffen zu schützen. Claudia Burgsmüller hat sich als eine der ersten nicht nur dafür eingesetzt, dass die Täter überhaupt bestraft wurden, sondern dafür gekämpft, dass Berufsverbote verhängt wurden und standesrechtliche Verfahren mit einem Entzug der Betätigungsmöglichkeiten endeten.

Zu Claudia Burgsmüllers Mandantschaft gehörten immer auch Kinder, die sexuelle Übergriffe durch Männer in allen erdenklichen Schweregraden hatten hinnehmen müssen, Kinder gegen übergriffige Frauen zu vertreten, sah sie sich nicht als die richtige Person an. Kinder sind nicht nur in ihrem familiären Umfeld gefährdet, sondern letztlich überall dort, wo sie sich aufhalten, um zu spielen, zu lernen, sich ausbilden zu lassen, Sport zu treiben, ihren Hobbys nachzugehen oder soziale und spirituelle Bildung zu erfahren. Täter nutzen die im weitesten Sinne fürsorglichen Zusammenhänge, in denen Kinder sich bewegen, um den Kontakt zu ihnen aufzubauen, ihr Vertrauen zu gewinnen und beides für ihre Übergriffe zu instrumentalisieren. Der institutionelle Rahmen erlaubt und ermöglicht es ihnen oft genug, über einen langen Zeitraum einzelne Kinder und, manchmal über Jahrzehnte hinweg, immer wieder andere Kinder ihrer zerstörerischen Macht zu unterwerfen. Kommt es überhaupt – wegen der oft langen Zeit bis zur Aufdeckung der Taten – zu einem Strafverfahren gegen solche Täter, so zeigt sich schnell, dass gerade der institutionelle Rahmen, in dem die Taten ausgeübt wurden, den Tätern – nochmals – zum Vorteil gelangt i. S. einer Minderung individueller Schuld: ist es ihnen doch leicht gemacht worden, waren die Übergriffe ja nicht so deutlich erkennbar, war er doch ein guter, anerkannter Trainer, Lehrer, Pfarrer usw. und so fort.

Claudia Burgsmüller war schnell klar, dass die strafrechtliche Verfolgung von sogenanntem Missbrauch in Institutionen den enormen Unrechtsgehalt der Taten nicht abbilden, das Fehlen von institutionellen Meldestrukturen und Schutzmechanismen nicht aufheben und den Drang zum Verschleiern und Vertuschen nicht beseitigen wird. Die Erfahrung völligen Ausgeliefertseins und gleichzeitiger Schutzlosigkeit in einer Institution, die eigentlich dem Wohl von Kindern dienen soll, dürfte für viele von Claudia Burgsmüllers MandantInnen genauso gravierend gewesen sein, wie die Übergriffe als solche.

So ist es nur folgerichtig, dass Claudia Burgsmüller sich in den späteren Jahren ihres Berufslebens mit all ihrer Erfahrung, ihren Kenntnissen, ihrer Bereitschaft, genau hinzuschauen, zuzuhören und die in Erfahrung gebrachten Übergriffe klar und schonungslos beim Namen zu nennen, mehrfach mit sogenanntem sexuellem Missbrauch in Institutionen beschäftigt und an vorderer Stelle Aufklärungsarbeit geleistet hat. Da war zunächst ihr Beitrag zu den fast schon habituellen Übergriffen an der als fortschrittlich („Leuchtturm der Reformpädagogik“) und menschenfreundlich dargestellten Odenwald-Schule. Gemeinsam mit der ehemaligen Präsidentin des OLG Frankfurt, Brigitte Tilmanns, hat sie von 2010 bis 2012 die ersten Berichte und Dokumentationen zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs dort untersucht. Im Mai 2015 beauftragte das Hessische Kultusministerium Claudia Burgsmüller und Brigitte Tilmanns mit der umfassenden Aufarbeitung des jahrzehntelangen sexuellen Kindesmissbrauchs an der staatlichen Elly-Heuss-Knapp-Schule in Darmstadt, die sie mit der Vorstellung ihres Berichts im Herbst 2016 beendeten.⁴ Die Unabhängige Kommission (des Bundes) zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs hat 2019 eine Handreichung herausgegeben, an deren Entstehen Claudia Burgsmüller mitgewirkt hat.⁵

In der Folge der zwischen 2014 und 2017 durchgeführten sog. MHG (Mannheim-Heidelberg-Gießen)-Studie zu sexuellem Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige in deutschen Bistümern⁶ hat das Bistum Limburg eine eigene Untersuchung der Limburger Fälle in Auftrag gegeben. Dabei sollte

⁴ Burgsmüller, Claudia; Tilmann, Brigitte unter Mitarbeit von Dr. Ute Weinmann: Institutionelles Versagen beim Umgang mit sexueller Gewalt im schulischen Kontext. Aufarbeitung der sexuellen Missbrauchsfälle an Schülern der Elly-Heuss-Knapp-Schule in Darmstadt (1965-1992), Heidelberg 2019.

⁵ UBKSM: Rechte und Pflichten: Aufarbeitungsprozesse in Institutionen. Empfehlungen zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. www.aufarbeitungskommission.de/mediathek/.

⁶ Sogenannte MHG-Studie (Mannheim-Heidelberg-Gießen). Text und nähere Informationen: <https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb01/professuren-forschung/professuren/bannenberg/forschung/MHG>.



Maria Dorn, Cat Eye, Fotografie, 2024

nicht nur darauf geschaut werden, was im Bistum in den vergangenen Jahrzehnten geschehen war und wo Missbrauchstäter geschützt wurden, sondern es sollten auch Vorschläge erarbeitet werden, wie systemische Faktoren künftig ausgeschlossen und Missbrauchstaten zukünftig verhindert werden können. Zugleich wurde eine Kommission eingesetzt, die 46 Fälle anhand der Originalakten neu aufgearbeitet hat. Claudia Burgsmüller wurde als Vorsitzende der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im Bistum Limburg (UKO) eingesetzt. Das Bistum initiierte 2019 in der Folge das Projekt „Betroffene hören – Missbrauch verhindern“, in dem neun verschiedene Gruppen unterschiedliche Schwerpunkte der kirchlichen Arbeit untersuchten. Claudia Burgsmüller erhielt hier zusätzlich die Aufgabe, als externe Projektbeobachterin mit umfassenden Einsichtsrechten zu fungieren, um Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Claudia Burgsmüller verfügte nicht nur über eine beeindruckende und umfassende juristische Expertise. Immer hat sie sich in den für ihre Arbeit notwendigen Wissenschaften umgetan und fortgebildet, Studienergebnisse ausgewertet.⁷ Zentral war für sie der

Rekurs auf die Erkenntnisse der Frauenbewegung, der Frauenhäuser, Notrufe, Betroffenenverbände, denn die Geschichte von Frauen war ihrer Meinung nach noch immer nicht erzählt.

Ihr Kampfgeist, ihre klare Haltung und ihr Engagement gegen Gewalt gegen Frauen und für die Offenlegung sexueller Ausbeutung von Kindern haben den Diskurs in Deutschland für immer verändert.

Sabine Heinke

AUS DEM ARCHIV

Claudia Burgsmüller **Vom Mythos einer feministischen Rechtsanwältin**

Aus STREIT 1/1984, S. 3-7 (Auszug)

(...) Was hat sie davon, nur noch Mandate für und von Frauen zu übernehmen, sich für diese zu engagieren und keine Männer mehr zu vertreten? Warum stürzt sie sich auf Bereiche wie Vergewaltigung, Frauenlohn-diskriminierung, Eherecht und Frauenmißhandlung und klagt in Prozessen die unverändert „normale“ männliche Gewalt an? Was hat sie davon, sich nicht mit der Rolle der Rechtsanwältin zu begnügen? Warum will sie auch noch Sozialarbeiterin, Fortbildungsexpertin, Therapeutin, Wohnungsmaklerin oder gar Mutter der Mandantin sein? Was hat sie davon, das Machtverhältnis zwischen sich und der Mandantin aufzulösen zugunsten von Frauensolidarität?

Warum jagt sie nach Kanzleischluß auf die Veranstaltungen der verschiedenen Frauenbewegungsprojekte, zeigt sich auf Pressekonferenzen und Tribunalen und beklagt in Interviews die katastrophale Situation von Frauen in Recht und Justiz über den Äther. Was hat sie davon, ausschließlich mit Frauen in der Kanzlei zusammenzuarbeiten?

Sie gestattet sich einen historischen Rückblick: In den Jahren nach 1975 war sie von „unserer Gleichheit“ besessen. Von der Analyse der strukturellen Herrschaftsverhältnisse von Männern über Frauen gelangte sie schnell zu der kurzschlüssigen Annahme, daß alle Frauen nur graduell unterschieden Betroffene männlicher Gewalt seien und sich auf dieser Erkenntnis Gleichheit, Gemeinsamkeit und Solidarität aufbauen ließen.

Die strukturelle Analyse, die bis heute mangels einschneidender Veränderungen noch nicht an Aktualität verloren hat, führte sie dazu, ihre Arbeitskraft, Qualifikation und Stärken für die am meisten Unterdrückten einzusetzen: nur noch Frauen zu vertreten, ihr Wissen und Können nicht mehr in den Dienst von Männern zu stellen. Auch wollte sie den Kollegen als potentiellen

⁷ Siehe schon die 1984 von ihr erarbeitete ca. 600 deutsche und englische Titel umfassende Bibliografie zum Thema Vergewaltigung, Beilage der Hefte 1, 2/1984.

Herrschaftsträgern nicht die Vertretung der Mandantinnen überlassen, zumal diese den Frauen nur die gängigen, männlich orientierten Identifikationsmuster (Beschützer, Vater, edler Verfechter von Fraueninteressen) bieten und oft in wenig latenter Identifikation mit dem gegnerischen Geschlechtsgeossen – z.B. in Ehesachen – die Interessen der Frauen zu kurz kommen lassen.

Ihren Wunsch, die eigenen Energien nur noch für andere Frauen zur Verfügung zu stellen, wollte sie auch im engsten Arbeitsbereich der Kanzlei in die Wirklichkeit umsetzen: viele Kolleginnen vertraten die Forderung nach sogenannten „reinen Frauenbüros“. Entweder waren sie nach jahrelanger Kritik an Arbeitsstil, Mandantschaft, Kleinkariertheit oder politischen Prioritäten (Frage nach der Vertretung von Vergewaltigern durch die Sozietät) an einen Endpunkt der Auseinandersetzung mit den männlichen Kollegen gekommen oder hatten aktiv in der Frauenbewegung gearbeitet und wollten nun auch in den zu schaffenden Berufszusammenhängen ihre Autonomiebestrebungen fortsetzen.

Bis heute hat sich für sie an diesen grundlegenden frauenfreundlichen Entscheidungen kaum etwas geändert. Kritisch betrachtet sie nur, daß über diesen Entscheidungen die Fiktion „unserer Gleichheit“ schwebte und diese sie in ihren alltäglichen Erfahrungen unter Druck setzte. (...) Die Schreiberin dieses Textes scheut sich nach achtjähriger Erfahrung nicht, zu betonen: Es ist eine Illusion, zu meinen, die Machtbeziehung zwischen Mandantin und Rechtsanwältin sei aufzulösen. (...)

Konfrontiert mit widersprüchlichen Haltungen, Einstellungen und Wünschen von Frauen (die eigenen nicht ausgeschlossen) gehört es auch zu ihrer Arbeit, Mandantinnen von der Durchsetzung bestimmter Ziele abzuraten, wenn diese sich in unsinnigen Kämpfen mit der Justiz und dem Gegner psychisch und finanzielle verstricken würden. Die Kenntnis einer Fülle von ähnlich gelagerten Erfahrungen z.B. mißhandelter oder vergewaltigter Frauen, die der Rechtsanwältin eine Deutung und Analyse ermöglichen, trennen sie von der Mandantin, die einen Konflikt erlebt und lösen will. (...)

Ihre Moral und die verlockende Freiheit ihres Berufsstandes, die Übernahme von Mandaten auch abzulehnen, werden sie auch in Grenzsituationen führen, in denen sie eine Frau nicht mehr parteilich vertreten will. Die Grenzen ihrer alltäglich geübten Parteilichkeit treten zutage, wenn sie erfährt, daß ihre Mandantin den Sohn oder die Tochter mißhandelt. Sie ist zwar geübt, dieses Verhalten aus der Lebenssituation der Frau zu erklären, weiß jedoch auch, wie sehr machtlose Kinder auf Unterstützung von Dritten angewiesen sind. Sie hat die Mädchen und Jungen erlebt, die sich im Frauenhaus physisch und psychisch gegen eine Rückkehr der Mutter zum mißhandelnden

Vater gewehrt haben. Sie wird sich nicht blindlings für eine Übertragung des Sorgerechts auf die Mutter einsetzen, sondern die Bestrebungen ihrer Mandantin unterstützen, ihre Beziehung zu den Kindern zu ändern oder sich von ihnen zu trennen.

Wieviel leichter kann sie sich entscheiden, wenn sie die Übernahme von Mandaten für Männer ablehnt, die sie in den meisten Fällen nicht im Sinne ihrer Berufs- und Standespflicht parteilich vertreten kann. (...) Die Schreiberin vertritt Männer auf keinen Fall in Rechtsstreitigkeiten gegen Frauen (z.B. Ehescheidungsverfahren), weil sie sie nicht parteilich beraten könnte. Hier legen sie und ihre Kolleginnen ehrlich ihre Voreingenommenheit offen, beanspruchen sie moralische Eindeutigkeit auch dem Gegner gegenüber. Eine derartige Haltung suchen sie vergeblich bei ihren männlichen Kollegen, die ihre offene oder latente Identifikation mit männlichen Interessen der Gegenseite verschleiern, und trotzdem ihre Tätigkeit als eine parteiliche bezeichnen. (...)

Vor dem Hintergrund ihrer feministischen Moral, die sie die „Richtigen“ vertreten läßt, ist ihr die eine Sicherheit garantiert: sie ist nicht „durch die schmutzige Macht des Erfolgs „verführbar“, wohl aber durch die „Idealisierungen“ von Seiten „ihrer abhängigen“ Mandantinnen.

Vor der Korruption durch den finanziellen Erfolg ist sie besonders geschützt, gehören ihre Mandantinnen doch zu denen in diesem Land, die am wenigsten verdienen und sich um die kleinsten Summen streiten. Unkorrupt geht sie stolz von dannen, wenn sie erfährt, daß der Verteidiger des Vergewaltigers das zehnfache Honorar für „dieselbe“ Tätigkeit erhalten hat. (...) Sie lernte, daß auch für ihre mehrfach qualifizierten Beratungen, selbst wenn daraus keine Klageverfahren resultierten, die Rechtsanwaltsgebührenordnung gilt. Erst dann konnte sie den stillschweigenden oder offen vorgetragenen Erwartungen vor allem frauenbewegter Mandantinnen, sie müsse kostenlos oder billig arbeiten, entgegentreten. Seit das Persönliche politisch war, war auch das Gespräch mit der Rechtsanwältin zu deren vergnügungsreichen politischen Betätigungsfeld avanciert. (...)

Die Zusammenarbeit mit Frauen ist für sie heute kein Postulat mehr, das sie zu Gleichmachungsbestrebungen verpflichtet, sondern eine aktive individuelle Wahl, eine soziale Vorliebe. Sie zieht die Auseinandersetzung mit Frauen, die sich ernstnehmen, der entspannenden konfliktfreudigen Funktion für ihre männlichen Kollegen vor, auch wenn sie nach den ersten Konflikten in Frauenbüros weiß, daß es dort nicht unbedingt entspannter und angenehmer zugeht.

*Hinweise***Gutachten zum Vierten Gleichstellungsbericht**

Das Gutachten vom 08.01.2025 mit dem Titel „Wie kann die sozial-ökologische Transformation geschlechtergerecht gestaltet werden?“ analysiert insbesondere die geschlechterspezifischen Auswirkungen des Klimawandels und der darauf reagierenden Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen und formuliert auf dieser Basis Handlungsempfehlungen. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/vierter-gleichstellungsbericht-257374>

30 Jahre FRI – Schweizerisches Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law

Seit drei Jahrzehnten ist das FRI – Schweizerisches Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law eine Plattform für Rechtskritik, Reflexion, Austausch und Intervention. Dies wurde am 28.06.2025 in Bern gefeiert. Was 1995 als Pionierprojekt begann, hat sich über 30 Jahre hinweg zu einer festen, kritischen Stimme im juristischen Diskurs entwickelt. Ziel der Gründerinnen war es, mit dem Recht die Lebensrealität von Frauen zu verändern – nicht nur Gleichstellung zu fordern, sondern Bedingungen für tatsächliche Eigenständigkeit zu schaffen.

2001 veröffentlichte das FRI die erste umfassende Publikation zur feministischen Rechtswissenschaft in der Schweiz: *Recht Richtung Frauen*, Dike Verlag St. Gallen/Lachen. 2004 errichtete Margrith Bigler-Eg-

genberger, die erste Frau am Schweizer Bundesgericht eine Stiftung, um das Institut auch für Großspender*innen attraktiv zu machen.

Die 30-Jahr-Feier des FRI ist ein Jubiläum, das Mut macht – zum Weitermachen, zum Streiten, zum Träumen.

Aus dem Newsletter des FRI vom 31.05.2025
www.genderlaw.ch

*In eigener Sache***STREIT hat einen neuen Auftritt**

Dank der großzügigen Förderung durch die Pro Civibus-Stiftung und das Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main konnten wir einen grundlegenden Relaunch unserer Website (www.streit-fem.de) in Auftrag geben.

Bei dieser Gelegenheit haben wir uns entschlossen, nach und nach alle Hefte im open source-Format online zu stellen. Der Elisabeth Selbert-Preis wird es uns ermöglichen, unsere Hefte aus 4 Jahrzehnten digitalisieren zu lassen. Abonnent*innen erhalten in Zukunft zusätzlich zum gedruckten Heft Zugang zum ePaper.

Da wir die STREIT ausschließlich aus den Abonnements und Spenden finanzieren, hoffen wir, dass das Angebot, auf unsere Inhalte kostenlos zugreifen zu können, durch ein ausreichendes Spendenaufkommen gegenfinanziert werden kann. So kann STREIT auch weiterhin zur Sichtbarmachung der vielfältigen Rechtsforderungen von Frauen in allen Lebensbereichen, zu deren Diskussion und Durchsetzung beitragen.

© 2025 – Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion und Quellennachweis.

ISSN 0175-4467, Postvertriebskennzeichen 36996

STREIT erscheint 4-mal jährlich.

Bezugsbedingungen ab 1/2024:

Abonnement: 59 Euro/Jahr (inkl. Versand).

39 Euro/Jahr für Studierende (mit Nachweis).

Schnupper-Abo: 3 Hefte für 45 Euro (inkl. Versand).

Einzelhefte: 16 Euro (letzte 8 Ausgaben), ältere Hefte: 5 Euro jeweils zzgl. Versandkosten.

Im Abonnement ist der Zugang zum ePaper enthalten. Wenn Sie dieses erhalten möchten, geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse an.

Der Satz, die Herstellung und der Vertrieb erfolgen durch den Schulz-Kirchner Verlag GmbH.

Die **Bezugsanschrift** lautet:

Schulz-Kirchner Verlag GmbH, Mollweg 2, 65510 Idstein

Tel. 06126/9320-0, Fax 06126/9320-50, E-Mail info@schulz-kirchner.de

Konto: Frauen streiten für ihr Recht, GLS Bank, IBAN DE80 4306 0967 6037 8574 01, BIC GENODEM1GLS

Weitere Informationen mit Downloads: www.streit-fem.de.

Dort finden Sie auch unser Anwältinnenverzeichnis. Abonnentinnen werden auf Wunsch aufgenommen.